

**DISS-Journal**  
Sonderausgabe # 4

**AUGUST**  
**2021**

ZEITSCHRIFT DES  
DUISBURGER INSTITUTS  
FÜR SPRACH- UND  
SOZIALFORSCHUNG

# Neue Rechte und AfD

Wirtschaft | Klima | Soziales - die Bundestagswahl 2021



# DISS-Journal

Sonderheft #4, August 2021

ZEITSCHRIFT DES DUISBURGER INSTITUTS FÜR SPRACH- UND SOZIALFORSCHUNG

## IMPRESSUM

DISS-Journal  
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für Sprach-  
und Sozialforschung (DISS)  
Siegstr. 15, 47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249  
Fax: 0203/287881

info@diss-duisburg.de  
www.diss-duisburg.de  
Blog: www.disskursiv.de

Online-Version unter:  
www.diss-duisburg.de/online-bibliothek/alle-ausgaben

Schutzgebühr: 4 EUR  
kostenfrei für Mitglieder des DISS-Förderkreises

## REDAKTION

Martin Dietzsch

## AUTOR\*INNEN

Andrea Becker  
Fynn Bitz  
Johanna Bongers  
Laura Geray  
Helmut Kellershohn  
Maria Luna Kindermann  
Karina Korneli  
Max Kroppenber  
Laura Schlöter  
Louisa von der Weydt  
Lara Wiese

## LAYOUT

Guido Arnold

## INHALT

- 3** VORWORT
- 4** VORÜBERLEGUNGEN
- 8** METHODIK / VORGEHENSWEISE
- 9** VÖLKISCHER NEOLIBERALISMUS - ANMERKUNGEN ZUM BUNDESTAGSWAHLPROGRAMM 2021 DER AFD
- 22** DISKURSE GEGEN DEN KLIMASCHUTZ IN AFD-PROGRAMMEN
- 29** UMKÄMPFTE RENTENPOLITIK IN DER AFD
- 35** ZEITSCHRIFTENPORTRÄT *DIE KEHRE*
- 39** PORTRÄT *RECHERCHE D*
- 42** PORTRÄT „ZUERST!“
- 44** PORTRÄT „EIGENTÜMLICH FREI“
- 46** DER MITTELSTANDS-DISKURS IN MEDIEN DER NEUEN RECHTEN
- 54** RECHTE POSITIONEN ZUM BEDINGUNGSLOSEN GRUNDEINKOMMEN
- 57** DISKURS „NIEDRIGLOHN UND MIGRATION“ IN DER JUNGEN FREIHEIT
- 59** VÖLKISCHER ANTIKAPITALISMUS
- 61** AUSGEWÄHLTE LITERATUR ZUR NEUEN RECHTEN

# Vorwort

Auf der 20. Sommerakademie des Instituts für Staatspolitik 2019 hielt Götz Kubitschek, einer der Vordenker der sogenannten Neuen Rechten, einen Vortrag, der dann unter dem Titel „Normalisierungspatriotismus“ in der institutseigenen Zeitschrift *Sezession* erschien (92/2019). Der Begriff erinnert an einen Text von Peter Glotz (SPD) aus dem Jahr 1994, in dem dieser die unter dem Label „Neue demokratische Rechte“ auftretende intellektuelle Rechte – ihr Aushängeschild war der von Heimo Schwilk und Ulrich Schacht herausgegebene Sammelband *Die selbstbewußte Nation* – mit dem kritisch gemeinten Begriff „Normalisierungsnationalisten“ belegte. Kubitschek macht sich ihn zu Nutze, verändert ihn und seine Bedeutung und empfiehlt ihn nunmehr der AfD als Kampfbegriff. „Normalisierungspatriotismus: Das ist die Wiederherstellung des Selbstverständlichen und Tragfähigen, die Rekonstruktion des Angemessenen und Zuträglichen, und bereits das ist, so bescheiden es klingt, eine Herkulesaufgabe.“ Die Renormalisierung der Verhältnisse, gleichbedeutend mit der Renationalisierung der Republik – das sei das „politische Minimum“, das sich die AfD zu eigen machen müsse und auch schon tatsächlich anstrebe.

Es verwundert nicht, wenn – auf welch verschlungenen Pfaden auch immer – die Normalisierungs-Parole auf dem neuen Wahlprogramm der AfD für die Bundestagswahl 2021 als Motto erscheint: „*Deutschland. Aber normal.*“ Das klingt in der Tat „bescheiden“ oder „defensiv“, wie Kubitschek formulierte. Über das „politische Maximum“ freilich schwieg er 2019 genauso wie heute die AfD. Wir haben es hier mit einem schönen Beispiel für das Zusammenspiel der Neuen Rechten und der AfD, von Metapolitik und Realpolitik zu tun. Die Neue Rechte – unabhängig von ihren disparaten Fraktionen – betrachtet die AfD als Transmissionsriemen ihrer Ideen, die AfD ihrerseits – unabhängig von ihren Flügeln – bedient sich des Arsenal ihrer Argumente.

Das hier vorliegende Sonderheft des DISS-Journals widmet sich schwerpunktmäßig, nicht zuletzt aus Gründen der Aktualität, der „Normalisierungs“-Agenda der AfD im Vorfeld der Bundestagswahl (Wahlprogramm, Klimapolitik, Rentenpolitik). Die diesbezüglichen Texte sind im Rahmen eines vom *Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW* geförderten und in die *Wissenschafts- und Praxiscommunity des Netzwerks CoRE-NRW (Connecting Research on Extremism)* eingebundenen Projekts entstanden, das noch bis Juni 2022 läuft („Metapolitik und Weltanschauung. Konzepte und Debatten der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik“). Im Verlauf der Arbeit an diesem Projekt sind auch die Beiträge entstanden, die in diesem Heft einzelnen Facetten der Neuen Rechten nachgehen. Ihr verbindendes Moment ist die Thematisierung wirtschafts- und sozialpolitischer Vorstellungen in Medien der Neuen Rechten. Vier dieser Medien werden zudem porträtiert. Die beiden einleitenden Artikel, darauf sei zuletzt verwiesen, stellen die theoretischen Überlegungen vor, die dem Projekt zugrunde liegen, gefolgt von einem Methodenkapitel, in dem Andrea Becker die Arbeit an der Erstellung eines Textkorpus zur Publizistik anschaulich darstellt.

Bedanken möchte ich mich bei den Praktikantinnen und Praktikanten, die das Projekt unterstützt haben und dem DISS hoffentlich ‚geistig‘ verbunden bleiben werden, sowie bei Martin Dietzsch für die Betreuung des Heftes. Guido Arnold verdanken wir wie immer ein anregendes Layout.

*Helmut Kellershohn*



# Vorüberlegungen

## ZU EINEM PROJEKT ÜBER DIE HALTUNG DER NEUEN RECHTEN ZU FRAGEN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Von Helmut Kellershohn<sup>1</sup>

### 1. NEUE RECHTE

Wenn von der Neuen Rechten die Rede ist, muss betont werden, dass es nicht *die* Neue Rechte gibt. Es handelt sich um eine (überschaubare) Vielfalt von „Intellektuellen-Assoziationen“, die sich um Projekte organisieren wie Zeitungen, Zeitschriften, Verlage, Denkfabriken, Basisgruppen, Internetportale, die wiederum in unterschiedlicher Dichte und Qualität miteinander vernetzt sind. In der politikwissenschaftlichen Forschung wird z.B. unterschieden zwischen einer nationalrevolutionären Strömung, die in den 1970er und 1980er Jahren das Bild der Neuen Rechten bestimmte, und einer jungkonservativen Strömung, die seit Beginn der 1990er Jahre dominant wurde. Mit dem Auftreten der AfD spaltete sie sich in zwei Hauptfraktionen, die sich zum einen um die *Junge Freiheit* und zum anderen um das *Institut für Staatspolitik* gruppieren. Den gemeinsamen Bezugspunkt dieser Strömungen sah der Rechtsextremismus-Forscher Armin Pfahl-Traugber in dem Rekurs auf das „Gedankengut der Konservativen Revolution“ und damit auf die „Intellektuellen, die als Vertreter eines ‚antidemokratischen Denkens in der Weimarer Republik‘ (Kurt Sontheimer) gelten“ (Pfahl-Traugber 1998, S. 161f.). Zudem verwies er auf „ideologische Anknüpfungspunkte“ an die „intellektuellen Sympathisanten und Wegbereiter des italienischen Faschismus“ (ebd.), man könnte ergänzen, des romanischen Faschismus generell. Der zweite gemeinsame Bezugspunkt sei strategischer Natur, womit er auf das von der französischen Nouvelle Droite übernommene Konzept der Metapolitik bzw. einer „*Kulturrevolution von rechts*“, so der Titel eines wirkmächtigen Buches von Alain de Benoist (1985), anspielte.

### 2. METAPOLITIK

Der Begriff der Metapolitik (in Analogie zum Begriff Metaphysik gebildet) stammt zwar schon aus dem 18. Jahrhundert, machte allerdings erst Karriere im Zusammenhang der Gramsci-Rezeption etwa bei Alain de Benoist („Gramscismus von rechts“).<sup>2</sup> Vereinfacht gesagt bewegt sich Metapolitik im Gegensatz zur Realpolitik auf der Ebene des Grundsätzlichen und versucht, „die prinzipiellen Zielsetzungen zu bestimmen“ (Mann

2008, 56) und deren Legitimität zu klären (z.B. Bild des Menschen, ordnungspolitische Vorstellungen etc.). Sie thematisiert politische Fragen in der Perspektive einer idealerweise „zusammenhängende[n] Weltanschauung“ (Benoist 2001, 400), die allererst politischem Handeln Sinn verleihen soll. Auf diesem Feld sucht die Neue Rechte durch eine Revolutionierung der in einer Gesellschaft vorherrschenden Überzeugungen (daher „Kulturrevolution“) hegemonial zu werden, um damit die Voraussetzungen zu schaffen für die zukünftige Eroberung der politischen Macht durch eine politische Bewegung.

Metapolitik darf allerdings, so Karlheinz Weißmann, keine „Ausflucht“, etwa in Form einer unverbindlichen Kulturkritik sein, sondern muss auch den Regeln der Politik als einer „Kunst des Möglichen“ Rechnung tragen (Weißmann 2007, 87). Der Metapolitiker muss also auch sagen können, welche realpolitischen Entscheidungen und Entwicklungen er in einer konkreten Situation für relativ sinnvoller hält und welche nicht. Insofern ist es durchaus naheliegend, wenn neurechte Intellektuelle gezielt in rechte Parteien hineingehen<sup>3</sup> und sich mit Materien beschäftigen, die auf den ersten Blick wenig mit den grundsätzlichen Fragen der Metapolitik zu tun haben scheinen.

### 3. WELTANSCHAUUNG

Armin Mohler verstand bereits die Konservative Revolution als Versuch, nach dem Verlust der abendländischen Einheit von „Antike und Christentum“ im nunmehr angebrochenen „Interregnum“ nach einer neuen – weltanschaulichen – Einheit zu suchen (Mohler 1950, 25). Bei Weltanschauung handelt es sich im Sinne Mohlers nicht um reine Erkenntnis, sondern um die „Ausgestaltung“ vorausgesetzter „Leitbilder“ (ebd.), die in der gesellschaftlich-politischen Realität zur Geltung gebracht werden sollen. Im Kern geht es aber nicht um Leitbilder, die einer demokratischen, einer offenen Gesellschaft verpflichtet sind („Leitkultur“), sondern um die Erneuerung der Nation an sich. Das „Leitbild“, dessen sich die Neue Rechte bedient, ist das Konzept des *völkischen Nationalismus* als Gegenkonzept zum bürgerlich-konstitutionellen Begriff der Nation in der Tradition der Französischen Revolution.

1 Die folgenden Überlegungen zu dem DISS-Projekt „Metapolitik und Weltanschauung. Konzepte und Debatten der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik“ wurden auf einer Internet-Veranstaltung des CoRE-Netzwerks für Extremismusforschung NRW am 1. Juni 2021 vorgetragen. Vgl. [https://www.bicc.de/uploads/tx\\_bicctools/CoRE-NRW\\_Projektpr%C3%A4sentationen\\_Dokumentation.pdf](https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/CoRE-NRW_Projektpr%C3%A4sentationen_Dokumentation.pdf)

2 Von einer Gramsci-Rezeption im eigentlichen Sinne kann man nicht sprechen. Benoist bezog seine Gramsci-Kenntnisse aus der Sekundärliteratur und deutete Gramsci in seinem Sinne um.

3 Das taten Nationalrevolutionäre, die die neue Ära von Udo Voigt in der NPD mitprägten, und Jungkonservative, die mit z.T. gegensätzlichen Positionen den „Kampf zweier Linien“ (Kellershohn 2017) in der AfD beeinflussten.



Abbildung 1

Das DISS hat in mehreren Studien das Konzept des völkischen Nationalismus beschrieben und im Sinne eines Idealtypus der Analyse neurechter und extrem rechter Publikationen zugrunde gelegt (u.a. Kellershohn 2013). Zu den Kernelementen gehört, ausgehend von einem Verständnis von Volk als Abstammungsgemeinschaft, die Konstruktion der Nation auf der Basis ethnischer Homogenität, die Vorrangstellung der Nation beziehungsweise Volksgemeinschaft gegenüber den Individuen (Antiliberalismus), ein autoritäres Staatsverständnis mit samt Elite- und/oder Führerkult (Bejahung von Hierarchie, Antiegalitarismus), die Heroisierung des national-identitären, dienstbaren und opferbereiten Bürgers/Volksgenossen, ein dichotomisches Freund-Feind-Denken („innerstaatliche Feind-erklärung“), ein biopolitisches Verständnis des „Volkskörpers“ und der Primat der Außenpolitik, basierend auf der Idee des nationalen Machtstaates und geopolitischen Imperativen verpflichtet. Der völkische Nationalismus ist dabei als ein strömungsübergreifendes, die gesamte Rechte und speziell auch die Neue Rechte prägendes ideologisches Gebilde zu verstehen. Er unterliegt also durchaus unterschiedlichen Konkretionen und Variationen, wobei nicht zuletzt die jeweiligen strategischen Optionen und Zielsetzungen sowie die Zielgruppen eine wichtige Rolle spielen.

#### 4. NETZWERKE

Aus dem völkischen Nationalismus als idealtypischem Konzept lassen sich nicht zwingend bestimmte Positionierungen zu aktuellen gesellschaftlichen und politischen Fragen, z.B. Klimaschutzpolitik, „Corona-Krise“ oder Rentenpolitik, ableiten. Vielmehr lassen sich in der Neuen Rechten (aber auch in der gesamten extremen Rechten) unterschiedliche und durchaus auch divergierende *Applikationen* des völkischen Nationalis-

mus feststellen, die wiederum mit den unterschiedlichen Profilen einzelner Fraktionen zusammenhängen. Die Beschreibung dieser Profile ist daher ein notwendiger Bestandteil einer Klärung besagter Applikationsverhältnisse.

Auf zwei Hauptfraktionen bzw. Netzwerke wurde bereits hingewiesen, dazu sind zwei weitere von Bedeutung:

1. Das **Junge Freiheit – Netzwerk**: Dazu gehören die Wochenzeitung *Junge Freiheit* (das „Mutterschiff“ der Neuen Rechten) mit online-Auftritt und Schriftenreihe, die Zeitschrift CATO, die Bibliothek des Konservatismus (mit Schriftenreihe).

2. Das **IfS (Institut für Staatspolitik) – Netzwerk**: Dazu gehören die Zeitschrift *Sezession* (mit online-Auftritt), der Verlag *Antaios*, der Verein Journalismus und Wissenschaft mit den Zeitschriften *Blaue Narzisse* und *Recherche D*, das Magazin *Compact*, das rechtsökologische Magazin *Die Kehre*,<sup>4</sup> die „NGO“ Ein Prozent, die Identitäre Bewegung, Zentrum Automobil und die Pegida-Führungsgruppe.

3. Das Netzwerk des **Jungeuropa Verlags**, das zwar eng mit dem IfS verbunden ist, aber durch seine „eurofaschistische“ Orientierung<sup>5</sup> und eine spezielle Querfront-Strategie (ähnlich auch die *Compact*-Gruppe) hervorsteht.

4. Das Netzwerk um die Zeitschrift **eigentlich frei**, die eine Sonderrolle einnimmt, weil sie eine im Vergleich zur sonstigen Neuen Rechten ausgesprochen antietatistische und extrem marktliberale Haltung (libertär, „anarchokapitalistisch“) einnimmt und diese mit wert- und nationalkonservativen Positionen verbindet. Inhaltliche und personelle Bezüge zum Wirtschaftsteil der *Jungen Freiheit* lassen sich feststellen.

Beachtenswert sind zudem Einzelpersonen (Wissenschaftler, Publizisten), die sich zwar auch in dem hier skizzierten Feld bewegen oder Berührungspunkte aufweisen, aber durchaus auch als eigenständige ‚Größen‘ betrachtet werden müssen (z.B. Rolf Peter Sieferle). Ähnliches gilt für bestimmte Stiftungen, Thinktanks oder Internet-Plattformen, von denen Einflüsse auf die Neue Rechte ausgehen, ohne dass sie mit der Neuen Rechten gleichgesetzt werden sollten. So ergibt sich insgesamt, bildhaft gesprochen, ein Kreis von Kreisen, wobei der innere Kreis den Strömungen der Neuen Rechten vorbehalten ist, während die anderen Kreise nach dem Prinzip von Nähe und Distanz angeordnet wären.

#### 5. DIFFERENTIALDIAGNOSTIK

Aufgrund von Vorarbeiten des DISS (vgl. Becker et al. 2019; Kellershohn 2019) können bereits jetzt mehrere Konzepte bzw. Stränge in der Debatte um Wirtschafts- und Sozialpolitik iden-

4 Die österreichischen Zeitschriften *Neue Ordnung* und *Freilich* werden im Projekt nur am Rande berücksichtigt.

5 Gemeint ist die Orientierung an Denkern der Zwischen- und Nachkriegszeit, die einen „europäischen (sozialistischen) Faschismus“ propagierten, wie z.B. Pierre Drieu la Rochelle.



tifiziert werden, die weiter – intensiv wie extensiv – verfolgt und auf der Basis des zu untersuchenden Materials um weitere Stränge ergänzt werden sollen. In diesem Zusammenhang wird es notwendig sein, bislang nicht genannte Print- und Internetmedien, wie etwa die Zeitschrift *Zuerst!*, in dem zu untersuchenden Spektrum genauer zu verorten.

Inhaltlich gesehen erstreckt sich das Spektrum zwischen einerseits verschiedenen Varianten eines *national* ausgerichteten Neoliberalismus (Ordoliberalismus, Libertarismus) und andererseits den Varianten eines ‚Antikapitalismus von rechts‘. Einen Begriff von Stefan Breuer aufgreifend streben wir eine *Differentialdiagnose* (vgl. Breuer 2008), deren Ziel es ist, die divergierenden Applikationen des völkischen Nationalismus auf das Feld der Wirtschafts- und Sozialpolitik herauszuarbeiten. Der ideengeschichtliche Rückbezug der Neuen Rechten auf die Konservative Revolution macht es dabei erforderlich, die begrifflichen und argumentativen Anleihen sowie deren gegenwartsbezogene Modifikation durch die Neue Rechte nachzuziehen und zu analysieren.

## 6. DIVERGIERENDE KONZEPTIONEN

Für die angesprochene Strukturierung des neurechten Diskurses zur Wirtschafts- und Sozialpolitik können zwei Konzeptionen als symptomatisch angesehen werden, die Anfang 2020 erschienen sind. Die erste Konzeption des „Solidarischen Patriotismus“ stammt von Benedikt Kaiser, Mitarbeiter im Institut für Staatspolitik (IfS), und steht für eine **national-soziale Programmatik** in der Tradition des jungkonservativen TAT-Kreises, der in der Endphase der Weimarer Republik vor allem das Präsidialkabinett des Reichskanzlers Kurt von Schleicher mit wirtschafts- und sozialpolitischer Expertise beeinflusste (vgl. Elfert 2018). Von diesem Ansatz eines „völkischen ‚Antikapitalismus‘“, der die Antagonismen kapitalistischer Ökonomie durch die Etablierung einer völkischen „Leistungsgemeinschaft“ (Kaiser 2020, 10) glaubt einhegen zu können, lassen sich Bezüge sowohl zum völkisch-nationalen „Flügel“ der AfD bzw. zum sogenannten „Thüringer Weg“ (Björn Höcke)<sup>6</sup> als auch zur NPD („raumorientierte Volkswirtschaft“) herstellen. Nicht zu übersehen sind auch die Bezüge zu der Vorstellung einer „organischen“ Wirtschaft bei Alain de Benoist (Benoist 2001, 419). Im Rahmen des von Kaiser entwickelten Strategiekonzepts einer sogenannten „Mosaik-Rechten“, innerhalb derer rechtsintellektuelle Zirkel wie das IfS, außerparlamentarische Bewegungen und eine fundamental-oppositionelle Parlamentspartei miteinander kooperieren sollen, unterbreitet das Buch einen Entwurf zur Gestaltung einer wirtschafts- und sozialpolitischen Agenda (z.B. Staatsinterventionismus, Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, „Entflechtung der monopolistischen Strukturen“; Kaiser 2020, 272). Die national-soziale Programmatik trägt dem Umstand Rechnung, dass in den letzten Jahren

in Teilen der Arbeiterklasse, selbst der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft – ablesbar an Wahlergebnissen – eine breitere Akzeptanz rechtspopulistischer Ansprache feststellbar ist.

Das Buch von Markus Krall, Volkswirt und Sprecher der Geschäftsführung der Degussa Goldhandel GmbH, trägt den Titel „Die Bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten“. Krall entwickelt darin eine **neo(national)liberale bzw. rechtslibertäre Programmatik**, die sich, wie der Titel andeutet, an die ‚bürgerliche Mitte‘ wendet. Ideengeschichtlich steht sie in der Tradition des „autoritären Liberalismus“ – ein Begriff, den Hermann Heller in der Auseinandersetzung mit Carl Schmitts Theorie des „totalen Staates“ prägte und der auf die Kombination von ökonomischem Liberalismus und autoritärem Staatsverständnis abhebt. Eben diese Verbindung lässt sich auch in den Gründungstexten des deutschen Neoliberalismus (später Ordoliberalismus genannt) finden. Die klassische Formulierung, die Alexander Rüstow 1932 auf der Jahrestagung des Vereins für Sozialpolitik bemühte, lautet: „Der neue Liberalismus jedenfalls, der heute vertretbar ist, und den ich mit meinen Freunden vertrete, fordert einen starken Staat, einen Staat oberhalb der Wirtschaft, oberhalb der Interessenten, da, wo er hingehört.“ (Zit. nach Boese 1932, S. 69). Dachte Rüstow damals an eine Verbindung von liberaler Wirtschaftspolitik und Kanzlerdiktatur (vgl. Biebricher und Ptak 2020, S. 40), so propagiert Markus Krall heute eine „bürgerliche Revolution“, die eine ‚reine‘ Eigentümermarktgesellschaft mit direkter Demokratie und einem mit Vetorecht ausgestatteten Präsidenten oder Monarchen sowie eine fundamentalistischen Wertekulturpolitik anstrebt.

Auf jungkonservativer Seite – Carl Schmitt wurde bereits erwähnt – war es besonders der Deutsche Herrenklub, der in der Endkrise der Weimarer Republik – im Gegensatz zum TAT-Kreis – den „Abbau des Staatssozialismus“, die Rückkehr „zu Grundsätzen relativer Freiheit der Wirtschaft“ und die Abkehr von „Versicherungsexorbitanz“ und „Steuerwahnsinn“ sowie ein Ende der Tarifherrschaft und der staatlichen Preiskontrolle forderte (Breuer 2001, S. 215). Der Herrenklub setzte seine Hoffnungen auf einen Umbau der Verfassung zugunsten eines autoritären Präsidialsystems.

Derartig grundlegende Veränderungen im Verhältnis von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sind heute auch das Anliegen der jungkonservativen Kräfte um die Wochenzeitschrift *Junge Freiheit* in Kooperation mit der rechtslibertären Zeitschrift *eigentümlich frei*. Karlheinz Weißmann bezieht sich in einem neueren Text explizit auf den zitierten Redebeitrag von Alexander Rüstow von 1932: Aus Weißmanns Sicht, die er veristisch bzw. realistisch nennt (Verismus verstanden als „Realismus, der die Tatsachen nicht scheut, auch die unangenehmen nicht“; Weiß-

6 Höcke nimmt für sich und die Thüringer AfD-Fraktion in Anspruch, den „Begriff des solidarischen Patriotismus“ (Höcke 2018, 245f.) geprägt zu haben. Dies ist nicht korrekt. Der Begriff stammt von dem Bonner Politikwissenschaftler Volker Kronenberg (2009), erinnert aber auch an den von Franz Schönhuber verwendeten Begriff des „Sozialpatriotismus“.

mann 2020, 17) unterliegt der „Staat der Neuzeit, der Ordnung und Freiheit verbürgt“ habe, seiner „Auflösung im Namen von Globalisierung und Grenzenlosigkeit“ und „durch die Bereitschaft, ihn den Verbänden und allen möglichen Ambitionen der Gesellschaft auszuliefern“. Der Verist/Realist sei „unbedingt für den starken Staat, ‚den Staat oberhalb ... der Interessenten‘ (Alexander Rüstow), den Staat, der seine Handlungsfreiheit bewahrt und [...] den Bürger vor seiner fiskalischen, pädagogischen, religiösen Zudringlichkeit“ (ebd., S. 19).

Über die hier deutlich werdende ‚Koalition‘ von jungkonservativen und neoliberalen/rechtslibertären Kräften öffnen sich Brücken in den hegemonialen Diskurs, und zwar auf unterschiedlichen Diskursebenen. Beispielsweise äußern sich neoliberal/rechtslibertär orientierte Autoren, die auch in der *Jungen Freiheit* und *eigentümlich frei* publizieren, sowohl im akademischen Feld, als auch im Wirtschaftsteil führender Zeitungen und Zeitschriften und beeinflussen mit ihrer Expertise Parteien und zivilgesellschaftliche Institutionen (z.B. Stiftungen). Dass diese Verbindungen zu zum Teil erheblichen politischen Konflikten und Abgrenzungen führen, zeigen z.B. die Auseinandersetzungen in der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft oder der Ludwig-Erhard-Stiftung. Der entscheidende Springpunkt in diesen Auseinandersetzungen ist folgender: Auch der Jungkonservatismus à la Junge Freiheit vertritt völkische Homogenitätsvorstellungen. In der hier beschriebenen Koalition würde der Neoliberalismus zu einem Konglomerat verschmelzen, das man als einen **völkischen Neoliberalismus**, alternativ, um Hermann Heller weiter zu denken, als einen **völkisch-autoritären Liberalismus** bezeichnen könnte.

Für die weitere Arbeit im Projekt gilt es erstens, weitere Ausdifferenzierungen vorzunehmen in einem Gesamtspektrum, das sich zwischen den Extremen Staatsinterventionismus und Marktradikalismus erstreckt, jeweils unter völkischen Vorzeichen. Zweitens werden wir diesbezüglich gezielt Themenfelder der Sozial- und Wirtschaftspublizistik in den Medien der Neuen Rechten untersuchen, nämlich die Haltung zum „Sozialstaat“, zur „Klimapolitik“ und die Mittelstandspolitik. Dazu haben wir einen umfangreichen Textkorporus erstellt, den es auszuwerten gilt.<sup>7</sup>

## LITERATUR

- Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hg.) (2019): Zwischen Neoliberalismus und völkischem ‚Antikapitalismus‘. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster: Unrast (Edition DISS, Bd. 43)
- Biebricher, Thomas/Ptak, Ralf (2020): Soziale Marktwirtschaft und Ordoliberalismus zur Einführung, Hamburg: Junius.
- Benoist, Alain de (1985): Kulturrevolution von rechts, Krefeld: Sinus.

- Benoist, Alain de (2001): Manifest. Die Nouvelle Droite des Jahres 2000 (in Zusammenarbeit mit Charles Champetier) [zuerst 1999], in: Ders.: Schöne vernetzte Welt. Eine Antwort auf die Globalisierung, Tübingen/Zürich/Paris: Hohenrain-Verlag, 397-445.
- Boese, Franz (Hg.) (1932): Deutschland und die Weltkrise (Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Dresden 1932), München und Leipzig: Duncker & Humblot 1932.
- Breuer, Stefan (2001): Ordnungen der Ungleichheit – die deutsche Rechte im Widerstreit ihrer Ideen 1871-1945, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Breuer, Stefan (2008): Die Völkischen in Deutschland. Kaiserreich und Weimarer Republik, Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Elfert, Jan Christoph (2018): Konzeptionen eines „dritten Reiches“. Staat und Wirtschaft im jungkonservativen Denken 1918-1933, Berlin: Duncker & Humblot.
- Höcke, Björn (2018): Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig, Lüdinghausen/Berlin: Manuscriptum.
- Kaiser, Benedikt (2020): Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts, Schnellroda: Antaios.
- Kellershohn, Helmut (Hg.) (2013): Die ‚Deutsche Stimme‘ der ‚Jungen Freiheit‘ Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten (= Edition DISS, Bd. 23), Münster: Unrast.
- Kellershohn, Helmut (2017): Kampf zweier Linien in der Neuen Rechten und der AfD, in: Aigner, Isolde/Paul, Jobst/Wamper, Regina (Hg.): Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa (= Edition DISS, Bd. 40), Münster: Unrast, 121-136.
- Kellershohn, Helmut (2019): ‚Antikapitalismus‘ von rechts? Die Neue Rechte und die wirtschafts- und sozialpolitische Debatte in der AfD, in: Widerspruch. Münchner Zeitschrift für Philosophie H. 68, 13-29.
- Krall, Markus (2020): Die Bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten, Stuttgart: LangenMüller.
- Kronenberg, Volker (2009): Solidarischer Patriotismus heute – Zur Aktualität einer republikanischen Tugend, in: Zehetmair, Hans (Hg.): Zukunft braucht Konservative, Freiburg i.Br.-Basel-Wien, 79-91.
- Mann, Wiggo (2008): Metapolitik, in: Sezession H. 25, 56.
- Mohler, Armin (1950): Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Grundriß ihrer Weltanschauungen, Stuttgart: Vorwerk.
- Pfahl-Traughber, Armin (1998): Pfahl-Traughber, Armin 1998 „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen.
- Weißmann, Karlheinz (2007): Das konservative Minimum, Schnellroda: Edition Antaios.
- Weißmann, Karlheinz (2020): Wer ist rechts? Versuch einer Typologie, Berlin: JF-Edition.

7 Vgl. dazu den folgenden Beitrag von Andrea Becker.



# Methodik / Vorgehensweise

Von Andrea Becker

Ein Kernelement des Projekts ist die Sichtung, Erschließung und Analyse rechter Sozial- und Wirtschaftspublizistik ab dem Jahr 2016 bis einschließlich des ersten Quartals 2020<sup>8</sup>. Der Beginn des Untersuchungszeitraums im Jahr 2016 markiert die Verabschiedung des AfD-Grundsatzprogramms und den Beginn einer breiteren Auseinandersetzung mit wirtschafts- und sozialpolitischen Themen innerhalb der Neuen Rechten. Der Beobachtungszeitraum umschließt als bedeutsame tagespolitische Ereignisse die Abstimmung zum Brexit, die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten, die Bundestagswahl 2017 und die Wahl zum Europäischen Parlament 2019. Er beginnt auf dem Höhepunkt der großen Migrationsbewegungen der Jahre 2015/2016, umfasst die breite klimapolitische Mobilisierung des Jahres 2019 und endet mit der Corona-Krise des Jahres 2020. Für den zu erstellenden Textkorpus wurde nach einer ersten Sichtung des möglichen Materials durch das Forschungsteam zunächst eine Medienauswahl getroffen.

Demnach wurden folgende Zeitschriften als Materialgrundlage für den zu erstellenden Medienkorpus ausgewählt: *Junge Freiheit* (ca. 225 Ausgaben im Beobachtungszeitraum), *Compact* (52 Ausgaben plus Sonderhefte), *Deutsche Stimme* (48 Ausgaben), *eigentlich Frei* (43 Ausgaben); *Sezession* (25 Ausgaben), *Recherche D* (9 Ausgaben), *Cato* (14 Ausgaben), *Die Kehre* (3 Ausgaben), *Zuerst!* (44 Ausgaben). Hinzu kamen ausgewählte Monografien und Sammelbände sowie Parteiveröffentlichungen, wie zum Beispiel Wahlprogramme oder Diskussionspapiere. Dieser höchst umfangreiche Fundus musste in einem ersten Aufbereitungsschritt auf die Ebene konkreter Untersuchungseinheiten (Einzeltexte) reduziert werden (Taddicken 2019). Aufgrund ihrer besonderen Bedeutung als Leitmedium der Neuen Rechten entschied sich das Forschungsteam in der ersten Erhebungsphase für eine Vollerhebung aller Artikel des Wirtschaftsteils der *Jungen Freiheit* sowie für eine ergänzende vollständige Sichtung des JF-Ressorts „Forum“. Alle anderen Publikationen wurden jeweils händisch durchgearbeitet und alle einschlägigen, wirtschafts- und sozialpolitische Themen betreffenden Texte einzeln bibliografiert. Als technische Infrastruktur wurde hierzu mittels der Wissensmanagementsoftware Citavi ein cloudbasiertes Literaturprojekt angelegt, in das die ausgewählten Artikel in digitalisierter Form eingepflegt wurden. In dieser Phase wurde jeder einzelne Text im Sinne einer induktiven Kategorienbildung nach Mayring mit inhalts-

erschließenden, durch die Beurteilung von Titeln, Untertiteln und Gesamteindruck gewonnenen Schlagwörtern codiert (vgl. Mayring und Fenzl 2019, S. 640). Am Ende stand ein Medienkorpus von rund 1.900 vorläufig erschlossenen Titeln.

Dieser Medienkorpus wurde in einer anschließenden Konsolidierungsphase durch eine nochmalige Sichtung auf bibliografisch korrekte Erfassung und inhaltlich richtige Codierung kontrolliert. Jeder einzelne Titel wurde dabei von mindestens zwei Bearbeiterinnen und mindestens zwei Mal kontrolliert, so dass die Reliabilität und Validität der inhaltlichen Erschließung durch Intra- und Intercoder-Übereinstimmung erhöht werden konnten. In dieser Phase der Auseinandersetzung mit dem Material zeigte sich, dass die ursprünglich geplante Themensetzung in Bezug auf die Haltung der Neuen Rechten zu gewerkschaftspolitischen Themen wenig ergiebig war. Das Forschungsteam entschied darum stattdessen das – gerade im gewählten Beobachtungszeitraum – um ein Vielfaches bedeutsamere und wirtschaftspolitische höchst relevante Themenfeld der Klimapolitik in die Analyse einzubeziehen.

Diese neue thematische Schwerpunktsetzung musste bei der anschließenden zweiten Erhebungsphase berücksichtigt werden. Hierzu wurden die digitalisierten vorliegenden Medien (alle Zeitschriften außer *Cato* und *Zuerst!*) mit Hilfe der Software dtsearch einer Volltextsuche anhand themenrelevanter Suchbegriffe bis zur jeweiligen Sättigung des Themenkomplexes, d.h. bis zu dem Zeitpunkt, an dem durch neue Suchbegriffe<sup>9</sup> keine neuen Titel mehr ausgehoben wurden, unterzogen. Alle so gefundenen Artikel wurden in die bereits erstellte Citavi-Literaturdatenbank eingepflegt, codiert und nachkontrolliert. Der Medienkorpus wuchs dadurch auf rund 2900 inhaltlich erst erschlossene Einzeltitel an. Grundsätzlich nicht überraschend, aber in ihrem Ausmaß durchaus bemerkenswert ist die Tatsache, dass es sich bei der rechten Wirtschaftspublizistik um eine Publizistik von Männern handelt. Unter den 2937 bibliografierten Titeln<sup>10</sup> wurden nur 56 Titel von 37 verschiedenen Frauen verfasst, das entspricht einem Anteil von 1,9 %. Von diesen 56 Titeln wiederum stammten zehn Titel von der JF-Redakteurin Martina Meckelein und sieben Titel von der AfD-Vorständin Beatrix von Storch.

8 Die beiden erst im Beobachtungszeitraum neu entstandenen und in wenigen Ausgaben vorliegenden Publikationen *Recherche D* und *Die Kehre* wurden bis ins zweite Halbjahr 2020 ausgewertet.

9 Beispielsweise wurden für das Themenfeld Klimapolitik folgende Suchbegriffe verwendet: *Klimawandel*, *IPCC*, *EIKE*, *Klimaflüchtling\**, *Energiewende*, *EEG*, *Windenergie*, *Solarenergie*, *Klimakonferenz\**, *Klimaabkommen*, *Dekarbonisierung* und *Kohle\** sowie *Große Transformation* und *Green (New) Deal*.

10 Selbst unter Ausschluss der von neutralen (z.B. Parteiveröffentlichungen) und unbekanntem (z.B. Namenskürzel) Urhebern veröffentlichten Texte bleibt der Autorinnenanteil im Medienkorpus insgesamt bei 1,96%.

Titel im Medienkorpus nach Themenbereich und Jahr

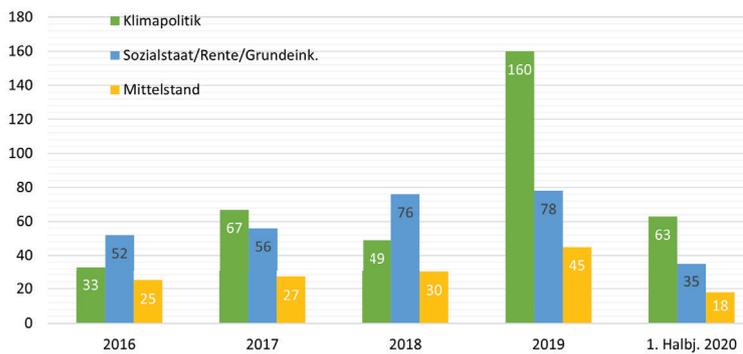


Abbildung 2, Anzahl der Titel zu ausgewählten Themenbereichen im Untersuchungszeitraum

Eine solche Datenmenge erfordert eine theoriegeleitete Reduktion des Materials. Zu diesem Zweck begann parallel dazu die erste analytische Auswertung und Bearbeitung ausgewählter Themenbereiche. Eine quantitative Auswertung der als zentral identifizierten Themenfelder untermauert die Annahme der wachsenden Bedeutung von wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten in den Medien der Neuen Rechten, die zum Teil durch das Hinzukommen neuer Publikationsorgane, zum Teil durch ein gestiegenes Interesse und zum Teil durch tagespolitische Aktualität zu erklären ist (siehe Abbildung 2). Insbesondere

das Querschnittsthema Klimapolitik erfährt im Beobachtungszeitraum einen explosionsartigen Zuwachs. Das Codiersystem wurde in dieser Untersuchungsphase sukzessive durch die Identifikation von Einzeldiskursen verfeinert. Jeder Einzeltitel der zentralen Themenbereiche Sozialstaat, Mittelstandspolitik, Klimapolitik wird dazu gelesen, mit einer Kurzzusammenfassung versehen und im Sinne einer diskursanalytischen Strukturanalyse entsprechend differenziert neu codiert (vgl. Jäger 2015, S. 95ff.).

## LITERATURVERZEICHNIS

- Jäger, Siegfried (2015): Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung, 7., vollst. überarb. Aufl. Münster: Unrast (Edition DISS, Bd. 3).
- Mayring, Philipp; Fenzl, Thomas (2019): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl. 2019. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 633–648.
- Taddicken, Monika (2019): Analyse von Zeitungsartikeln und Online-Nachrichten. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl. 2019. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 1157–1164.

# Völkischer Neoliberalismus

## ANMERKUNGEN ZUM BUNDESTAGSWAHLPROGRAMM 2021 DER AFD

Von Helmut Kellershohn

### EINLEITUNG<sup>11</sup>

Die AfD ist in ihrem neuen Wahlprogramm, das in seiner Endfassung nun vorliegt,<sup>12</sup> durchdrungen von der Idee, Deutschland bzw. die deutsche Wirtschaft auf einen „normalen Entwicklungspfad zurück[zu]führen“ (41). Renormalisierung bedeutet für die AfD zum einen Renationalisierung, d.h.

1. „Austritt Deutschlands aus der Europäischen Union“ (28)<sup>13</sup> und die Rückführung der EU in einen „Staatenbund souveräner Staaten“ (27) bzw. zu einem „Europa der Vaterländer als einer Gemeinschaft souveräner Staaten“ (26) und
2. die Aufkündigung des „untergehenden Euro-System[s]“ (48) durch die „Wiedereinführung“ (49) nationaler Währungen („ggf. unter paralleler Beibehaltung des Euro oder einer ECU-ähnlichen flexibleren Verrechnungseinheit“).<sup>14</sup> Renormalisierung bedeutet zum anderen

11 Der folgende Beitrag ist eine aktualisierte, überarbeitete und korrigierte Fassung eines Artikels, der unter dem Titel „Standortnationalismus – Völkischer Nationalismus – Autoritärer Staat. Anmerkungen zum Wahlprogramm der AfD“ im DISS-Journal 41/2021, 20-31 erschienen ist. Dieser Artikel bezog sich noch auf den Leitantrag der Bundesprogrammkommission (im Folgenden als „Leitantrag“ zitiert).

12 Online unter: <https://www.afd.de/wahlprogramm/>. Soweit notwendig, wird auf den Leitantrag verwiesen; <https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/02/Leitantrag-Bundestagswahlprogramm-2021-Dresden.pdf>. Zu den Unterschieden zwischen Leitantrag und Endfassung schreibt Pi-news: „Auf dem Bundesparteitag kam es zu einigen erstaunlichen Korrekturen im AfD-Wahlprogramm, wozu neben der Forderung nach einem ‚Dexit‘ und einer klaren Anti-Corona-Maßnahmepolitik vor allem die Formulierung einer Alternative zur gegenwärtigen Einwanderungspraxis gehört.“ (<http://www.pi-news.net/2021/04/japan-als-migrationspolitisches-vorbild-ist-ein-paradigmenwechsel-der-afd/>) Auf die letzte Korrektur gehe ich unter Punkt 7 näher ein.

13 Die Forderung nach einem ‚Dexit‘ auf dem Bundesparteitag, die im Leitantrag wie im Europawahlprogramm nur als ultima ratio enthalten war, wird in der Jungen Freiheit vom ‚Abendländer‘ David Engels heftig als unklug und – vom Standpunkt einer „Großraumwirtschaft“ – als antiquiert kritisiert (vgl. JF17/21, 18).

14 Langfristig hält die AfD „eine grundsätzliche Reform des Geldsystems für notwendig, hin zu einem freien Währungswettbewerb oder einem goldgedeckten Währungssystem.“ (22)



3. auf nationaler Ebene, eine „marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik“ (40) durchzusetzen, die auf folgenden Grundsätzen beruht: „Schutz des Eigentums, Vertragsfreiheit, die Einheit von Handeln und Haftung, Berufsfreiheit, eine wettbewerbliche Wirtschaftsordnung“ (40). Unverkennbar handelt es sich hier um die Essentials einer neoliberalen Wirtschaftspolitik. Erinnerung sei hier an die sechs Prinzipien der Wettbewerbsordnung, die der Ordoliberaler Walter Eucken in seinem Klassiker „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“ für konstitutiv hielt: „ein funktionierendes Preissystem, eine stabile Währung, offene Märkte, Privateigentum, Vertragsfreiheit und uneingeschränkte persönliche Haftung [...]“.<sup>15</sup>

Treibendes Motiv dieser Renormalisierung und Renationalisierung ist das, was Christoph Butterwegge als „**Standortnationalismus**“ bezeichnet hat,<sup>16</sup> dessen Träger der souverän agierende „nationale Wettbewerbsstaat“ (Joachim Hirsch) ist. Es geht darum, den „Wirtschaftsstandort Deutschland international wettbewerbsfähig“ (42) zu halten. Zu fragen ist, welche Forderungen die AfD stellt, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu wahren. Kern der Problematik ist die Art und Weise, wie sich der Staat auf die Marktwirtschaft bezieht, welche Wirtschafts-, Technologie- und Finanzpolitik betrieben werden soll, um Wettbewerbsfähigkeit zu generieren, ohne zu nicht-marktkonformen Mitteln (jedenfalls aus der Sicht der AfD) greifen zu müssen. Relevant sind in diesem Zusammenhang auch die Ausführungen zur Klimapolitik, schließlich ist dies ein Politikfeld, auf dem durch den „Green Deal“ vermeintlich die stärksten Bedrohungen für den Wirtschaftsstandort ausgehen. Die AfD zaubert, noch reichlich unausgegoren, aber immerhin, einen „Blue Deal“ aus dem Hut.

Darüber hinaus werden von der AfD unter wettbewerbspolitischen Gesichtspunkten solche gesellschaftlichen Bereiche und Politikfelder in Betracht gezogen, die ihrer Meinung nach für den Erhalt einer marktwirtschaftlichen Ordnung von Belang sind. In Frage kommen hier vor allem die Familienpolitik und der Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung, insofern sie sich auf die Quantität und Qualität des für die Wirtschaft zur Verfügung stehenden Arbeitskräftepotentials beziehen. Das berührt unmittelbar die Frage der Migration, denn rein marktwirtschaftlich betrachtet könnte man der Auffassung sein, dass Zuwanderung für ein größeres Angebot auf den Arbeitsmärkten sorgen und den Standort Deutschland stärken könnte.

Bekanntlich ist das keineswegs die Auffassung der AfD, auch wenn sie in ihrem Grundsatzprogramm und auch noch im Leitantrag ausnahmsweise „hoch qualifizierte Zuwanderer [...] herzlich willkommen“ (Leitantrag, 37) heißen mochte. An die-

sem Punkt wird deutlich, dass der Nationalismus der AfD nicht nur die Ansprüche des „Standorts“ zu seinem Anliegen macht, sondern auch exklusive identitätspolitische Belange ins Auge fasst, die nach einer mehr oder weniger radikalen Begrenzung von Zuwanderung verlangen. In dieser identitätspolitischen Hinsicht sind des Weiteren all die Passagen des AfD-Wahlprogramms von Relevanz, in denen ‚Gemeinschaft(en)‘ imaginiert werden. Aussagen zur (patriarchalischen) Familie, zu Volk und Nation, zur Leitkultur oder etwa zur „Landschaft als Teil regionaler Identität“ (187) verweisen auf den **völkischen Nationalismus** der AfD und dessen Kern, die Konstruktion des Volkes als weitgehend ethnisch homogener Abstammungsgemeinschaft (99).

Es sind von dorther zwei Ebenen im Wahlprogramm der AfD zu unterscheiden, die in einem Spannungsverhältnis, wenn nicht gar in einem Widerspruch zueinander stehen: einerseits die Ebene der nationalstaatlich verfassten Eigentümermarktgesellschaft, auf der die Standortinteressen kapitalistischer Privateigentümer verhandelt werden; andererseits die Ebene der einstmals von Alexander Rüstow so genannten „Vitalpolitik“, auf der die gemeinschaftlichen Belange der „sozialen Integration“ (Rüstow 1957, 238) als ‚Gegenhalt‘ zur konkurrenzorientierten Marktwirtschaft thematisiert werden,<sup>17</sup> nicht zuletzt – über Rüstow hinaus – im Sinne einer völkischen Identitätspolitik.

Eine dritte Ebene ist die des Staates. In der ihm angedachten Rolle als Hüter der Wettbewerbsordnung und als Wahrer der Standortinteressen der deutschen Wirtschaft steht der real existierende Staat aus der Sicht der AfD auf dem Prüfstand. Der Staat steht im Verdacht, sich unsachgemäß in die Belange der Wirtschaft einzumischen, Rechtsstaatsprinzipien zu verletzen und sich in den „Schicksalsfragen der Nation“ (14) als inkompetent zu erweisen. Schuld daran ist die „politische Klasse“, eine „politische Oligarchie“ (wie es noch im Leitantrag heißt), die „die Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in Händen“ (12) hält. Um dem „teilweise totalitäre[n] Gebaren“<sup>18</sup> (12) der Regierung gegenzusteuern, bedient sich die AfD des Arsenal neoliberaler Staatsvorstellungen, in denen es immer darum geht, den Staat gegen ‚unangemessene‘ gesellschaftliche Interessen und deren Pendant, das korrupte Establishment, abzuschotten: Einbau von Elementen der direkten Demokratie in das Verfassungssystem, strikte Gewaltenteilung, Beschränkung der Macht der Parteien, Veränderungen des Wahlsystems, Beendigung angeblich diskriminierender Praktiken (Gleichstellungspolitik!) – und dies alles im Namen von „Freiheit und Verantwortung“ (19) und Volkssouveränität.

15 Hier zitiert nach Biebricher 2021, 60.

16 Vgl. u.a. Butterwegge 2006, 15-33 und neuerdings Butterwegge 2018, 40-62.

17 „Wenn wir uns“, so Rüstow, „für die – soziale – Marktwirtschaft und ihre Leistungskonkurrenz entscheiden, so müssen wir doch zugeben, daß diese Konkurrenz, unbeschadet ihrer gewichtigen sonstigen Vorzüge, immerhin von sich aus keine aktive Integrationskraft darstellt.“ (Rüstow 1957, 229) Gefordert sei für den „Sozialbereich“ ein „immer dichtere[s] Netz und Gewebe lebendiger Bindungen“, um ein „Optimum der sozialen Integration“ zu erreichen (ebd., 238).

18 Im Leitantrag fehlt die Einschränkung „teilweise“.

Das Ideal des Staates, das der AfD vorschwebt, ist der autoritär geführte nationale Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis in einem „Europa der Vaterländer“. Es ist das, um einen von Gerd Wiesel geprägten Begriff aufzugreifen, ein Programm eines **völkischen Neoliberalismus**.

Im Folgenden gehe ich auf einige zentrale Punkte des AfD-Wahlprogramms ein. Vollständigkeit wird nicht angestrebt, vielmehr geht es mir um die innere Systematik des Programms.

## 1. WIRTSCHAFTS- UND TECHNOLOGIEPOLITIK

Im Sinne des Standortnationalismus möchte die AfD verhindern, dass – unter den Bedingungen einer schwächelnden „weltweite[n] Konjunktur“ - „politisch initiierte Umbrüche wie die ‚Klimaretter‘ [...] enorme Investitionen und Umstrukturierungen [fordern] und [...] manche Branchen brachial“ treffen und den „Kern der deutschen Wirtschaft“ gefährden. Zumal die Auswirkungen der Corona-Pandemie die exportorientierte und „von internationaler Arbeitsteilung abhängig[e]“ (40) deutsche Volkswirtschaft in besonderem Maße treffen würden.

Speziell liegt der AfD der deutsche **Mittelstand** am Herzen. Dieser „Stabilitätsanker“ der Wirtschaft, der den „Großteil der Arbeitsplätze“ bereitstelle, schaffe – im Gegensatz zu den „Großkonzernen - „oft ohne staatliche Subventionen und Steuererleichterungen“. Der Mittelstand leide unter der „Doppelbelastung durch politisch initiierte Strukturbrüche und pandemiebedingte Einschränkungen“. Die umfangreichen „Rettungspakete“ könnten nicht die „Erholung der Realwirtschaft ersetzen oder über Nacht herbeiführen“. Mit Hilfe dieser Rettungspakete werde aber „eine Umverteilung im Sinne der ‚Großen Transformation‘<sup>19</sup> zum Nachteil unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt vorangetrieben.“ (41)

Aus dieser Problembeschreibung leitet die AfD mehrere Forderungen ab:

1. Befreiung („komplett“) der Wirtschaft „von politisch herbeigeführten Belastungen“
2. die „Entlastung“ des Mittelstandes
3. „Entschädigung der Wirtschaftssektoren [...], die von den Corona-Maßnahmen besonders betroffen sind“
4. Erringung der „**Technologieführerschaft**“ mittels eines „**Blue-Deal**“ (41).

Dieser letzte Punkt ist der AfD besonders wichtig, weil sie erstens demonstrieren will, dass sie keineswegs eine Gegnerin des technischen Fortschritts ist (sie lobt überschwänglich „deutsche[n] Erfindergeist“) und Renormalisierung nicht mit Rückwärtsgewandtheit zu verwechseln ist. Die AfD offeriert, ganz unbescheiden, einen „Blue-Deal“ als Kontrapunkt zum „Green New Deal“.

Ihr „Entwicklungsplan“ (42) sieht vor, den ganzen Bildungs- und Forschungsbereich auf MINT-Fächer auszurichten, neue wissensbasierte Produkte zu fördern und die „Dynamik kleiner innovativer Einheiten“ zu nutzen. Bevorzugte zukunftssträchtige Bereiche sind: der pharmazeutisch-medizinische Komplex, Quantencomputing, Weltraumnutzung, Infrastruktur. Die „Rahmenbedingungen für Investitionen“ sollen verbessert werden und „Staatseingriffe in den Energiemarkt“ (42) unterbleiben. Der Staat soll „effizienter“ (43) werden, was Bürokratieabbau einschließt. Gefordert wird beispielsweise

- „Entschlackung und Flexibilisierung des Arbeitsrechts“ (wird nicht näher erläutert)
- „Beendigung der Benachteiligung des Mittelstands gegenüber multinationalen Großkonzernen“
- „Überprüfung, ggf. Abbau bzw. Befristung von Regulierungen und Subventionen“ (43)

Die AfD verbindet ihren „Entwicklungsplan“ mit einer Polemik gegen „sozialistische ‚Industriepolitik‘“, ein Seitenhieb u.a. gegen das Konzept des Bundeswirtschaftsministers Altmaier. Unternehmerische Aktivitäten des Staates, direkte staatliche Einflussnahme auf die Wirtschaft, Steuerung der Wirtschaft per „Vorgaben und Subventionen“ sowie „staatlich verordnete[ ] Preiserhöhungen für vermeintlich gute Zwecke“ (44) sind der AfD ein Dorn im Auge. Das sei alles „Staatwirtschaft“ und führe in den „Niedergang“. Man beruft sich auf die soziale Marktwirtschaft á la Erhard und wiederholt das alte ordoliberalen Bekenntnis: „Die Aufgabe des Staates soll die Erhaltung des Wettbewerbs und die Verhinderung von Monopolen, Kartellen und sonstigen den Marktmechanismus schädigenden Einflüsse sein.“ Wie eine solche ‚antimonopolistische‘ Staatspolitik durchgesetzt werden kann und wie sie vereinbar ist mit der propagierten Erringung der „Technologieführerschaft“, darüber schweigt die AfD.

Der Polemik gegen jede Art von „Staatwirtschaft“ entspricht auf der anderen Seite die Verpflichtung der Tarifparteien auf „den sozialen Frieden und eine vertrauensvolle Zusammenarbeit“ (43).<sup>20</sup> Zwar bekennt sich die AfD „zur Mitwirkung

19 „Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation (engl. World in Transition – A Social Contract for Sustainability) ist der Titel des Hauptgutachtens des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) aus dem Jahr 2011. Es wurde im Vorfeld der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung 2012 (Rio+20) erstellt. Hauptanliegen der Autoren ist es, eine weltweite Transformation zu einer klimaverträglichen Gesellschaft ohne Nutzung fossiler Brennstoffe in Gang zu setzen bzw. zu beschleunigen. Der WBGU spricht sich [auch] gegen die Nutzung der Kernenergie aus.“ ([https://de.wikipedia.org/wiki/Welt\\_im\\_Wandel\\_%E2%80%93\\_Gesellschaftsvertrag\\_f%C3%BCr\\_eine\\_Gro%C3%9F\\_Transformation](https://de.wikipedia.org/wiki/Welt_im_Wandel_%E2%80%93_Gesellschaftsvertrag_f%C3%BCr_eine_Gro%C3%9F_Transformation))

20 Die diesbezügliche Passage fehlt im Leit Antrag.



und Mitbestimmung der Beschäftigten in den Betrieben und zu allgemeinverbindlichen Tarifverträgen“ und beschwört den Geist der Sozialpartnerschaft, nicht aber ohne zu betonen, dass es Zweck der Kooperation sei, „betriebliche Ziele zu erreichen und Interessengegensätze ins Gleichgewicht zu bringen“. Diesem vorgegebenen Zweck widersprechen „Forderungen nach Enteignungen, Abschaffung von Privateigentum und Vertragsfreiheit, hetzerische Klassenkampfrhetorik oder vorsätzlich (!) herbeigeführte Konflikte durch linke Parteien“. (43)

## 2. KLIMAPOLITIK<sup>21</sup>

Wenn von „Staatswirtschaft“ und von „staatlich verordneten Preiserhöhungen für vermeintlich gute Zwecke“ die Rede ist, ist die Kritik an der Klimapolitik nicht allzu fern. Zwar verzichtet die AfD in ihrem Programm auf den dystopischen Begriff der „Ökodiktatur“. Sie begnügt sich auch nicht damit, den Klimawandel zu leugnen. Vielmehr hält sie den Klimawandel für eine Art ‚Gezeiten‘-Vorgang, für einen immer wiederkehrenden natürlichen Vorgang, dem man auch positive Seiten abgewinnen könne (Stichwort: „Ergrünen der Erde“, 172). Deshalb sei der Kampf gegen den Klimawandel ein Kampf gegen Windmühlen. Welchen Zweck verfolgt die AfD mit dieser These, mit der sie die „Große Transformation“, den „Great Reset“ ablehnt, wie er z.B. von den ‚aufgeklärten‘ Akteuren des Weltwirtschaftsforums vertreten wird?

1. Es ist bereits deutlich geworden, dass der AfD vor allem die deutsche Industrie und der technische Fortschritt am Herzen liegt. Sie plädiert auch in puncto Klimapolitik für einen Technikoptimismus und damit für eine „positive Zukunftserwartung“ (173). Denn: „Nicht Verzicht, Rückschritt und Sozialismus haben die Umweltbelastungen reduziert, sondern technischer Fortschritt und eine auf klaren Regeln basierende Marktwirtschaft.“ (173f.) Ein Argument, das insofern nicht stimmt, als unter dem Strich die Umweltbelastungen gestiegen sind – trotz oder gerade wegen des technischen Fortschritts.

2. Was aber die AfD besonders interessiert, ist nicht der technische Fortschritt als solcher, sondern sind die Kapitalfraktionen, die nach Meinung der AfD Träger des technischen Fortschritts sein sollten und die durchaus staatlicherseits unterstützt werden sollten. „Gesicherte und günstige Energieversorgung ist eine der Grundvoraussetzungen von Wohlstand, Sicherheit und Gesundheit. Diese sicherzustellen ist Kernaufgabe des Staates.“ (174) Sicherheit und Preiswertigkeit sind die beiden Kriterien, an denen sich staatliches Handeln, das die „Rahmenbedingungen“ dementsprechend gestalten soll, zu orientieren hat. Denn: „Teure Energie und knappe Energie lässt Industrie abwandern und schränkt den Lebensstandard breiter Teile der Bevölkerung, gerade auch der unteren Einkommensgruppen, drastisch ein.“ (174) Von dorthier lehnt die AfD den „Green Deal“ der EU

ab, weil er ihrer Meinung nach das nicht gewährleistet und zudem auf „Planwirtschaft“ (= Sozialismus) setzt.

3. Der von der AfD vorgeschlagene „Energimix“ geht auf Kosten ‚erneuerbare[r]‘ Energielieferanten“ (62). Die AfD wünscht sich neben Solar- und Windanlagen, deren Betrieb allerdings staatlicherseits erheblich restringiert werden soll,

- eine Verlängerung der Laufzeiten für die verbliebenen, im Weltmaßstab angeblich sehr sicheren Kernkraftwerke und „die Neueinrichtung von sicheren Kernkraftwerken“ (177) plus begleitender Forschung in Kernforschungszentren („Brutreaktoren“, „Fusionsenergie“)
- die „Verstromung von Braun- und Steinkohle als grundlast- und regelfähige Energiequelle“, deutsche Kohlekraftwerke seien nämlich die „weltweit saubersten und effizientesten“ (176)
- weitere Gaskraftwerke (Fertigstellung von Nord Stream 2!), auch Flüssiggas ist genehm (176).

Neben der Förderung dieser ‚alten‘ Energien und der sie produzierenden Unternehmen spricht sich die AfD gegen die „Bevorzugung und Förderung einer Wasserstoffwirtschaft“ (175) und gegen die „einseitige Förderung der Elektromobilität“ (175f.) sowie die Nutzung von „Energiepflanzen“ (175) aus.

Gefördert werden sollen angemessene Rahmenbedingungen für die „privatwirtschaftliche Luft- und Raumfahrt“ und die Schaffung einer „europäische[n] [!] Zuliefererindustrie“ mit dem Ziel der „weiteren Erschließung des Weltraumes für die Wissenschaft, als Rohstoffquelle und [sic!] als möglicher neuer Lebensraum für den Menschen“, auch auf der Basis „internationaler Raumfahrtprogramme“ (177). Weiterhin sollen Gentechnik und Kunststofftechnik sowie „Abfallbeseitigungs- und Rohstoffrückgewinnungstechniken“ (178) weiterentwickelt und genutzt werden. In der Entwicklungspolitik sieht man Spielraum für die Möglichkeit des Exports von „Wiederaufbereitungstechnologien“ in die Entwicklungsländer, denen man im Übrigen die „Verschmutzung der Meere“ (178) zur Last legt.

4. Mit diesen Projekten im Energie- und High Tech-Bereich, die man dem „Blue Deal“- Projekt der AfD zuordnen kann, will die AfD erstens den von ihr befürchteten „radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft“ (172) durch den „Green Deal“ entgegentreten und zweitens den Unternehmen, die in den von der AfD priorisierten Industriebereichen tätig sind, profitable Investitionsmöglichkeiten erschließen helfen – insgesamt wohl nach Meinung der AfD ein ‚liberaler Interventionismus‘ (im Gegensatz zu dem als „planwirtschaftlich“ denunzierten Interventionismus des Green Deal). Dass ein solcher technikaffiner Interventionismus *nicht* zu einem Gesellschaftsumbau führen würde (ebenso wie eine neoliberale Wirtschaftspolitik), bleibt das Geheimnis der AfD. Produktivkraftentwicklung unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen führt *immer* zu gesell-

21 Ausführlicher zur Klimapolitik vgl. den Beitrag von Andrea Becker in diesem Heft.

schaftlichen Veränderungen, und zwar in hohem Maß unkontrolliert, je weniger sie durch politische Steuerung moderiert werden.

5. Im Gegensatz zu einer Auffassung, es ginge der AfD darum, so weiter zu machen wie bisher oder sich gar rückwärts zu orientieren, muss betont werden, dass sie sich eher an die alte Devise von Franz Josef Strauß hält, konservativ sei, an der Spitze des technischen Fortschritts zu marschieren. Sie schlägt allerdings einen *anderen* Entwicklungspfad vor als den, der mit der „Großen Transformation“ oder dem „Great Reset“ geplant ist. Und auch der AfD geht es um den Profit, z.B. den der Auto- oder Energieindustrie. Betrachtet man das Ganze im Hinblick auf die Interessen kapitalistischer Unternehmen, so lautet das Kalkül der AfD: Ökologisches Wirtschaften (samt gesellschaftlicher Akzeptanz) mag gut sein, aber der Profit muss stimmen. Wenn nicht, werden Unternehmen nach Alternativen Ausschau halten, von denen die AfD glaubt, sie mit ihrem „Blue Deal“ bieten zu können. Realistisch ist dieses Kalkül freilich nicht.<sup>22</sup>

### 3. STEUERPOLITIK

Der neoliberale Grundton im Bundestagswahlprogramm, das sollte deutlich geworden sein, ist unübersehbar. Das zeigt sich auch in dem Kapitel, das sich mit den **Steuern** beschäftigt. Bekanntlich hatte die AfD in ihrem Grundsatzprogramm (GP 2016)<sup>23</sup> neben der Schuldenbremse die Einführung einer Abgaben- und Steuerbremse gefordert, „um die maximale Summe der Belastung auf einen bestimmten Prozentsatz im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt festzuschreiben“ (GP 2016, 74). Der finanzielle Spielraum des Staates soll damit weiter eingeschränkt, andererseits die „Steuer- und Abgabenbelastung in Deutschland“ (33) gesenkt werden. Der Prozentsatz wird allerdings auch im Wahlprogramm nicht genauer bestimmt. Die AfD hält es offensichtlich nicht für nötig, die Finanzierung ihres Entwicklungsprojekts durchzurechnen, sondern begnügt sich damit, Änderungspläne bezüglich der Steuergesetzgebung in die Welt zu setzen.<sup>24</sup> Grundsätzlich ist es ihr Anliegen, mit den Änderungen „die in den letzten Jahren erfolgte massive Abwanderung von deutschen Unternehmen und Fachkräften ins Ausland zu stoppen und den Wirtschaftsstandort Deutschland für Investitionen wieder attraktiv zu machen“ (33f.).

Die AfD schlägt vor, die Steuern auf die Umsatzsteuer (vulgo: Mehrwertsteuer) und die Einkommensteuer zu konzentrieren. Im Einzelnen fordert sie:



1. die Aufhebung der sog. Substanzsteuern: Das sind die den Kommunen zufließende Grundsteuer (auf Haus- und Grundbesitz),<sup>25</sup> die Vermögenssteuer (ist zurzeit ausgesetzt) und die Erbschafts- und Schenkungssteuer
2. die Aufhebung der Gewerbesteuer (zählt zu den Gemeindesteuern)
3. Die Aufhebung der Grunderwerbssteuer (beim Erwerb von Grund und Boden sowie Wohneigentum; eine Ländersteuer, die an die Kommunen weitergegeben werden kann)
4. die Aufhebung „kleinere[r]“ Verbrauchssteuern, wie der Energie-, Schaumwein-, Kaffee-, Biersteuer und solcher Kommunalsteuern wie Vergnügungs-, Schankerlaubnis-, Jagd- und Fischerei- sowie die Zweitwohnungssteuer (32)
5. die endgültige Aufhebung des Solidaritätszuschlags.
6. bei der Einkommenssteuer eine „automatische gesetzgeberische Dynamisierung“ (36) der Kinder- und Grundfreibeträge sowie der Steuer-„Tabellenbeträge“ als Mittel gegen die „kalte Progression“.<sup>26</sup>

Schaut man sich diese Forderungen unter dem Gesichtspunkt an, wer davon profitieren würde, so wird eine soziale Schiefelage deutlich. Von der Aufhebung der Substanzsteuern und der Gewerbesteuern würden Unternehmen aller Art einen Vorteil haben, besonders aber, das betont die AfD am Beispiel der Erbschafts- und Schenkungssteuern, der gewerbliche Mittelstand. In zweiter Linie dann Haus- und Grundbesitzer aller Art sowie

22 Unlängst verkündete Audi, ab 2026 „keine Autos mehr mit Verbrennermotor“ bauen zu wollen (FAZ v. 19.06.2021, 25).

23 [https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm\\_AfD\\_Online-PDF\\_150616.pdf](https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2018/01/Programm_AfD_Online-PDF_150616.pdf)

24 Der rechtslibertäre Vordenker Markus Krall will die Höhe der Gesamtsteuern auf „maximal 15 Prozent des Brutto sozialprodukts“ (JF-Magazin Finanzen, Herbst/Winter 2020, 11) festgesetzt wissen.

25 Als Ersatz bietet die AfD „eine Änderung des Verteilungsschlüssels der großen Steuerarten zu Gunsten der Kommunen an“ (33)

26 Gegenüber dem Leitanspruch verlangt das Programm auch „die Einführung einer Digitalsteuer für Tech-Riesen“ (37), bezogen auf den Umsatz.



Immobilienbesitzer, die vermieten. Der Wegfall der Grunderwerbssteuer würde ‚Besserverdienenden‘ zugutekommen, die es sich leisten können, Wohnungseigentum zu erwerben. Nur von der Aufhebung der „kleineren Verbrauchssteuern“, sieht man mal z.B. von der Zweitwohnungssteuer ab, würden zum Teil die sogenannten „kleinen Leute“ profitieren. Maßnahmen gegen die „kalte Progression“ kämen Menschen mit geringen und mittleren Einkommen zugute. Den konstanten Spitzensteuersatz, der bei 42 Prozent liegt,<sup>27</sup> möchte die AfD nicht verändern. Da aber der Name Paul Kirchhof positiv erwähnt wird (32), kann man daraus schließen, dass die AfD mit einem Spitzensteuersatz von 25 Prozent liebäugelt.<sup>28</sup> Der Schwerpunkt der Steuereinnahmen läge also auf der Mehrwertsteuer, die bekanntlich das Portemonnaie der „kleinen Leute“ relativ am meisten belastet. Auffallend ist, dass mit der Aufhebung der Grund- und Gewerbesteuer vor allem die Kommunen betroffen sind.

Vor diesem Hintergrund wäre es interessant zu erfahren, wie sich die AfD die Verteilung der Staatsausgaben vorstellt. Sinkende Staatseinnahmen und damit der Zwang zu Einsparungen führen zu Konflikten zwischen den verschiedenen Ressorts. Natürlich (aus der Sicht der AfD) soll der Staat effizienter und „schlanker“ werden, Bürokratie soll abgebaut werden. Das spart Geld (falls es gelänge), ebenso der Verzicht auf einen Green Deal oder die geforderte Schließung des „Asylparadies Deutschland“ (90). Aber den Blue-Deal gäbe es sicherlich nicht zum Nulltarif, während die gesellschaftlichen Kosten, die dadurch entstünden, dass man wie die AfD den „Kampf gegen den Wandel des Klimas“ von vornherein als sinnlos deklariert, immens wären. Auch die angestrebte „Wiederherstellung der Wehrfähigkeit Deutschlands“ durch eine „die Eigenständigkeit insbesondere bei Material und Personal“ (64) garantierende Finanzausstattung, die „Wiedereinsetzung der Wehrpflicht“ (66) und die Einführung eines „allgemeinen Gemeinschaftsdienstjahr[es]“ (66) belasten den Staatshaushalt.<sup>29</sup> Gleiches gilt für die Aufrüstung der Polizei im Bereich der inneren Sicherheit (vgl. 74ff.) Wie aber steht es mit den **Sozialausgaben**? - Sozialpolitik ist in den Augen der AfD primär Bevölkerungs- und Familienpolitik<sup>30</sup> und zielt auf die Schnittstelle, an der sich das Interesse an der ausreichenden Reproduktion des Arbeitskräftepotenzials und der Wunsch am Erhalt der Familie „als Sozialisationsraum und emotionale intergenerative Lebensgemeinschaft“ (103), als „Keimzelle unserer Gesellschaft“ (102) trifft.

#### 4. FAMILIENPOLITIK

Wie bereits in den früheren Programmen konzentriert sich die AfD auf die „Notwendigkeit einer aktivierenden, also geburtenfördernden Familienpolitik“ mit dem Ziel, „die demografische Katastrophe, in die wir geraten sind, [nicht] weiter zu verschlimmern“. Man wolle eine „positive, familienfreundliche Sozialpolitik“ (102). Schließlich gehe es dabei um die „Bestandserhaltung“ (103) des deutschen Volkes<sup>31</sup> und den Erhalt der „sozialen Sicherungssysteme und letztlich unserer kulturellen Identität“ (102). Das Ideal ist die 3-Kind-Familie (107), die optimalerweise „von einem Gehalt leben kann“ (105).

Bemerkenswert ist, was die AfD zu den Ursachen der „demografischen Katastrophe“ schreibt. Während sie sich auf der einen Seite technikaffin und wettbewerbsfreundlich gibt, argumentiert sie in puncto Familie traditionalistisch, ganz im Sinne der eingangs angesprochenen „Vitalpolitik“. Der Geburtenrückgang wird kulturpessimistisch gedeutet, als Ausdruck eines Wertezusammenbruchs und Einstellungswandels. Schuld daran sei ein Sozialstaat, der als „Helfer in allen Lebenslagen“ wahrgenommen werde, mit der Konsequenz, dass das Bild der Familie als „generationsübergreifende Wirtschafts- und Versorgungsgemeinschaft“ (103) in den Hintergrund getreten sei. Stattdessen sei der „Hang zur vorrangigen ökonomischen Wohlstandsoptimierung während der Lebenserwerbsphase zum Leitbild einer materiellen Gesellschaft“ getreten. Was die AfD kritisiert, ist das Übergreifen von Wertorientierungen, die ihr im Bereich der Ökonomie durchaus angebracht erscheinen und die man zusammenfassend unter den Begriff des ‚Besitzindividualismus‘ subsumieren könnte, auf das System Familie. Die Orientierung auf „Selbstverwirklichung“ habe dazu geführt, dass der Kinderwunsch in der Lebensplanung „zugunsten von Einkommen und Karriere“ (103) verdrängt werde. Das Anliegen der AfD ist es also, gegensätzliche Wertorientierungen in Einklang zu bringen: in der Sphäre der Wirtschaft Leistungs-, in der Sphäre der Familie Gemeinschaftsorientierung. Welches Familienbild der AfD vorschwebt, soll im Folgenden gezeigt werden.

Neben einer ideologischen Offensive für das von der AfD favorisierte familiäre „Werte- und Bezugssystem“ (102) sowie für eine Aufwertung der Familienarbeit und gegen die Diskreditierung der Institution Familie von links-grüner Seite,<sup>32</sup> empfiehlt die AfD eine Vielzahl von juristischen und finanziellen Maßnahmen, insbesondere mit Blick auf die „mittlere Einkom-

27 Ab einem Jahreseinkommen von 57.919 Euro (Stand 2021).

28 Markus Krall (vgl. Fn. 10) will überhaupt die Einkommenssteuer abschaffen.

29 Das Sparsamkeits-Argument zählt in diesem Falle nicht. Die AfD verbindet mit der „Wiederherstellung der Wehrfähigkeit“ reaktionäre Ziele: „Die Bundeswehr soll wieder einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte pflegen. [...] Die Bundeswehr muss die besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte leben. [...] Um Loyalitätskonflikte zu vermeiden, soll der Dienst in den Streitkräften ausschließlich Deutschen vorbehalten sein, die über keine andere Staatsangehörigkeit verfügen.“ (65f.)

30 Der gegenüber dem Leitantrag im Programm eingefügte Abschnitt „Arbeits- und Sozialpolitik“ (116-121) bezieht sich in der Hauptsache auf die Themen Leiharbeit, Mindestlohn, Arbeitslosengeld und Arbeitslosenversicherung. Betont wird die nationale Zuständigkeit für ein „leistungsgerechtes Sozialsystem“ (116).

31 „Bei einer Geburtenrate von 1,5 Kindern schrumpft ein Volk um ca. 30% pro Generation.“ (103)

32 Im Leitantrag ist die Rede von links-grünen „pseudofamiliäre[n] Leitbildern“.

mensschicht“ (104). Hier ein (unvollständiger) Überblick (vgl. 104ff.):

1. Steuerliche Vergünstigungen: Darunter fallen Familiensplitting, „Anhebung des Kinderfreibetrages“, „vollständige steuerliche Absetzbarkeit von kinderbezogenen Ausgaben“, „Absenkung der Mehrwertsteuer für Artikel des Kinderbedarfs“;

2. Finanzielle Zuwendungen und Subventionen (auch an Dritte): Dreijähriges Kinderbetreuungsgeld für Eltern bzw. Großeltern, Ehe-Start-Kredit (gebunden an die deutsche Staatsbürgerschaft), Unterstützung von BAFÖG-Empfängern mit Kindern, Förderung von Wohnungskauf (statt Förderung von Energieeffizienzhäusern), Anreize für Unternehmen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu erleichtern, „nach Kinderzahl gestaffelte Lohnsubventionen an Arbeitgeber“ beim beruflichen Wiedereinstieg der Eltern, „Schaffung günstiger Mietwohnungen“;

3. Rechtliche Veränderungen: „Verpflichtende Schwangerschaftskonfliktberatung“ zum „Schutz des Lebens“, Abtreibungen („speziell aus sozialen und familiären Gründen“) als Ausnahme, Meldepflichtigkeit von Abtreibungen („Verstöße dagegen sind zukünftig zu ahnden“), Verbot der Leihmutterchaft, „kinderfreundliche Gesellschaft als Staatsziel“ (aber keine „Kinderrechte“ im GG), Änderungen im Scheidungsrecht (Berücksichtigung „schwerwiegende[n] Fehlverhalten[s] gegen die eheliche Solidarität bei den Scheidungsfolgen“), „Kinder in den Familien belassen, Kindesentzug nur in Ausnahmen“;

4. Sonstige Maßnahmen: Unterbindung von Missbrauchsmöglichkeiten beim Kindergeld (Vorwurf gegen Arbeitsmigranten!), Familienbeauftragte statt Gleichstellungsbeauftragte, ‚ideologiefreie‘ Kinderbetreuung in Kitas und Schulen (statt „Genderwahn“ und „Frühsexualisierung“).<sup>33</sup>

Zusammenfassend kann man sagen, dass die AfD erstens nichts gegen Staatsinterventionismus hat, sofern es um eine bevölkerungspolitisch motivierte Familienpolitik und die rechtlich-ökonomische Rekonstruktion des traditionellen bürgerlich-patriarchalischen Familiensystems geht, wenn auch mit einigen Zugeständnissen an die moderne Arbeitswelt, die allerdings auf Kosten der Frauen gehen. Darüber, wie ‚familienfreundliche‘ Reallöhne für wohl vorwiegend männliche Alleinverdiener durchgesetzt werden können, gibt die AfD keine Auskunft, was auf einen zentralen Widerspruch verweist: Der Erhalt der (männlichen) Alleinverdiener-Familie setzt entspre-

chende Reallöhne voraus, die freilich mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, so wie sie sich die AfD vorstellt, nur schwerlich vereinbar sind. Zweitens hält die AfD in diesem Fall, gewissermaßen ‚kompensatorisch‘, staatliche Interventionen mit steuerlichen Vergünstigungen, höheren finanziellen Zuwendungen und Subventionen sowie einer *repressiven* Veränderung der rechtlichen Rahmenbedingungen für notwendig. Drittens spielt die AfD ihr Familienkonzept systematisch gegen andere Politikaufgaben aus. Unter dem Stichwort „kulturelle Identität“ werden nicht-deutsche BürgerInnen benachteiligt; Gleichstellungspolitik dient selbstverständlich nicht der Erhaltung der „kulturellen Identität“, und Energiesparmaßnahmen müssen weichen, wenn es um die Schaffung von Wohnraum geht.

Insgesamt zeigt sich, wie in den bisherigen Programmen, dass für die AfD Sozialpolitik im Wesentlichen pronatalistische Bevölkerungs- und Familienpolitik ist. Das gilt auch für die Rentenpolitik, in der die familiaristische und identitätspolitische Perspektive gleichfalls dominiert.<sup>34</sup> Familienpolitik steht im Dienste der „Bestandserhaltung“ des deutschen Volkes – bezogen auf die Erfordernisse des Arbeitsmarkts und der sozialen Sicherungssysteme, bezogen auf die patriarchalische Kernfamilie als „kulturelle Identität“ verbürgenden Instanz und bezogen auf die Familie als primäre Erziehungsinstanz und als Gemeinschaft, die, so das idealisierende Bild, „Sicherheit, Obhut, Heimat, Liebe und Glück“ (102) gewährleisten soll.

## 5. BILDUNG, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG

Die AfD gibt die Devise aus: „Deutschland muss wieder ein Land der Spitzenforschung werden.“ (151) Zur Bildungs- und Forschungspolitik hieß es bereits (siehe oben Punkt 1), man müsse sie an den MINT-Fächern orientieren. Im Abschnitt „Bildung, Wissenschaft und Forschung“ des Programms ist davon allerdings keine Rede mehr, sieht man mal von der Forderung nach einer „zeitgemäßen IT-Ausstattung“ der weiterführenden Schulen in Hinblick auf den Informatikunterricht und die berufliche Ausbildung „in technischen Fächern“ (147) ab. Man argumentiert vergleichsweise konservativ. Selbstverständlich möchte die AfD keine „Gleichmacherei“, sondern ein „leistungsorientiertes, differenziertes Bildungswesen“, in dem die „Leistungsunterschiede zwischen den Schülern innerhalb einer Schulform begrenzt bleiben“, und selbstverständlich beklagt man die „Absenkung des Niveaus“ (146).<sup>35</sup> Als Allheil-

33 Gegenüber dem Leitantrag findet sich im endgültigen Programm eine Passage (112f.), in der die AfD ihr Verständnis von Geschlecht darlegt: „Das Geschlecht ist eine biologische Tatsache“.

34 Was die **Rentenfrage** betrifft, arbeitet die AfD die Beschlusslage vom Kalkarer Sozialparteitag in ihr Wahlprogramm ein, jedoch mit zwei Ausnahmen: 1. Selbstständige (mit deren unterschiedlichen Einkunftsarten) zahlen nicht in die GRV ein; 2. die staatliche Anlage von Spardepots pro Kind mit deutscher Staatsangehörigkeit in Höhe von 100 Euro pro Monat entfällt. Neu dagegen sind Ausgleichszahlungen („pauschalisierte Einmalzahlungen“) für besonders benachteiligte Ostrentner und die Anhebung des Steuerfreibetrags bei der Rentenbesteuerung. – Ausführlicher dazu der Beitrag von Johanna Bongers und mir in diesem Heft.

35 Als Grund für den Niveauperlust wird (neben der üblichen Kritik an „Gleichmacherei“) die Kompetenzorientierung angegeben, die „Bildung und das Streben nach Erkenntnis“ (149) in den Hintergrund dränge. In diesem Zusammenhang wird das Wirken von Lobbygruppen moniert.



mittel empfiehlt die AfD strukturelle Veränderungen: die Restauration des dreigliedrigen Schulsystems (verschämt spricht die AfD von einem „mehrgliedrige[n] Schulsystem“, 146)<sup>36</sup>, die Stärkung des „berufliche[n] Bildungs- und Ausbildungssystem[s]“ – statt „immer höhere[r] Abiturientenquoten“ (147) („Akademisierungswahn“, 146) – sowie die rechtliche Ermöglichung von Aufnahmeprüfungen an den Hochschulen. Der Bologna-Prozess in der EU soll rückgängig gemacht, die „Grundfinanzierung der Hochschulen“ (151) erhöht und „politische Zielvorgaben zu Studentenzahlen, Studienerfolg und anderen Quoten“ (151f.) beendet werden.

Größere Aufmerksamkeit widmet das Programm wieder (wie im Falle der Familienpolitik) der identitätspolitischen Seite. Kern des Anliegens ist die Forderung nach der Vermittlung „deutsche[n] Kulturgut[s]“, von „Traditionen und Geschichte“. Das dazu vermittelte Wissen sei „immanenter Bestandteil der deutschen Identität“ (149) und müsse daher „ab der Grundschule“ (150) verpflichtender Unterrichtsstoff sein.<sup>37</sup> Nicht zum deutschen Kulturgut gehöre die „Gender-Ideologie“, die den „Erkenntnissen der Biologie“ (152) widerspreche. Gender Studies an den Hochschulen, geschlechtergerechte Sprache,

entsprechen „in vielen Fällen“ nicht den Anforderungen des „deutschen Arbeitsmarkt[s]“ und belasteten den „Sozialstaat“ dauerhaft (148); Letztere behinderten den „Lernfortschritt einheimischer Schüler“ und sollten auf die „Rückkehr in ihr Heimatland“ (149) vorbereitet werden. Der „Bildungsstand“ soll denn auch als „wesentliches Entscheidungskriterium“ (148) in der Einwanderungspolitik berücksichtigt werden.

## 6. KULTUR

Die Bewahrung der „deutsche Kultur“ – das sollte bereits deutlich geworden sein – gehört zu den ‚heiligen Kühen‘ der AfD. Der systematische Stellenwert dieses Abschnittes ergibt sich aus dem eingangs angesprochenen Spannungsverhältnis. Auf der einen Seite sorgt sich die AfD um den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ (34) und dessen Basis, die „wettbewerbliche Wirtschaftsordnung“ (40), anders ausgedrückt: Um nach außen in der Konkurrenz der Nationalstaaten unter den Bedingungen der Globalisierung bestehen zu können, bedarf es im Inneren einer effektiven Wettbewerbsordnung, d.h. möglichst freier Konkurrenzverhältnisse, die es freilich ohne Gewinner und Verlierer nicht gibt. Es stellt sich daher auf der anderen Seite die Frage nach dem „Zusammenhalt der Gesellschaft“ (156). Für gewöhnlich wird dieses Thema unter dem Stichwort „Sozialstaat“ verhandelt. Die AfD dagegen widmet sich dem Thema im Programmpunkt „Kultur“.

Worauf beruht nun der „Zusammenhalt der Gesellschaft“?

1. Die AfD (nicht nur sie<sup>38</sup>) propagiert eine „**deutsche Leitkultur**“ (156), die von einem „Wertekonsens“ getragen wird, „der für unser Volk identitätsbildend ist und uns von anderen unterscheidet“. Welche Werte dies sind, ist allerdings bereits vorgegeben. Vage beruft sich die AfD auf Christentum, Aufklärung und „unsere[ ] künstlerischen und wissenschaftlichen Werke[ ]“, ohne zu explizieren, *welche* Werte sie mit Christentum, Aufklärung etc. verbindet, zumal z.B. der fundamentale Wert der christlichen Nächstenliebe oder der Rationalismus der Aufklärung keineswegs unterscheidende Merkmale „unser[es] Volk[es]“ sind. Die so genannte „deutsche Leitkultur“ ist folglich eine Formel ohne Substanz. Gleichwohl wird ihr eine „gemeinschaftsstiftende Wirkung“ zugeschrieben, die sich z.B. im Grundgesetz manifestiere. Die polemische Abgrenzung gegen „Kulturrelativismus und Multikulturalismus“ (156), vor allem mit Blick auf den Islam, ist die Kehrseite solch inhaltsleerer Setzungen.

2. Ein besonderes Augenmerk richtet die AfD auf die „**Nationalsprache**“ als dem „Herz einer Kulturnation“. Die deutsche Sprache sei daher auch „zentrales Element deutscher Identität“.



Gleichstellungsbeauftragte und Gender-Quoten werden daher abgelehnt.

„Unsere deutsche Kultur“ (150) ist des Weiteren Maßstab für den Umgang mit muslimischen SchülerInnen, denen Islamunterricht „derzeit“ verwehrt und die Teilnahme „am Sport- und Schwimmunterricht sowie an Klassenfahrten“ zur Pflicht erklärt wird. Koranunterricht (in deutscher Sprache) dürfe zudem nicht in verfassungsfeindlichen Moscheen erteilt werden. Die so geforderte „Anpassung an unsere deutsche Kultur“ wird Migrantenkinder aus „anderen Kulturkreisen und zudem oft bildungsfernen Schichten“ (148) und „schulpflichtige[n] Asylbewerber[n]“ (149) erst gar nicht zugetraut. Erstere

36 Die Inklusion wird abgelehnt („ideologisch motiviert“) und auf die ‚segensreiche‘ Arbeit der Förder- und Sonderschulen verwiesen. Der „Forderung der Vereinten Nationen“ (148) nach Teilhabe behinderter SchülerInnen am Bildungssystem sei damit Genüge geleistet.

37 Das fördere bereits in den Grundschulen „Heimatliebe und Traditionsbewusstsein“ (150).

38 Vgl. dazu Kellershohn 2021.

tät“ und müsse als „Staatsprache“ (156) in das Grundgesetz aufgenommen werden, um ihrer Zurückdrängung „durch andere Sprachen“ (gemeint ist wohl vor allem das Englische) entgegenzuwirken. Anknüpfend an ihren Standortnationalismus fordert die AfD den Erhalt des Deutschen als „Lehr- und Wissenschaftssprache“ und als Kommunikationssprache in den Unternehmen. Eine verpflichtende Einführung der „gendergerechten Sprache“ – „eine groteske Verunstaltung der deutschen Sprache“ (157) – wird abgelehnt.

3. Als weiteren Kitt der Gesellschaft betrachtet die AfD das „Heimatgefühl“ (158) – vermittelt über Brauchtum, Mundartpflege, lokale Kulturvereine, Baudenkmäler, „heimische Architektur“ – und das „Nationalbewusstsein“, ohne das „ein Volk [...] auf die Dauer nicht bestehen“ (158) könne. Wichtigstes Element ist diesbezüglich ein Verständnis der deutschen Geschichte, das sich „nicht nur auf die Tiefpunkte“ konzentriert, sondern „auch die Höhepunkte“<sup>39</sup> einbezieht (erwähnt wird das Kaiserreich<sup>40</sup>), so als ob sich erstere durch die Erinnerung an letztere relativieren ließe. Eine Erinnerungskultur, die u.a. die „Schleifung von Denkmälern und Umbenennung von Straßen“ praktiziert, wird als „ideologisch geprägte[ ], moralisierende[ ] Umdeutung der Geschichte“ (158) gerügt. Vornehmlich die „Dekolonisierung‘ unserer Kultur“ wird als „Demontage unserer historisch-kulturellen Identität“ (159) gebrandmarkt.<sup>41</sup>

Konstitutiv für den Zusammenhalt einer Gesellschaft, die auf einer privatwirtschaftlich betriebenen Wettbewerbsordnung beruht, sind – zusammenfassend – identitätsstiftende und gemeinschaftsbildende Elemente (Leitkultur, Nationalsprache, Nationalbewusstsein), deren zentraler Bezugspunkt ein spezifischer **Volksbegriff** ist.

Idealtypisch kann man Jörn Retterath (2014, 98) zufolge drei Hauptvarianten des Volksbegriffs identifizieren: Erstens das Volk als plebs, womit „die Angehörigen der ‚unteren Schichten‘, das – in der Monarchie im Gegensatz zu den Herrschenden stehende – ‚einfache Volk‘“ gemeint sind; zweitens Volk als demos, worunter „die Vorstellung einer ‚Gemeinschaft‘ aller Bewohner des Staates, basierend auf gleichen politischen und rechtlichen Teilhabemöglichkeiten subsumiert“ wird; und drittens Volk als ethnos, womit „das Konzept einer auf gemeinsamen Merkmalen wie gleiche Abstammung, Sprache und Kultur beruhenden ‚Gemeinschaft‘ bezeichnet“ wird. Dieser ethnische Volksbegriff liegt dem **völkischen Nationalismus** der AfD zugrunde. Es verwundert daher nicht, dass auch das Merkmal „Abstammung“ im Programm angesprochen wird, typischerweise nicht im Abschnitt „Kultur“, sondern im Zusammenhang mit der Behandlung des Themas „Migration“ (siehe 7. Abschnitt), das dem Aufbau eines „Schutzsystem[s] des 21. Jahrhunderts“ (89) für Deutschland gewidmet ist. Der Eckpfeiler dieses Schutzsys-

tems ist die von der AfD geforderte Revision des Staatsbürgerrechts: „Das Geburtsortprinzip (Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt in Deutschland, auch wenn keine Elternteil Deutscher ist) wollen wir wieder aus dem Gesetz streichen und zum Abstammungsprinzip zurückkehren, wie es bis zum Jahre 2000 galt.“ (99) Dieses Abstammungsprinzip (*ius sanguinis*), im Deutschen Reich 1913 als Bestimmungsmerkmal der Staatsbürgerschaft rechtlich verankert, gehörte zu den völkischen Relikten im Grundgesetz und soll nun wieder restituiert werden.

Die auf ‚Abstammung, Sprache und Kultur‘ beruhende **Volks-gemeinschaft** – Kern des völkischen Nationalismus – gilt der AfD als Garantie für den „Zusammenhalt der Gesellschaft“, und zwar in doppelter Hinsicht: zum einen, wie eingangs bereits angesprochen, als ‚Gegenhalt‘ zur kapitalistischen Wettbewerbsökonomie, zum anderen als Voraussetzung dafür, dass überhaupt ein *deutscher* nationaler Wettbewerbsstaat weiter existieren kann. Insofern erklärt die AfD das „Volk“ im ethnischen Sinne zum Subjekt nationalstaatlich verfasster kapitalistischer Ökonomie – jenseits der Klassengegensätze, die diese Ökonomie durchziehen. In diesem Sinne kann von dem eingangs eingeführten Begriff des **völkischen Neoliberalismus** gesprochen werden.

## 7. MIGRATION, ASYL UND INTEGRATION

Wie sieht nun das „Schutzsystem des 21. Jahrhunderts“ für Deutschland aus? – Der Leitantrag der Bundesprogrammkommission wollte sich u.a. am „australischen Modell“ der Zuwanderung orientieren:

„Unser Modell für das 21. Jahrhundert hat neben der Ablösung der überholten internationalen Regelwerke, wie der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951, folgende Kernpunkte:

- Fokus auf humanitäre Hilfe in Krisenregionen selbst (interkontinentale Fluchialternativen)
- Zurückweisung von Asylsuchenden bei Einreise an der Grenze gemäß Art. 16a Abs. 2 S. 1 GG
- Ausschließlich qualifizierte Einwanderung nach australischem Vorbild
- Humanitäre Aufnahme nur für vom Bundestag ausgewählte, besonders schutzbedürftige Personen.

Solange ein dauerhafter und wirksamer Schutz der EU-Außengrenzen fehlt und die untaugliche überstaatliche Rechtslage fortbesteht, muss Deutschland die Kontrolle der Grenzen und die Unterbindung illegaler Grenzüberschreitungen selbst in die Hand nehmen.“ (Leitantrag, 33f.)

39 Vgl. Alexander Gaulands „Vogelschiss“-Rede.

40 Bezugnahme auf die aktuelle Diskussion um das Buch von Hedwig Richter: Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, München 2020.

41 In diesem Zusammenhang wird die „Critical Race Theory“ kritisiert.



Auf dem Bundesparteitag in Dresden wurde dieses Modell<sup>42</sup> verschärft. Im Antrag von Andreas Lichert, AfD-Landtagsabgeordneter aus dem Umfeld des Instituts für Staatspolitik, wurde das sogenannte japanische Modell der Zuwanderung, unterstützt von Björn Höcke, zur Abstimmung gestellt und angenommen, dann aber nachträglich durch einen Kompromissantrag modifiziert und erneut angenommen.<sup>43</sup> Als „Wegbereiter“ (pi-news, vgl. Fn. 2) des Antrags gilt Jan Moldenhauer,<sup>44</sup> der 2018 in der Wissenschaftlichen Reihe des Instituts für Staatspolitik die Studie „Japans Politik der Null-Zuwanderung – Vorbild für Deutschland“ veröffentlichte. Die Junge Alternative übernahm im Februar 2019 das Anliegen der Studie in ihr Grundsatzprogramm, ebenso Björn Höcke in seiner Rede auf dem Kyffhäusertreffen 2019: „Wir müssen den japanischen Weg gehen. [...] Es ist die 180 Grad-Wende in der deutschen, in der europäischen Einwanderungspolitik.“<sup>45</sup>

Im Interview mit pi-news (vgl. Fn. 2) erläutert Moldenhauer diesen „japanischen Weg“, von dem er behauptet, dass er auf der Kompatibilität von ökonomischen Erfordernissen und prioritär gesetzten identitätspolitischen, völkischen Belangen beruht: „Die Zuwanderungspolitik der demokratischen und erfolgreichen Industrie- und Exportnation Japan fußt nicht auf einem Ökonomie-, sondern auf einem Identitätsprimat. Diese politische Schwerpunktsetzung führt dazu, dass dem Erhalt der Identität des japanischen Volkes Vorrang vor ökonomischen Fragen eingeräumt wird. Gleichzeitig werden ökonomische Belange insofern berücksichtigt, dass Japan sich als eine der erfolgreichsten Wirtschaftsnationen behaupten kann.“

Moldenhauer spricht mit Bezug auf Japan von einem „Spagat“, der auf einem „Bündel aufeinander abgestimmter Elemente bzw. Maßnahmen“ beruhe. Darunter versteht er

*„erstens eine restriktive und damit inländerfreundliche Asyl- und Flüchtlingspolitik, zweitens eine großzügige Entwicklungs- und Flüchtlingshilfepolitik in betroffenen Regionen, also vor Ort, drittens eine Zuwanderungspolitik, die auf der Re-Migration ausgewanderter ethnischer Japaner und deren Nachkommen, einem Gastarbeiterprogramm mit konsequent durchgesetzter Rückkehrpflicht und einer Spitzenkräfteanwerbungspolitik basiert, viertens eine Familienpolitik, die auf Fertilitätsanreize zur Anhebung der japanischen Geburtenrate setzt, fünftens eine Technisierungsstrategie als Zuwanderungsvermeidungsstrategie und sechsten ein Wirtschaftsmodell, das mit dem japanischen Volkscharakter kompatibel ist und durch ein knappgehaltenes Arbeitskräfteangebot Produktivitäts-, Qualitäts- und Innovationsanreize generiert.“*

Moldenhauer ist überzeugt, dass das beschlossene AfD-Wahlprogramm „den Geist“ des japanischen Weges „atme[n]“ würde. Wenn das auf den völkischen Gehalt des Programms anspielt, so kann man dem zustimmen. Allerdings muss betont werden, dass bereits der Leitantrag identitätspolitische und ökonomische Ziele zu verbinden suchte. Die Abschnitte, die Maßnahmen zur Schließung des „Asylparadies Deutschland“ (90ff.) und zur Durchsetzung der „Remigrations-Agenda“ (93, vgl. Fn. 28) aufschlüsseln, wurden nur an wenigen, nämlich vier Stellen verschärft.

1. Die im Leitantrag angesprochene „humanitäre Aufnahme“ von „besonders schutzbedürftige[n] Personen“ (siehe oben) wurde nochmals eingeschränkt: Präferiert werden sollen nunmehr Personen, die einen mit „der deutschen Werte- und Gesellschaftsordnung vereinbare[n] kulturelle[n] und religiöse[n] Hintergrund“ (89f.) aufweisen.
2. Zur geforderten Überwachung der Grenze sollen „auch physische Barrieren wie z.B. Grenzzäune“ (90) in Betracht gezogen werden.
3. Der Familiennachzug für anerkannte Flüchtlinge soll nicht nur an „strenge[ ] Bedingungen“ (Leitantrag, 34) geknüpft, sondern grundsätzlich abgelehnt werden (91).
4. Neu eingeführt wird der Passus, dass Transferzahlungen von Flüchtlingen in ihr Heimatland mit einer Steuer belegt werden sollen, um „diesen Migrationsanreiz zu beseitigen“ (95).

Insgesamt gesehen – die Liste der einschneidenden Maßnahmen soll hier nicht weiter vorgestellt werden – verfolgt das Programm der AfD, was die Flüchtlingsfrage anbetrifft, eine Zuwanderungsverhinderungsstrategie. Aber auch diese Strategie ist schon in den früheren Programmen der AfD angelegt. Bereits im Bundestagswahlprogramm 2017 wurde eine „Null-Zuwanderung“ bzw. die Festlegung einer „absoluten Belastungsgrenze“ auf niedrigem Niveau eingefordert. In Kombination mit einer „Mindestabschiebequote“ wird sogar eine „Minuszuwanderung“ ins Auge gefasst (vgl. Kellershohn 2019, 102).

Was nun die Zuwanderung von qualifizierten Fachkräften anbetrifft, heißt es noch im Leitantrag: „Nur eine qualifizierte Zuwanderung sorgt für zusätzliche Wachstumseffekte, entlastet die öffentlichen Haushalte und könnte eine Quelle des Wohlstands sein. [...] Qualifizierte Zuwanderer sind herzlich willkommen und sollen Deutschland als ein gastfreundliches Land kennenlernen.“ (Leitantrag, 37) Von diesem standortnationalistischen Argument und der Berufung auf die Einwanderungspolitik Kanadas und Australiens verabschiedet sich die AfD in der endgültigen Fassung des Programms. Eine „iden-

42 Der Leitantrag enthielt zudem die Forderung nach einer „Remigrationsagenda“ für „abgelehnte[ ] und ausreisepflichtige[ ] Asylbewerber“ (Leitantrag, 35) und findet sich auch in der Endfassung. Der Kampf begriff „Remigration“ wurde von der Identitären Bewegung propagiert und bereits im Europawahlprogramm von der AfD übernommen.

43 Der Kompromisstext stammte von Alexander Gauland, Björn Höcke, Christoph Berndt, Roman Reusch und Andreas Lichert. Moldenhauer betont (s. Fn. 2), dass lediglich „einige Reizbegriffe und -sätze“ herausgenommen worden seien.

44 Moldenhauer ist Mitglied des AfD-Landesvorstands in Sachsen-Anhalt und Kreisvorsitzender der AfD-Magdeburg.

45 Transkript der Rede nach <https://www.facebook.com/derfluegel/videos/404530490147415/>.



titätswahrende[ ] Migrationspolitik“ (96) habe (ganz im Sinne Moldenhauers) Vorrang vor „dem schädliche[n] Einfluss wirtschaftlicher Partikularinteressen“, zumal Deutschland kein klassisches Einwanderungsland sei und im Übrigen „die Zeiten rekordhoher Beschäftigung“ infolge von Automatisierung und Digitalisierung (97) vorbei seien. Was die Orientierung am „japanischen Modell“ hinsichtlich „Begrenzung und Steuerung“ (97) bedeutet, wird nicht näher konkretisiert. Integrationsbereitschaft und Spracherwerb werden vorausgesetzt.

## 8. DEMOKRATIE UND RECHTSTAAT

Um ihre Ziele durchzusetzen, strebt die AfD einen Umbau des Staates bzw. Verfassungsänderungen an. Sie kritisiert die real existierende Demokratie vor allem mit Blick auf die Rolle der Parteien und des Parlaments. Ganz im Stile Robert Michels' bemängelt sie, so noch im Leitantrag, Oligarchisierungstendenzen<sup>46</sup> in den „etablierten Parteien“. Diese eigennützig handelnde „politische Klasse“ habe die „Schalthebel der staatlichen Macht, der politischen Bildung und des informationellen und medialen Einflusses auf die Bevölkerung in Händen“ (12). Ihr „teilweise totalitäres Gehabe“<sup>47</sup> präge das Regierungshandeln. Die AfD greift hier auf einen Typ neo-liberaler Argumentation zurück, die sich Thomas Biebricher zufolge auf die „vermeintlich übermäßige Machtfülle der Demokratie in ihrer zeit-Form“ (Biebricher 2021, 119) bezieht und vor allem von Friedrich August v. Hayek in Sorge um das effektive Funktionieren von Märkten entfaltet wird. Welche Gegenmittel schlägt die AfD vor?

1. Die AfD empfiehlt den Einbau direktdemokratischen Elementen in die Verfassungsordnung nach dem Vorbild der Schweiz. Die dortigen Volksabstimmungen seien Ausdruck „uneingeschränkte[r] Volkssouveränität“ (13) und würden „die Flut der oftmals unsinnigen Gesetzesvorlagen eindämmen und die Parlamente zu sorgfältiger Arbeit zwingen“ (13),<sup>48</sup> statt dass z.B. die Abgeordneten „in eigener Sache“ – etwa „Diäten-, Fraktions- und Parteienfinanzierung und die Finanzierung von ‚parteinahen‘ Stiftungen“ entschieden. Die Wortbrüchigkeit „der etablierten Parteien bezüglich des Euro und die immer weitere Zentralisierung der EU“ würden „die Zukunft unseres Landes (sowie der nachfolgenden Generationen)“ (13) bedrohen.

Als weitere Verfassungsänderungen schlägt die AfD vor: „Ohne Zustimmung des Volkes darf das Grundgesetz nicht geändert und kein bedeutsamer völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden. Wir wollen dem Volk das Recht geben, den Abgeordneten auf die Finger zu schauen und vom Parlament beschlossene Gesetze zu ändern oder abzulehnen. Das Volk soll die Möglichkeit erhalten, Gesetzesinitiativen einzubringen und per Volksabstimmung zu beschließen.“ (13)<sup>49</sup> Volksabstimmungen könnten aber auch von den Parlamenten initiiert werden (14).<sup>50</sup>

Was erhofft sich die AfD von einem derartigen Einbau direktdemokratischer Elemente in die Verfassung? – Vieles spricht dafür, dass sich die AfD hier der populistischen Propaganda mit ihrer Entgegensetzung von Volk (hier verstanden als Ethnos und Demos) und „politische[r] Klasse“ bedient. Sie suggeriert die Einheitlichkeit des Volkswillens, dessen inhaltliche Ausformung genau den Zielen entspräche, die die AfD als erwünscht definiert und die sie gegen die „politische Klasse“ durchgesetzt wissen möchte. In diesem Sinne heißt es: „Wir vertrauen nicht mehr darauf, dass Regierungen und Parlamente zu Währungskrisen, Migration, Islamisierung oder zur Energiewende tragfähige Lösungen finden. Das Volk als Souverän muss in direkter Mitbestimmung Träger solcher schick-



46 Der Begriff „politische Oligarchie“ fehlt in der endgültigen Fassung des Programms.

47 Die Einschränkung „teilweise“ fehlt im Leitantrag.

48 Vorbild für diese Argumentation ist James Buchanan: „Direkte Demokratie führt zu einer Reduzierung der Gesetzgebung zugunsten von Sonderinteressen, die zunehmend zum Kennzeichen moderner indirekter Demokratie wird.“ (Zit. nach Biebricher 2021, 158).

49 Ausgenommen von solchen Gesetzesinitiativen sollen die Materien sein, die in Art. 79 Abs. 3 GG angesprochen werden.

50 Dieser Passus wurde in die Endfassung eingefügt



salhaften Entscheidungen sein.“ (14) Die populistische Propaganda und der Appell an die Volkssouveränität beruhen auf der Fiktion, dass, wäre das Volk nur direkt an den politischen Entscheidungen beteiligt (statt vermittelt über die Parteien), das Ergebnis im Sinne der Populisten ausfallen würde. Ohne diese Vereinnahmung des Volkswillens wäre der populistische Gegensatz Volk – Elite hinfällig.

Anzumerken bleibt noch, dass sich die AfD in ihrem Grundsatzzprogramm (GP) zwar auch auf das Schweizer Modell der Volksabstimmungen beruft, tatsächlich aber in eine andere Richtung argumentiert, die eher an die Weimarer Verfassung erinnert. Dort plädiert sie für eine Stärkung der Rolle des Bundespräsidenten<sup>51</sup> durch dessen Direktwahl (GP 2016, 13), so dass eher davon auszugehen ist, dass sie sich am Modell eines plebiszitären Präsidialsystems orientiert. Die repräsentative Demokratie würde also von zwei Seiten in die Zange genommen bzw. überspielt werden, nämlich zum einen von unten durch Volksabstimmungen, zum anderen von oben durch die Autorität des Bundespräsidenten.

2. Als weiteres Mittel, um der „überbordenden Staatsgewalt“ – verursacht durch „zahlreiche Gesetze und die politische Praxis“ (14) – Einhalt zu gebieten, fordert die AfD eine strikte Gewaltenteilung, auch dies ein Anliegen führender neoliberaler Theoretiker, wie Thomas Biebricher gezeigt hat (Biebricher 2021, 87ff.). Im Grundsatzzprogramm heißt es: „Es geht dabei im Kern um die wechselseitige Kontrolle der legislativen, exekutiven und judikativen Funktionen eines Staates.“ (GP 2016, 10) Diese Kontrolle sieht die AfD gefährdet: „Ehemalige Politiker auf Richterstühlen, Abgeordnete, die zugleich Kanzler, Ministerpräsident oder Minister sind und sich insoweit selbst kontrollieren, sowie parteipolitische Netzwerke, die durch verbundene, verfassungswidrige Ämterpatronage entstehen, können nicht länger toleriert werden.“ (14f.)

Die AfD fordert daher, um mit dem ersten Punkt („ehemalige Politiker auf Richterstühlen“) zu beginnen, eine „Entpolitisierung der Justiz“, um die „Unabhängigkeit der dritten Gewalt“ zu gewährleisten. Sie will den Ausbau der „Selbstverwaltung der Justiz“ und beruft sich auf einen „Modellvorschlag des Deutschen Richterbundes, einen Justizwahlausschuss und einen Justizverwaltungsrat einzurichten“, um vor allem die „Verfassungsgerichte und Rechnungshöfe [...] vor parteipolitischer Einwirkung zu schützen“ (15).<sup>52</sup>

Bezogen auf den zweiten Punkt („Ämterpatronage“) verlangt die AfD

- die „Trennung von Amt und Mandat“ (16)
- die Abschaffung der parlamentarischen Staatssekretäre und der politischen Beamten
- und die Besetzung der Beamten- und Richterstellen „ausschließlich nach Qualifikation“ (16), was im Übrigen auch für Minister gelten soll, unabhängig von ihrer parteipolitischen Karriere.

3. Sowohl die von der AfD vorgeschlagenen direktdemokratischen Elemente als auch die Forderung nach einer strikten Gewaltenteilung richten sich gegen die Parteien, zu denen sich die AfD offensichtlich nicht rechnet. „Die Allmacht der Parteien und deren ‚Ausbeutung des Staates‘ gefährden unsere Demokratie.“ (16) Dem möchte die AfD entgegenwirken, indem sie erstens die bisherige Parteienfinanzierung (z.B. Abschaffung<sup>53</sup> der „staatliche[n] Finanzierung von Parteistiftungen“, „Neuordnung der Spendenregelungen“<sup>54</sup>) infrage stellen will (17)<sup>55</sup> und zweitens den Einfluss der Wähler auf die „personelle Zusammensetzung der Parlamente“ durch die „freie Listenwahl“ – „mit der Möglichkeit des Kumulierens, Panaschierens und Streichens von Kandidaten“ (17) – stärken möchte. Weitere Forderungen wenden sich gegen das „Berufspolitikertum“, das zur „Monopolisierung der Macht“ (9) beitrage. Die AfD fühlt sich dem „Ideal des Bürgerabgeordneten“ (18) verpflichtet, Mandats- und Amtszeiten sollten begrenzt<sup>56</sup> und die Regeln für Nebentätigkeiten verschärft werden.<sup>57</sup> Quotenregelungen lehnt die AfD selbstverständlich ab (19, 21f.).

## FAZIT

Die Kritik der AfD an der repräsentativen Demokratie, die unter der Knute der Parteien stünde, unterliegt einer Prämisse, die im Programm in einer Nebenbemerkung eingeflochten wird: „Im Zentrum unseres Menschenbildes stehen Freiheit und Verantwortung. Wir gehen von der Befähigung und Bereitschaft jedes Einzelnen aus, in Freiheit und Verantwortung sein Leben zu gestalten und seine Angelegenheiten und die seiner Familie zu besorgen. Gängelung und Indoktrination durch Staat oder gesellschaftliche Gruppen lehnen wir ab.“ (10) Das klingt zunächst sympathisch, erweist sich aber mit Blick auf die innere Systematik des Programms als zutiefst ideologisch.

51 Die Schweiz kennt weder ein Staatsoberhaupt noch einen Regierungschef.

52 Im Leitantrag wurde noch eine „Karenzzeit für Richter“ in der „Verfassungs-, der Verwaltungs- und der Finanzgerichtsbarkeit“ gefordert, sie dürften vor ihrer Tätigkeit zehn Jahre lang „keiner Partei oder politischen Organisation angehört haben“ (Leitantrag, 8)

53 Im Leitantrag ist noch von Begrenzung die Rede (Leitantrag, 9).

54 In diesem Punkt (Spenden) ist die AfD bekanntlich ja besonders ‚vorbildlich‘ (s. die Skandale um Meuthen, Weidel, Reil).

55 Das Verbot von Unternehmensbeteiligungen, vor allem an Medienunternehmen, richtet sich speziell gegen die SPD.

56 Für Abgeordnete auf vier, im Falle des Bundeskanzlers auf zwei Legislaturperioden (18).

57 Die Formulierung, das Mandat dürfe „nicht unter bezahlten Nebentätigkeiten leiden“ (18), ist allerdings ‚windelweich‘ und dürfte auch AfD-Abgeordneten gefallen.

Es konnte gezeigt werden, dass staatliche Eingriffe, mag man sie auch als ‚liberale Interventionen‘ kennzeichnen, durchaus zum Repertoire der AfD gehören, sofern sie aus ihrer Sicht der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt nützlich erscheinen (Standortnationalismus). Der von ihr vorgeschlagene Entwicklungspfad des „Blue Deal“ steht in Konkurrenz zu einem anderen Entwicklungspfad, dem „Green Deal“, der ökonomische und ökologische Imperative miteinander in Einklang bringen will. Die AfD lehnt diesen Pfad, den sie als „staatswirtschaftlich“ und „sozialistisch“ brandmarkt, mit Verweis auf die Standortinteressen der deutschen Wirtschaft ab.

Zweitens ist das Vertrauen der AfD in die freie und verantwortungsvolle Lebensgestaltung der Menschen nicht allzu groß, will sie doch mit staatlichen Mitteln eine pronatalistische Bevölkerungs- und Familienpolitik durchsetzen, die rückwärts-gewandt mehr oder weniger patriarchalische Familienverhältnisse rekonstruieren will. Eine gendergerechte Lebensweise gedenkt sie mit allen Mitteln zu verhindern.<sup>58</sup>

Drittens schränkt sie „Freiheit und Verantwortung“ auf deutsche StaatsbürgerInnen ein. Ihr völkischer Nationalismus be-greift das Volk als Abstammungsgemeinschaft und die Nation als ethnisch-kulturelle und für den Einzelnen identitätsstiftende Einheit. Ein solchermaßen konstituiertes Kollektiv-Subjekt erscheint ihr als Garant des „gesellschaftlichen Zusammenhalts“ und als Voraussetzung des nationalen Wettbewerbsstaats (völkischer Neoliberalismus).

Viertens: Wenn die AfD von „Freiheit und Verantwortung“ spricht, denkt sie vor allem an die Freiheit des Privateigentums und näherhin an das „Sondereigentum an den Produktionsmitteln“ (Ludwig von Mises). Eine rechtsstaatlich abgesicherte, regelbasierte Wettbewerbsordnung ist ihr ein besonderes Anliegen. Sie hält es mit dem Grundsatz Friedrich August von Hayeks,

*„daß ein Staat freier Menschen sich gewisse Dinge, die an sich wünschenswert sein können, aus prinzipiellen Gründen versagen muß, daß die[s] aber eine demokratisch gewählte Repräsentativversammlung mit unbeschränkter Gewalt nicht kann. Was er sich vor allem versagen muß, ist die sogenannte ‚soziale‘ oder ‚Verteilungsgerechtigkeit‘ anzustreben. Die ist mit einer Gesellschaft freier Menschen unvereinbar“* (Hayek 1978, 23).

Hayek plädiert daher für eine „beschränkte Demokratie“, in der sich die staatlichen Institutionen prinzipiell an einem markt-konformen Regelwerk orientieren. Die von der AfD kritisierte „Allmacht der Parteien und deren ‚Ausbeutung‘ des Staates“

steht dem im Wege. In diesem Sinne erscheint ihr ein Staat erstrebenswert, der, so Hayek, als „Schiedsrichter [...] dafür sorgt, daß die Regeln des Spiels des Marktes eingehalten werden“ (Hayek 1978, 21) Dieser markt-konforme Staat wäre allerdings ein autoritärer Staat.

## LITERATUR

- Thomas Biebricher: Die politische Theorie des Neoliberalismus, Berlin 2021.
- Butterwegge, Christoph 2006: Modernisierter Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge von Neoliberalismus und Rechtsextremismus, in: Bathke, Peter/Spindler, Susanne (Hg.): Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien, Berlin, 15-33.
- Butterwegge, Christoph 2018: Die soziale Spaltung und der Erfolg des Rechtspopulismus, in: Ders./Hentges, Gudrun/Lösch, Bettina (Hg.): Auf dem Weg in eine andere Republik? Neoliberalismus, Standortnationalismus und Rechtspopulismus, Weinheim/ Basel, 40-62.
- Hayek, Friedrich August von: Die Entthronung der Politik, in: Frei, Daniel (Hg.): Überforderte Demokratie? Zürich 1978, 17-30.
- Kellershohn, Helmut 2019: Nationaler Wettbewerbsstaat auf völkischer Basis in einem „Europa der Nationen“. Die Programmatik der AfD seit 2016, in: Becker, Andrea/ Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem ‚Antikapitalismus‘. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten, Münster, 90-112.
- Kellershohn, Helmut 2021: Umkämpfte Kultur – ein diskursiver Streifzug von der Neuen Rechten bis zu Alexander Dobrindt, in: Kaya, Z. Ece/ Rhein, Katharina (Hg.): Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus in der postnationalsozialistischen Gesellschaft, Weinheim/Basel, 144-157.
- Retterath, Jörn 2014: Der Volksbegriff in der Zäsur des Jahres 1918/19. Pluralistisches und holistisches Denken im katholischen, liberalen und sozialdemokratischen Milieu, in: Kämper, Heidrun/Haslinger, Peter/Raithel, Thomas (Hg.): Demokratieggeschichte als Zäsurgeschichte. Diskurse der frühen Weimarer Republik, Berlin, 97-122.
- Rüstow, Alexander 1957: Vitalpolitik gegen Vermassung, in: Hunold, Albert (Hg.): Masse und Demokratie, Erlenbach-Zürich/Stuttgart, 215-238.
- Wiegel, Gerd 2001: Völkischer Neoliberalismus. Vom populistischen Spagat einer modernisierten Rechten, in: Heither, Dietrich/Wiegel, Gerd (Hg.): Die Stolzdeutschen. Von Mordspatrioten, Herrenreitern und ihrer Leitkultur, Köln 2001, 143-171.

58 Ein in der Endfassung des Programm neu eingefügter Abschnitt „Bürgerlich-freiheitliche Rechtsordnung“ (21ff.) lehnt noch einmal ausdrücklich Quotenregelungen, Gleichstellungspolitik und Antidiskriminierungsgesetze als Verstoß gegen die „Vertragsabschlussfreiheit“ (22) und als Eingriffe in eine „freiheitliche [ ] Privatrechtsordnung“ ab, die „in letzter Konsequenz“ zu einer „totalitäre[n] Herrschaftsordnung“ (23) führten.



# Diskurse gegen den Klimaschutz in AfD-Programmen

Von Andrea Becker

## HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER KLIMAPOLITISCHEN PROGRAMMATIK DER AfD

Schon in ihrer Frühphase vor dem 2013 noch verpassten Einzug in den Bundestag fiel die AfD mit klimawandelleugnenden Positionen auf (Denkler 2013). Das erste Parteiprogramm enthält nur die – im Rückblick erstaunliche – Forderung, dass Klimapolitik supra-national qua *formaler Gesetzgebung durch die EU* zu regeln sei, sowie die Befürchtung, dass die Energiepreisentwicklung sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken könne (AfD-Alternative für Deutschland 2013a). Im drei Seiten langen Wahlprogramm zur Bundestagswahl 2013 forderte die Partei mit einer sozialpolitischen Begründung eine Reform des *Erneuerbare-Energien-Gesetzes* (EEG): Subventionen für erneuerbare Energien sollten demnach nicht über den Strompreis, sondern aus dem allgemeinen Steueraufkommen finanziert werden (AfD-Alternative für Deutschland 2013b, S. 3).

Nur ein knappes Jahr später beschloss die AfD allerdings programmatische Leitlinien, laut denen „jede Subvention der Energiegewinnung - außer Anschubfinanzierungen für neue zukunfts-trächtige Technologien“ und das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als System der Dauersubventionierung abzulehnen sei (AfD-Alternative für Deutschland 2014, S. 9). Die kurze energiepolitische Passage dieser Leitlinien enthielt preisbezogene, marktliberale Begründungsansätze. Zum einen sei die Energiewende „planwirtschaftlich“ durchgesetzt worden und die Kostenverteilung sei unsozial. Zum anderen habe sich „[d]ie Energieproduktion [...] am Markt zu bewähren, muss Versorgungssicherheit gewährleisten, umweltverträglich und bezahlbar sein und darf die ökonomische Entwicklung Deutschlands nicht behindern“ (AfD-Alternative für Deutschland 2014, S. 9). Man richtete hier quasi Wünsche an „den Markt“, die dieser möglichst ohne staatliche Eingriffe zu erfüllen habe. Weder im Wahlprogramm noch in den Leitlinien wurde auf klimapolitische Fragen Bezug genommen, die energiepolitischen Äußerungen stehen ausschließlich im Kontext wirtschaftspolitischer Überlegungen.

Bei der Festschreibung des Grundsatzprogramms im Jahr 2016 versammelte sich die Partei hinter der vom Leugner-Verein EIKE lobbyierten Einheitsmeinung einer fundamentaloppositionellen Ablehnung von Klimaschutzpolitik. Ein Rückblick des Parteigründers und ehemaligen Bundessprechers Konrad Adam bezeugt diese Entwicklung:



„Im Energiesektor geht es um viel, um sehr viel Geld. Das macht ihn anfällig für den Einsatz von Experten, die sich so nennen, aber keine sind. Die AfD ist ihnen auf den Leim gekrochen, als sie der Ehrgeiz packte, ein Parteiprogramm, das nichts mehr ausließ, basisdemokratisch zu beraten und zu beschließen. Die Folge war, daß der Parteitag, durch die vertrackte Materie überfordert, von allerlei Pseudo-Experten über den Tisch gezogen worden ist. In Sachen Klima- und Energiepolitik besorgten das die Leute aus der Umgebung von EIKE, dem Europäischen Institut für Klima und Energie mit Sitz in Jena. Tatsächlich lesen sich die einschlägigen Passagen des Parteiprogramms wie Verlautbarungen dieses sonderbaren Instituts-Vereins.“ (Adam 2019, S. 15–16)

In der Tat scheint es zu einer weitgehenden Personalunion des Lobby-Vereins mit klimapolitisch relevanten Akteuren der Partei gekommen zu sein. Wichtige Protagonisten von EIKE, allen voran dessen Vize-Präsident Michael Limburg, arbeiten in einschlägigen Parteigremien mit und prägen das klimapolitische Profil der AfD (vgl. Becker 2019). Vertreter des Vereins werden von der AfD in parlamentarische Fachanhörungen geladen. Inhaltlich sind klimapolitische Verlautbarungen der Partei nicht von Texten auf der Vereinshomepage zu unterscheiden. Eine kontroverse innerparteiliche Diskussion zum Themenfeld ist nicht festzustellen.



## KLIMA-POPULISMUS

Die programmatische Festschreibung der Klimawandelleugnung und die pauschale Ablehnung jedweden Klimaschutzes durch die AfD im Frühjahr 2016 war ein Novum in der deutschen Parteienlandschaft. Medial wurde dieser Programmaspekt insbesondere durch diverse Wissenschaftsredaktionen, die sich um richtigstellende Faktenchecks bemühten, rezipiert. Es war ein Frontalangriff auf die Idee einer gemeinsam geteilten Realität auf der Basis von (natur)wissenschaftlichen Erkenntnissen und der Versuch, Wissenschaft zu politisieren. Soentgen und Bilandzic (2014) beschreiben die zugrunde liegende kommunikative Strategie der „Klimaskepsis“ auf der Basis einer Analyse klimawandelleugnender Sachbücher als eine Trias aus naturwissenschaftlichen, wissenschaftssoziologischen und politischen Argumenten, die erst in dieser Kombination emotionalisierende Effekte hat und so für ein breiteres Publikum wirkmächtig wird. Demnach enthält der typische Gedankengang der klimawandelleugnenden Literatur a) die Präsentation alternativer naturwissenschaftlicher Fakten, gefolgt von b) wissenschaftssoziologischen Annahmen darüber, dass die Klimawissenschaft und ihre Verbündeten in der Politik in verschwörungsartiger Manier eben jene Fakten ignorieren und c) Annahmen über ein damit verbundenes politisches Ziel. In den AfD-Programmen ab 2016 finden sich alle drei Elemente: das Grundsatzprogramm behauptet beispielsweise a) dass die Erde sich nicht erwärmt, b) der Weltklimarat (IPCC) und die deutsche Regierung entsprechende Fakten ignorieren und unterschlagen und c) die deutsche Regierung das Klimathema als Vorwand für eine „Große Transformation“ nutze.

Die Funktion dieser kommunikativen Trias für die programmatische Positionierung der AfD liegt in ihrer populistischen Nutzbarmachung. Sie bietet in mehrfacher Weise Anknüpfungspunkte für den anti-elitären und kulturkämpferischen Diskurs des populistischen *Wir-gegen-Die*. Das imaginäre *Die*, gegen das die Partei anzukämpfen verspricht, ist dabei flexibel dehnbar; es reicht von der Regierung, den Politiker\*innen, den anderen Parteien über die Wissenschaft als Kollektivsubjekt und die Wissenschaftler\*innen als elitäre Akteure bis hin zu zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen. Wie Reusswig et al. (2020) mit Bezug auf Cas Mudde herausarbeiten, basiert auch der rechtspopulistische Klimadiskurs auf der Imagination zweier gesellschaftlicher Spannungslinien: der hierarchischen Konfliktebene zwischen *gutem Volk (Wir)* und *Elite (Die)* und der horizontalen, antipluralistischen Konfliktebene zwischen *Uns* und *den Anderen* (S. 144ff.). In der klimapro-

grammatischen Außendarstellung<sup>59</sup> präsentiert sich die AfD als Repräsentantin des *Wir-Volkes* gegen alle seine Gegner.

*„In der populistischen Wahrnehmung bietet sich speziell die 2011 getroffene Entscheidung des damaligen Kabinetts Merkel als Referenzpunkt an, weil man damit die Energiewende gut ins populistische ‚Beuteschema‘ einpassen kann: Die Energiewende ist ein als alternativlos dargestelltes Eliteprojekt, bei dem sich ‚grüne‘ Ideologen und Profiteure auf Kosten des ‚einfachen Mannes‘ bereichern können. Außerdem widerspricht die Wissenschafts- und Expertenlastigkeit des Themas der populistischen Kritik an politischen Intermediären und dem Lob des common sense (...). Und last but not least bedroht konsequente Klimapolitik den Status-quo-Lebensstil (...), zu dessen Verteidigung der Populismus antritt (...).“* (Reusswig et al. 2020, S. 146)

Die Beschreibung des AfD-Klimaschutzdiskurses als populistisch verweist auf dessen Bedeutung für die strategisch-taktische Positionierung der Partei. Der Klimaschutz eignet sich *„als ein differenzmarkierendes Thema mit dem sie sich von allen anderen Parteien, aber auch von der dominierenden Meinung in den Medien abgrenzen kann“* (Selk et al. 2019, S. 55). Als Unique Selling Point sichern die Präsentation alternativer Realitäten und Fundamentalopposition mediale Aufmerksamkeit.

Populistische Diskurse als Denkfigur und als strategisch-taktisches Instrument sind, wie schon die klassischen Arbeiten von Mudde (2004) hervorheben, immer eine „dünne Ideologie“ (thin-centered ideology), die mit konkreten Inhalten und weiteren Ideologemen gefüllt werden muss. Wie dies im Fall der AfD-Klima-Programmatik geschieht, soll im Folgenden untersucht werden.

## EMPIRISCHE BESTANDSAUFNAHME

Für die nachfolgende Bestandsaufnahme der programmatisch-diskursiven Positionierung der AfD in der Klimapolitik wurden die vier seit 2016 vorgelegten bundesweiten Parteiprogramme<sup>60</sup> mit dem Instrumentarium einer deduktiven qualitativen Inhaltsanalyse untersucht (vgl. Fenzl und Mayring 2017; Mayring und Fenzl 2019). Die Programmdokumente eignen sich wegen ihrer in der Textsorte begründeten sprachlichen Klarheit mit wenig rhetorischen Elementen für eine Basisdiagnostik des Diskursraums. Auch ihre Funktion als Kondensat der Positionen der AfD als wichtiger parlamentarischer Arm der deutschen Rechten macht sie zu zentralen Quellen. Insges-

59 Wie sehr die AfD für ihre Außendarstellung in der Klimadebatte auf populistische Schemata zurückgreift, hat Sturm (2020) anhand der Analyse einer von der eher nüchternen Programmatik sehr abweichenden Textsorte, nämlich von Pressemitteilungen, aufgezeigt.

60 AfD-Alternative für Deutschland 2016, Grundsatzprogramm – im Folgenden: GP, AfD-Alternative für Deutschland 2017, Wahlprogramm – im Folgenden: WP17, AfD-Alternative für Deutschland 2019, Europawahlprogramm – im Folgenden: EP, AfD-Alternative für Deutschland 2021, Wahlprogramm – im Folgenden: WP21



samt wurden 102 Äußerungen mit klimapolitischem Bezug<sup>61</sup> identifiziert, die sich sechs diskursiven Hauptkategorien<sup>62</sup> zuordnen ließen

### I WISSENSCHAFTS- UND FAKTENLEUGNUNG (DISKURSE WISSENSCHAFT)

Im engeren Sinn klimawandel- und wissenschaftsverleugnende Positionen aus der Diskursgruppe „Wissenschaft“ kommen in allen vier Programmen vor. Sie bilden zwar jeweils insgesamt quantitativ nur einen kleinen Anteil der klimapolitischen Äußerungen, legen aber die Basis für die weitere Argumentationslogik im Sinne der oben beschriebenen Trias der Klimaskepsis. Während das Grundsatzprogramm von 2016 explizit eine alternative Realität konstruiert und bestreitet, dass es gegenwärtig überhaupt eine Erderwärmung<sup>63</sup> gibt, leugnen das Europawahlprogramm 2019 und das Wahlprogramm von 2021 die Tatsache einer aktuellen Erderwärmung nicht mehr. Geleugnet wird aber ihr anthropogener Ursprung: *„Wir bezweifeln aus guten Gründen, dass der Mensch den jüngsten Klimawandel, insbesondere die gegenwärtige Erwärmung, maßgeblich beeinflusst hat oder gar steuern könnte“* (EP, 79).

Einigen Raum nimmt von 2016-2019 die Kritik am wissenschaftlichen Prozess, insbesondere am Vorgehen des Weltklimarats (IPCC) ein. Dabei wurde dem IPCC, der selbst gar nicht forscht, sondern den aktuellen Stand der weltweiten Klimaforschung in einem zusammenfassenden Bericht synthetisiert, vorgeworfen, untaugliche Simulationsverfahren und -modelle zu verwenden (GP, WP17). Im Wahlprogramm 2021 wurde dieses Argument nicht wieder aufgenommen.

Die Gesamtschau der vier Programme bestätigt die These der neueren Forschungsliteratur (vgl. Fn. 4), dass sich die Argumentationsstruktur der Klimaschutzopposition auch bei der AfD wandelt. Während im Grundsatzprogramm noch sechs verschiedene Äußerungen zu finden sind, die wissenschaftliche Tatsachen negieren bzw. den IPCC-Prozess angreifen, sind die klimawissenschaftsverweigernden Äußerungen auf ein trotziges *„Niemand streitet die jüngste globale Erwärmung ab“* (WP21, 172) und ein Bezweifeln der wissenschaftlich belegten Ursachen zusammengeschrumpft.

### II FOLGEN DER KLIMAPOLITIK (DISKURSE RISIKOBEWERTUNG)

In allen Jahren wird Klimaschutz en gros und en detail abgelehnt, im Programm zur Bundestagswahl 2021 kristallisiert

sich diese Position in der Äußerung *„Das Klima kann keinen durch den Menschen postulierten und schon gar nicht garantierten Bestandsschutz haben. Das Klima ist per se nicht schutzfähig“* (WP21, 172). Mit anderen Worten: Die AfD wendet sich ausdrücklich gegen die in Art. 20a GG kodifizierte Verantwortung für den Schutz der Lebensgrundlagen künftiger Generationen.

Eine Vielzahl von Äußerungen in allen Programmen bezieht sich auf befürchtete negative Folgen des Ausbaus erneuerbarer Energien. Speziell die Windenergie an Land steht hier im Fokus, es werden Gefahren für Menschen, Tiere, die Kulturlandschaft, das Landschaftsbild und die Umwelt im Allgemeinen beklagt. Mögliche negative soziale Auswirkungen klimapolitischer Maßnahmen werden im Grundsatz- und in den Wahlprogrammen 2017 und 2021 nur am Rande über mietensteigernde Effekte von Wärmedämmmaßnahmen thematisiert. Das Wahlprogramm 2017 konstatierte *„eine Umverteilung von unten nach oben“* (WP17, 65) und zwar von einem Unten, das aus *„jedem Vierpersonenhaushalt“* bzw. *„dem Verbraucher“* bestehe, der durch die hohen Kosten für Ökostrom belastet werde, hin zu einem Oben, das sich aus unspezifizierten *„Profiteuren der Energiewende“* zusammensetzt.

Den befürchteten negativen Aspekten klimapolitischer Maßnahmen werden in allen Programmen die vermeintlich positiven Folgen eines CO<sub>2</sub>-Anstiegs in der Atmosphäre gegenübergestellt. Der Gedanke, dass der Klimawandel eventuell doch irgendwelche Folgen haben könnte, die politisch bearbeitet werden müssen, findet sich in der Programmatik der AfD erst seit 2019. In den beiden jüngsten Programmen wird angedeutet, dass man es in Erwägung ziehen könne, unspezifische Vorsorgemaßnahmen gegen die Folgen des als natürlich bezeichneten Klimawandels zu treffen.

Insgesamt nimmt die Bedeutung der Risiko-Diskursgruppe über die Jahre zu: 2016 konnten 22% der Programmäußerungen diesem Typ zugeordnet werden, 2021 waren es 37%. Das Wahlprogramm von 2021 hat erkennbar den höchsten Anteil an Äußerungen zu negativen Folgen des Klimaschutzes.

### III TECHNOLOGIE UND MAGISCHES DENKEN (DISKURSE TECHNOLOGIE)

Die beiden Diskursstränge aus dem Themenfeld Technologie setzen eine grundsätzliche Akzeptanz der Klimakrise und eines daraus resultierenden Handlungsbedarfs voraus. Den mit magi-

61 Hierbei wurden nur solche Äußerungen in die Betrachtung einbezogen, die sich explizit auf klima- oder energiepolitische Themen als solche beziehen – also die entsprechend übertitelten Passagen der Programme und weitere Textstellen, in denen auf Klimapolitik Bezug genommen wird. Zwar sind auch weitere Themenfelder wie etwa die Mobilitäts- und Landwirtschaftspolitik von klimapolitischer Bedeutung, deren detaillierte Betrachtung würde aber den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

62 Das hier verwendete Kategorisierungsschema wurde im Rahmen des CoRE-Forschungsprojekts entwickelt. Es basiert auf der Sichtung der aktuellen Forschungsliteratur zum Thema (Lamb et al. 2020; Busch und Judick 2021; Coan et al. 2021; Mann 2021; Supran und Oreskes 2021) ergänzt um einige für den spezifisch deutschen Kontext und für die Spezifika rechter Publizistik relevanten Unterkategorien. Die Codierung der Textpassagen erfolgte durch zwei Mitarbeiter\*innen in mehreren Durchgängen unter Zuhilfenahme der Software QCMap mit Interrater-Abgleich vgl. Fenzl und Mayring 2017.

63 Für einen inhaltlichen Faktencheck vgl. klimafakten.de 2017.



schem Denken verwandten Argumentationstyp „Technologiegläubigkeit“ beschreiben Lamb et al. (2020) mit dem beispielhaften Satz: *„We should focus our efforts on current and future technologies which will unlock great possibilities for addressing climate change“* (S. 2). Hierunter fallen alle Aussagevarianten, die den Ausweg aus der Klimakrise in einer bestimmten – oft noch nicht existenten – Technologie sehen. Dies können neue noch zu erforschende Atomreakortypen oder auch Flugtaxi, „Innovationen“ unbestimmter Art oder ähnliches sein. Als „Brückentechnologismus“ zu klassifizierende Äußerungen beziehen sich hingegen auf – durchaus unterschiedliche – fossile Energieträger, die auf unabsehbare Zeit gebraucht werden sollen, um eine Brücke zur dekarbonisierten Energiezukunft zu schlagen.

Alle vorliegenden AfD-Programme sprechen sich für den Weiterbetrieb der deutschen Atomreaktoren und für die Unterstützung der weiteren Atomenergieforschung aus. Diese längeren Textpassagen wurden jedoch *nicht* unter die hier diskutierte Kategorie subsumiert, da sie nicht als klimapolitischer Lösungsansatz gedacht sind, sondern einerseits auf die spezifisch deutschen Rahmenbedingungen des Atomausstiegs<sup>64</sup> und andererseits auf eine technologiepolitische Forderung *sui generis* bezogen sind. Lediglich im Europawahlprogramm von 2019 wird die Weiternutzung der Atomenergie im Sinne des Technologiediskurses auf das Ziel der Reduktion fossiler Energieträger bezogen (EP 80) – was inkonsistent ist, da es dazu in der Gesamtlöge des Programmes ja keine Veranlassung gibt.

Im Programm von 2021 finden sich technologiebezogene Aussagen, die auch gelegentlich im hegemonialen klimapolitischen Diskurs aufzufinden sind. Dort werden sie eingesetzt, um bestimmte (fossile oder atomare) Technologien als Ausweg aus der Klimakrise vorzuschlagen. Die AfD möchte zwar keine Lösung für klimapolitische Probleme aufzeigen, sich aber als technologieaffin präsentieren. Die zu entfesselnde „*Technologieführerschaft*“ Deutschlands durch einen sogenannten „*Blue Deal*“ ist ein Leitmotiv des gesamten Programms (WP21, 41). In der Gegenwartsdiagnose der Partei wird technischer Fortschritt in Deutschland aufgrund von Ängsten be- und verhindert (WP21, 173). Dabei spricht sie aber nicht, wie man meinen könnte, von sich selbst, sondern behauptet eben diesem Zustand durch die Vermittlung einer *positiven Zukunftserwartung* entgegenzutreten (ebda.).

So kommt es, dass etwas kryptisch von „*Technologieoffenheit*“ die Rede ist, die bei der Nutzung von Wasserstoff und Elektromobilität „*gelte*“ (WP21, 176). Das klingt vordergründig modern und zukunfts zugewandt, in den nachfolgenden Absätzen

wird jedoch klar, dass genau das Gegenteil gemeint ist: die Ablehnung *grünen* Wasserstoffs<sup>65</sup> und *grüner* Elektromobilität. Stattdessen solle der steigende Strombedarf durch Erdgas, Stein- und Braunkohle sowie Atomenergie gedeckt werden. Deutsche Kohlekraftwerke seien sauber und effizient, Erdgas – gerne auch aus Russland – verfügbar und günstig, deutsche Atomreaktoren sicher und ein atomares Endlager in Gorleben vorhanden. Die angeblich technologieoffene positive Zukunftserwartung der AfD ist schlicht die Beibehaltung des fossil-atomaren Status quo mit weniger erneuerbaren Energien und mehr russischem Erdgas.

#### IV ENERGIEWENDE (DISKURSE ÖKONOMIE)

Der Themenbereich ökonomischer Diskurse umfasst mehrere Diskursstränge unterschiedlichen Konkretisierungsgrades von allgemein volkswirtschaftlichen Aussagen bis zu solchen, die sich auf die spezifisch deutschen Rahmenbedingungen der *Energiewende*<sup>66</sup> beziehen. In allen AfD-Programmen gibt es eine Vielzahl an ökonomiebezogenen Äußerungen zur Klimathematik, wobei die anteilige Bedeutung dieser Diskursgruppe im Laufe der Jahre von 40% in 2016 auf 28% in 2021 zurückgeht.

Da die AfD die Realität der menschengemachten Klimakrise leugnet, wird das Projekt Energiewende als Ganzes schon im Grundsatzprogramm mit raunendem Unterton abgelehnt:

*Unter dem Schlagwort ‚Klimaneutrales Deutschland 2050‘ durch ‚Dekarbonisierung‘ missbraucht die deutsche Regierung die steigende CO2-Konzentration zur ‚Großen Transformation‘ der Gesellschaft, mit der Folge, dass die persönliche und wirtschaftliche Freiheit massiv eingeschränkt wird“ (GP, 79)*

Diese Passage rekurriert inhaltlich auf das Gutachten „Welt im Wandel“ des *Wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)* von 2011 (WBGU 2011). Der WBGU konstatierte, dass sich das fossile ökonomische System im Umbruch befinde und dass man dies als den *„Beginn einer ‚Großen Transformation‘ zur nachhaltigen Gesellschaft [verstehe], die innerhalb der planetarischen Leitplanken der Nachhaltigkeit verlaufen muss“* (WBGU 2011, S. 1). Das Gutachten zeigt auf mehr als 400 Seiten Themen, Probleme und Lösungsansätze für eine klimaverträgliche Zukunft auf, sein Titel wird in der AfD-Programmatik dekontextualisiert und in einen bedrohlich wirkenden Zusammenhang gestellt. Die Erwähnung des Titels in Kombination mit dem Verb „missbraucht“ suggeriert unlautere Absichten, gar eine Art geheimen Plan – es ist ein verschwörungsideologisch unterlegter Satz.

64 Siehe hierzu die wirtschaftspolitische Kategorie zum Atomausstieg in Deutschland

65 Bei der Verwendung von Wasserstoff als Energieträger ist die Art und Weise seiner Herstellung entscheidend für die Klimabilanz. Als „grüner Wasserstoff“ wird Wasserstoff bezeichnet, der aus erneuerbaren Energien hergestellt wird. Blauer und Grauer Wasserstoff entsteht aus fossilen Energieträgern, insbesondere Erdgas mit (blau) oder ohne (grau) CO<sub>2</sub>-Abscheidung. Pinker Wasserstoff basiert auf Atomenergie.

66 Der Ausdruck *Energiewende* wird oft synonym zu Atomausstieg verwendet, inhaltlich umfasst er aber den gesamten Umbau des atomar-fossilen Energiesystems.



Zur Unterfütterung ihrer Kritik präsentiert die AfD-Programmatik eine unterkomplexe volkswirtschaftliche Gesamt-sicht auf die Energiewende, die lediglich enorme Summen an „*volkswirtschaftlichen Mehrkosten*“ (WP17, 65) und gar das „*Ende einer sozial orientierten und wettbewerbsfähigen Energieversorgung in Deutschland*“ imaginiert (EP, 80). Diese verkürzte Sichtweise blendet sowohl die Gewinne der Energiewende (z.B. in Form vermiedener Umweltfolgekosten) als auch den investiven Charakter neuer Energieinfrastruktur vollständig aus (Kempf 2021).

Ganz besonders in den Fokus nimmt die AfD dabei traditionell das EEG – im Grundsatzprogramm widmet sie ihm in Fortführung der früheren Programmatik ein eigenes Unterkapitel. Das EEG ist aus der Sicht der AfD im Jahr 2016 „*nicht reformierbar*“, es sei verfassungswidrig, erzeuge keine CO<sub>2</sub>-Einsparung, gefährde die Stromversorgung, treibe den Strompreis hoch und sei insgesamt ein Instrument „*staatlicher Planwirtschaft*“ (GP, 80). Inhaltlich ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die CO<sub>2</sub>-Bilanz Deutschlands verbesserungsfähig ist und das EEG einen Einfluss auf den Strompreis hat – allerdings liegt beides nicht am Ausbau der durch das EEG geförderten erneuerbaren Energien, sondern an der parallelen Aufrechterhaltung einer fossilen Energieinfrastruktur (vgl. Kempf 2017, S. 69 ff.; Hook 2017, S. 37 ff.). Auch an anderer Stelle bleiben die Programme einem verkürzten Kostendiskurs verhaftet, sie monieren etwa die hohen Kosten des Ausbaus der Leitungsnetze (GP, 80) oder von Stromspeichertechnologien (ebda.) – ungeachtet dessen, dass sie gleichzeitig wegen des Ausbaus der erneuerbaren Energien um die Netzstabilität oder drohende Stromausfälle fürchten.

Grundsätzlich geht die AfD davon aus, dass die erneuerbaren Energien gegenüber ihren atomaren und fossilen Vorgängern nicht wettbewerbsfähig seien (GP, 81). Den Kohleausstieg wolle man daher ebenso wie den Atomausstieg rückgängig machen. Zumindest müsse sich „*[d]ie Laufzeit der in Deutschland noch verbliebenen sechs aktiven Kernkraftwerke [...] nach der technischen Nutzungsdauer und ökonomischen Kriterien richten*“ (AfD-Alternative für Deutschland 2021, S. 174).

Parallel zu dem eher auf die öffentlichen Haushalte bezogenen Kostendiskurs wird durch den Ausstieg aus der Fossilenergie in den ersten drei Programmen sehr allgemein eine „*Schwächung des Wirtschaftsstandortes*“ (GP, 79), eine „*Reduzierung der Wirtschaftskraft Deutschlands*“ (EP, 79) oder gar der Ruin „*unsere[r] Wirtschaft*“ (EP, 5) befürchtet. Das Programm von 2021 wird etwas spezifischer, indem es konstatiert, die „*Klimarettung*“ treffe „*manche Branchen brachial*“ und schwäche so den „*Kern der deutschen Wirtschaft*“ (WP21, 40). Welche Branchen damit genau gemeint sind bleibt unklar, möglicherweise bezieht es sich auf die Autoindustrie, denn an anderer Stelle ist von der „*deutschen Automobilindustrie als Leitindustrie*“ (WP21, 185) die Rede und schon 2019 hieß es, dass der Umstieg auf Elektromobilität das „*Aus für die Automobilindustrie in Deutschland*“ (EP, 84) bedeute.

## V „FREIHEIT“, VERSCHWÖRUNGEN UND NATION (DISKURSE WERTE UND POLITISCHE IDEOLOGIE)

Die Diskursgruppe „Werte“ umfasst Äußerungen, die Klimapolitik in Beziehung zu religiösen oder moralischen Bezugspunkten stellt. Hierzu zählen zum Beispiel Äußerungen, die durch klimapolitische Maßnahmen den Verlust der individuellen Freiheit oder das Heraufziehen einer „*Ökodiktatur*“ befürchten. Im Grundsatzprogramm wird die Einschränkung „*persönlicher und wirtschaftlicher Freiheit*“ durch klimapolitische Maßnahmen befürchtet (GP, 79), das Europawahlprogramm sorgt sich im Zusammenhang mit der Klimapolitik um die Entstehung eines „*ökologistischen Planungs- und Zwangsstaates*“ (GP, 79). Das Wahlprogramm von 2021 sieht die „*Freiheit*“ durch einen „*radikalen Umbau von Industrie und Gesellschaft*“ bedroht (s. o.).

Der Themenkomplex Politische Ideologie umfasst Diskursstränge, die den Klimawandel oder klimapolitische Maßnahmen in Bezug zu Ideologien – auch Verschwörungsideologien – oder politischen Theorien setzen. Dies kann sowohl Äußerungen umfassen, die – abgrenzend – in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner verwendet werden, als auch Äußerungen, die die eigene politisch-ideologische Verortung zum Beispiel zum Verhältnis von Staat und Markt markieren. Insbesondere fallen in diese Gruppe auch genuin rechtspopulistische Argumentationslogiken.

In der AfD-Programmatik finden sich im Laufe der Jahre an diversen Stellen unterschwellige verschwörungsideologische Versatzstücke, wenn etwa von „*gewollter*“ Mangelwirtschaft (EP, 79) durch Klimapolitik die Rede ist oder bei den raunenden Verweisen auf die „*Große Transformation*“. Auch die allerneueste Mode auf dem Markt der Verschwörungserzählungen, nämlich die Rede vom „*Great Reset*“ hat Eingang in das Wahlprogramm von 2021 gefunden: ein unmissverständliches Signal an die Szene der querdenkenden Coronamaßnahmen-Gegner.

In allen Programmen werden klimapolitische Maßnahmen und Programme auf deutscher und ganz besonders auf europäischer Ebene durchgehend als „*planwirtschaftlich*“ bezeichnet. Selbstredend ist nicht jedes politische Handeln, das einem Plan folgt oder sich Plan nennt, „*Planwirtschaft*“ im Sinne der gewollten Assoziation zur sozialistischen Planwirtschaft des ehemaligen Sowjetimperiums. Genau diese semantisch-inhaltliche Verknüpfung möchte die AfD jedoch herstellen. Diesem Ziel dienen auch Formulierungen wie „*dem von der Bundesregierung erlassenen Klimaschutzplan 2050*“ (WP17, 65, eig. Hervorh.) für ein vom Parlament diskutiertes und beschlossenes Vorhaben.

Der Begriff Planwirtschaft dient einerseits als provokantes Schlagwort und spiegelt andererseits die Tatsache, dass die AfD-Programmatik von neoliberalen Ideologemen durchzogen ist. Im Bereich der Energie- und Klimapolitik soll sich der Staat laut AfD-Verständnis auf seine *Kernaufgabe* beschrän-



ken, nämlich die Sicherstellung einer *gesicherten und günstigen Energieversorgung* durch die Schaffung von Rahmenbedingungen für einen „freien Markt“ (WP21, 174). Von einem Abbau von Subventionen für fossile Energieträger ist allerdings nicht die Rede, denn staatlich subventioniert werden im kontrafaktischen Verständnis der AfD nur die erneuerbaren Energien. Auch die Rede vom freien Markt im Bereich der Energieversorgung kann man als in sich widersprüchliche ökonomische Utopie verbuchen, denn allgemeine Daseinsvorsorge ohne staatliche Intervention und Rahmensetzung ist nur schwer vorstellbar.

Eine interessante Entwicklung hat die programmatische Positionierung der AfD zur internationalen Kooperation in der Klimapolitik durchgemacht. Während die AfD laut Grundsatzprogramm<sup>67</sup> von 2016 noch erklärt, „alle Alleingänge Deutschlands zum Reduzieren der CO<sub>2</sub>-Emissionen [seien zu] unterlassen“ (GP, 79), fordert sie seit dem Wahlprogramm von 2017 die Aufkündigung des Pariser Klimaabkommens und den Austritt aus allen entsprechenden Organisationen, also einen expliziten Alleingang Deutschlands und die Renationalisierung des gesamten Politikfeldes.

## FEINDBILDER

Abschließend ist noch ein genuin populistischer Diskursstrang zu nennen: die Feindbildmarkierung der „Profiteure der Energiewende“. Im Grundsatzprogramm und im Wahlprogramm von 2017 werden explizit die Begriffe Profiteure und Subventionsgewinner genannt, das Europawahlprogramm stellt fest, dass „[n]ur wenige [...] durch die Zwangs-Umverteilungen in Milliardenhöhe einen Nutzen [haben]“ (EP19, 8). Wer genau diese Profiteure sind, bleibt vage, aber es schwingt eine gewisse Illegitimität des Profits und im Umkehrschluss ein Opfer-Diskurs

mit. Das Wahlprogramm von 2021 verwendet den Topos nicht ausdrücklich.

## FAZIT

Zwar positioniert sich die AfD in ihrer Programmatik der letzten fünf Jahre unverändert mit klimapolitischer Fundamentalopposition, jedoch sind über die Zeit leichte Akzentverschiebungen zu beobachten. Sie betreffen zunächst die naturwissenschaftlichen Basisannahmen. Anders als im – übrigens nach wie vor gültigen – Grundsatzprogramm wird die Erderwärmung 2021 nicht mehr bestritten, die expliziten Angriffe auf die Klimawissenschaft bzw. den IPCC sind verschwunden. Die Wissenschaftsleugnung hat sich weg verlagert von der Tatsachenleugnung hin zur Leugnung der *Gründe* und der *Folgen* der Erderwärmung. Sie ist auf den ersten Blick schwerer als solche zu erkennen. Exemplarisch steht hierfür die Zwischenüberschrift „Dem Klimawandel positiv begegnen“ (WP21, 172). Sie suggeriert gemäß dem dazugehörigen Wahlslogan „Deutschland – aber normal“, dass auch die tatsächlich schon spürbaren Klimaveränderungen normal, weil im Rahmen natürlicher Schwankungen, seien.

Diese Akzentverschiebung geht einher mit dem Versuch der Partei sich als fortschrittlich zu präsentieren. Sie möchte „den technischen Fortschritt begrüßen“ (WP21, 173) und den „Herausforderungen der Gegenwart technologieoffen“ begegnen (WP21, 174), meint damit aber, wie oben gezeigt, nur den Erhalt des fossil-atomaren Status quo. Es ist ein nostalgischer Technikoptimismus, der klimafreundliche Zukunftstechnologien nicht einschließt.

Betrachtet man die klimapolitische Programmatik der AfD anhand der beiden populistischen Zentralachsen, so lässt sich durch das Wegfallen des *Profiteur*-Topos eine leichte Akzentverschiebung auf der horizontalen Achse beschreiben. Die populistischen *Anderen* sind 2021 in den Abschnitten zur Klimapolitik nicht konkret erkennbar. Dafür ist auf der hierarchischen Achse das *Elitenspektrum* um die EU, die in der Klimaprogrammatik<sup>68</sup> des Grundsatzprogrammes noch keine Rolle spielte, und um deren *Green Deal* erweitert worden. Bei einer etwas weiter gefassten Interpretation könnte man hier aufgrund der Erwähnung des Terminus *Great Reset* auch noch das Weltwirtschaftsforum bzw. Einzelne seiner Akteure unter das erweiterte Elitenfeindbild subsumieren.

Gleich geblieben sind in der Gesamtbetrachtung die neoliberalen wirtschaftspolitischen Grundpositionen. Klimapolitische Maßnahmen werden als Planwirtschaft diffamiert und in die

67 In ihrem historisch ersten Programm von 2013 wurde die Klimapolitik sogar noch explizit als ein Bereich genannt, der nur supra-national zu regeln und darum durch „formale[...] Kontrolle und Gesetzgebung durch das Europäische Parlament“ zu „vergemeinschaften“ (sic!) sei (AfD-Alternative für Deutschland 2013a, S. 4).

68 Die EU ist bekanntermaßen von Beginn an das erklärte Feindbild der AfD, aber in den klimapolitischen Passagen des Grundsatz- und des Wahlprogramms von 2017 wird sie nicht erwähnt.



Nähe des Schreckensszenarios „Sozialismus“ gerückt. Ihre vermeintlichen negativen Konsequenzen werden grotesk überzeichnet („*verheerende Folgen*“) und zum einen die Selbstregulation des „*Freien Marktes*“ betont, zum anderen die auf „*klaren Regeln basierende Marktwirtschaft*“ (WP21, 174) beschworen.

## LITERATURVERZEICHNIS

- Adam, Konrad (2019): Wer verdient Vertrauen? In: Konrad Adam (Hg.): Die AfD und die Klimafrage. Bad Schus-senried: Hess Verlag (Edition Zeitgeschichte), S. 13–18.
- AfD-Alternative für Deutschland (2013a): Programm Alternative für Deutschland. Parteienunterlagen beim Bundeswahlleiter, Stand: 28.6.2013.
- AfD-Alternative für Deutschland (Hg.) (2013b): Wahlprogramm Alternative für Deutschland, zuletzt aktualisiert am 2013.
- AfD-Alternative für Deutschland (Hg.) (2014): Mut zur Wahrheit. Politische Leitlinien der Alternative für Deutschland.
- AfD-Alternative für Deutschland (Hg.) (2016): Programm für Deutschland. Grundsatzprogramm.
- AfD-Alternative für Deutschland (Hg.) (2017): Programm für Deutschland. Wahlprogramm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum Deutschen Bundestag am 24. September 2017
- AfD-Alternative für Deutschland (Hg.) (2019): Europawahlprogramm. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 9. Europäischen Parlament 2019.
- AfD-Alternative für Deutschland (Hg.) (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag.
- Becker, Andrea (2019): Gravitationskräfte. Eine akteur-basierte empirische Netzwerkanalyse wirtschaftspoliti-sche Einflussbeziehungen in der AfD. In: Andrea Becker, Simon Eberhardt und Helmut Kellershohn (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem Antikapitalismus. Münster: Unrast, S. 251–264.
- Busch, Timo; Judick, Lena (2021): Climate change—that is not real! A comparative analysis of climate-sceptic think tanks in the USA and Germany. In: Climatic Change 164 (1-2). DOI: 10.1007/s10584-021-02962-z.
- Coan, Travis; Boussalis, Constantine; Cook, John; Nanko, Mirjam (2021): Computer-assisted detection and classification of misinformation about climate change. Working Paper.
- Denkler, Thorsten (2013): AfD lässt Klimawandel-Skeptiker auftreten. In: Süddeutsche Zeitung, 15.07.2013.
- Fenzl, Thomas; Mayring, Philipp (2017): QCAMap: eine interaktive Webapplikation für Qualitative Inhaltsanalyse. In: Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation (03), S. 333–339.
- Hook, Sandra (2017): ‚Energiewende‘: Von internationalen Klimaabkommen bis hin zum deutschen Erneuerbaren-Energien-Gesetz. In: Olaf Kühne und Florian Weber (Hg.): Bausteine der Energiewende. Wiesbaden: Vieweg, S. 21–54.
- Kemfert, Claudia (2017): Das fossile Imperium schlägt zurück. Warum wir die Energiewende jetzt verteidigen müssen. Hamburg: Murmann Publishers.
- Kemfert, Claudia (2021): Die Erträge der Energiewende sind viel höher als die Kosten. DIW Berlin. Online verfügbar unter [https://www.diw.de/de/diw\\_01.c.818474.de/nachrichten/die\\_ertraege\\_der\\_energiewende\\_sind\\_viel\\_hoerher\\_als\\_die\\_kosten.html](https://www.diw.de/de/diw_01.c.818474.de/nachrichten/die_ertraege_der_energiewende_sind_viel_hoerher_als_die_kosten.html).
- klimafakten.de (Hg.) (2017): Was sagt die AfD zum Klimawandel? Was sagen andere Parteien? Und was ist der Stand der Wissenschaft? Online verfügbar unter <https://www.klimafakten.de/sites/default/files/downloads/fakten-checkafd-grundsatzprogramm.pdf>
- Lamb, William F.; Mattioli, Giulio; Levi, Sebastian; Roberts, J. Timmons; Capstick, Stuart; Creutzig, Felix et al. (2020): Discourses of climate delay. In: *Glob. Sustain.* 3. DOI: 10.1017/sus.2020.13.
- Mann, Michael E. (2021): Propagandaschlacht ums Klima. Wie wir die Anstifter klimapolitischer Untätigkeit besiegen. 1. Auflage 2021. Erlangen: Solare Zukunft.
- Mayring, Philipp; Fenzl, Thomas (2019): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Nina Baur und Jörg Blasius (Hg.): Handbuch Methoden der empirischen Sozialforschung, 2. Aufl. 2019. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 633–648.
- Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Government and Opposition* (4), S. 541–563.
- Reusswig, Fritz; Lass, Wiebke; Bock, Seraja (2020): Abschied vom NIMBY. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 33 (1), S. 140–160. DOI: 10.1515/fjsb-2020-0012.
- Selk, Veith; Kemmerzell, Jörg; Radtke, Jörg (2019): In der Demokratiefalle? Probleme der Energiewende zwischen Expertokratie, partizipativer Governance und populistischer Reaktion. In: Jörg Radtke, Weert Canzler, Miranda A. Schreurs und Stefan Wurster (Hg.): Energiewende in Zeiten des Populismus. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 31–66.
- Soentgen, Jens; Bilanzic, Helena (2014): Verschwörungstheorie als Wissenschaftskritik. Die Struktur klimaskeptischer Argumente. In: Helena Obermayr und Jacob Radloff (Hg.): Klimaschutz. Neues globales Abkommen in Sichtweite? München: oekom (Politische Ökologie, 139), S. 37–43.
- Sturm, Georg (2020): Populismus und Klimaschutz. Der AfD-Klimadiskurs. In: *Soziologiemagazin* 13 (2-2020), S. 69–82. DOI: 10.3224/soz.v13i2.06.
- Supran, Geoffrey; Oreskes, Naomi (2021): Rhetoric and frame analysis of ExxonMobil’s climate change communications. In: *One Earth*. DOI: 10.1016/j.oneear.2021.04.014.
- WBGU (Hg.) (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten. 2., veränd. Aufl. Wissenschaftlicher Beirat Globale Umweltveränderungen. Berlin. Online verfügbar unter [https://www.wbgu.de/fileadmin/user\\_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu\\_jg2011.pdf](https://www.wbgu.de/fileadmin/user_upload/wbgu/publikationen/hauptgutachten/hg2011/pdf/wbgu_jg2011.pdf).

# Umkämpfte Rentenpolitik in der AfD

## DIE RENTENPOLITISCHE DEBATTE INNERHALB DER „ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND“

Von Johanna E. Bongers und Helmut Kellershohn

### EINLEITUNG

Das Armutsrisiko der älteren Generationen wächst und wird auch in Zukunft weiter wachsen. Dieser Prognose wird weder im wissenschaftlichen noch im politischen Diskurs ernsthaft widersprochen. Handlungsbedarf bescheinigen so ziemlich alle Parteien und Verbände. Es gibt eine Vielzahl von Forderungen, Vorschlägen, Modellen und Positionspapieren (vgl. Bäcker und Kistler 2020). Auch innerhalb der Alternative für Deutschland (AfD) – und parallel dazu in der Neuen Rechten<sup>69</sup> – existiert zu dem Thema Rentenpolitik und Alterssicherung eine Vielzahl unterschiedlicher Binnenpositionen, über die es einen Überblick zu gewinnen gilt. Der vorliegende Beitrag geht deswegen der Frage nach, welche relevanten Positionen zum Thema Rente es speziell in der AfD gibt und wie sich diese theoretisch einordnen lassen. Die Fragestellung ist vor allem vor dem Hintergrund bedeutsam, dass die umlagefinanzierte, gesetzliche Rente seit Jahren immer weiter abgebaut wird – eine Tatsache, die von Christen (2017) auf einen neoliberalen Rentenkonsens zurückgeführt wird. Die von ihm und auch von Butterwegge (2017) attestierte Schiefelage im deutschen Renten- und Sozialsystem dient sowohl der AfD als auch der gesamten Neuen Rechten als Munition, um Fragen der Alterssicherung völkisch aufzuladen.

Wie bereits angedeutet, sind weder die AfD noch die Neue Rechte homogene Gebilde. Die Art und Weise, wie sie sich auf wirtschafts- und sozialpolitische Themen und speziell auf die Rentenpolitik<sup>70</sup> beziehen, korrespondiert mit den internen Linienkämpfen, die parallel die AfD und die Neue Rechte durchziehen.

Als markanter Pol in der Auseinandersetzung kann auf der einen Seite der sog. „**solidarische Patriotismus**“ identifiziert werden, der ideengeschichtlich auf die Tradition des „**nationalen Sozialismus**“ des konservativ-revolutionären TAT-Kreises verweist.<sup>71</sup> Repräsentativ für diese Position steht die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag um Björn Höcke, der sich bekanntlich selbst zum ‚Erfinder‘ des Begriffs „solidarischer Patriotismus“ erklärt. Eine metapolitische Fundierung hat das Konzept durch das gleichnamige Buch von Benedikt Kaiser erfahren,

das 2020 im Verlag Antaios erschienen ist, dem Hausverlag des Instituts für Staatspolitik (IfS). Kaiser ist Mitarbeiter sowohl im Verlag als auch im IfS, dessen namhaftester Vertreter Götz Kubitschek ist. Er schreibt regelmäßig für die institutseigene Zeitschrift *Sezession*.

Der Gegenpol wird durch eine neoliberale bis radikallibertäre Position markiert, für die etwa das Buch von Markus Krall *Die bürgerliche Revolution* steht, das ebenfalls 2020 im Verlag Langen-Müller erschienen ist. Krall ist seit September 2019 Mitglied und Sprecher der Geschäftsführung der Degussa Goldhandel GmbH, die zu den Unternehmen August von Fincks gehört. Krall schreibt u.a. in der radikallibertären Zeitschrift *eigentümlich frei* (ef) und in der jungkonservativen *Jungen Freiheit* (JF), deren Wirtschaftsteil stark durch neoliberale Autoren geprägt ist. In der Rechtsextremismusforschung wird seine Position – und die der anderen prominenten Autoren – als die eines „**autoritären Liberalismus**“ bezeichnet. Gemeint ist damit die Ablösung des ökonomischen Liberalismus von einem liberalen Verständnis bürgerlicher Demokratie und dessen Anbindung an ein autoritäres Staatsverständnis.<sup>72</sup> In der AfD kann der sogenannte Meuthen-Flügel dieser Position zugeordnet werden.

Die folgenden Ausführungen versuchen anhand dieser beiden Pole, die Rentendebatte in der AfD zu analysieren. Die korrespondierenden Debatten in der Neuen Rechten werden im Folgenden vernachlässigt. Wir beziehen uns vor allem auf das Rentenpapier der Thüringer AfD-Fraktion (2018) sowie auf das entsprechende Papier des AfD-Bundessprechers Jörg Meuthen und stellen sie vergleichend gegenüber. Im Weiteren gehen wir auf das „Konzept zur Sozialpolitik“ ein, das auf dem „Sozialparteitag“ der AfD im November 2020 in Kalkar von den Delegierten angenommen wurde. Nach einer zweijährigen innerparteilichen Kontroverse gelang es der AfD, einen Kompromiss im Linienkampf zu finden. Es stellt sich die Frage, in welchen Punkten es zwischen den Polen innerhalb der AfD zur Einigung kam und an welchen rentenpolitischen Stellschrau-

69 Für Erläuterungen zum Begriff siehe z.B. Langebach/Raabe (2017).

70 Erste Untersuchungen zur Rentenpolitik der AfD bei Butterwegge (2019b) und Ackermann/Haarfeldt (2019).

71 Zum TAT-Kreis vgl. neuerdings die Untersuchung von Elfert (2018).

72 Der Begriff wurde ursprünglich von Hermann Heller geprägt, der sich damit 1932/33 kritisch auf die damalige Debatte um den „totalen Staat“ bezog, die sowohl von Carl Schmitt als auch einigen Nationalökonomern (den späteren Ordoliberalen) geführt wurde. Vgl. ausführlicher zu diesem Hintergrund Kellershohn (2019). Eine Auseinandersetzung mit den Konzepten von Kaiser und Kaiser findet sich bei Kellershohn (2020b).



ben die AfD schlussendlich drehen möchte. Diesbezüglich ist auch das Bundestagswahlprogramm 2021 von Interesse, das freilich einige, z.T. gravierende Abweichungen vom Beschluss des Kalkarer Parteitages enthält. Gegenüber dem Kompromiss von Kalkar lassen sich Gewichtverschiebungen auf Kosten des Meuthen-Flügels feststellen.

## DER „SOLIDARISCHE PATRIOTISMUS“ DER AFD-FRAKTION THÜRINGEN

Die AfD-Fraktion Thüringen (2018, 28) setzt mit ihrer „Produktivitätsrente“<sup>73</sup> auf eine stärkere Beteiligung des Staates und will nach eigenen Angaben „die sozialen und die umlagefinanzierten Aspekte der gesetzlichen Rentenversicherung stärken“. Es stellt sich somit die Frage, welche sozialpolitischen Ziele die AfD-Fraktion in Thüringen tatsächlich verfolgt und wie „sozial“ ihr Rentenkonzept wirklich ist. Dies ist vor allem deshalb relevant, weil sich die AfD in der Vergangenheit, besonders in Hinblick auf die Landtagswahlen im Osten, als eine Partei der Benachteiligten und der „kleinen Leute“ inszenierte (vgl. Butterwegge 2019b, 99).

Das Positionspapier zum Thema Rente der AfD-Fraktion Thüringen lässt sich eindeutig dem „solidarischen Patriotismus“ zuordnen, nicht zuletzt deswegen, weil sich die AfD Thüringen und besonders Björn Höcke selbst (s. Einleitung) mit dem Begriff identifizieren. Auch Benedikt Kaiser (2020, 154f.) lobt den „Thüringer Weg“. Er bezeichnet das Rentenkonzept als „prägend für kommende rentenpolitische Standpunkte des oppositionellen Lagers in der BRD“ und als „wohldurchdacht“.

Butterwegge (2019b) arbeitet heraus, dass es der AfD-Fraktion Thüringen unter Björn Höcke mehr um eine völkisch bestimmte Spaltung innerhalb der Gesellschaft geht, als um wirkliche soziale Gerechtigkeit. Dafür spricht, dass die Beitragsbemessungsgrenze<sup>74</sup> nicht verändert werden soll und auch nicht geklärt wird, ob weitere Einkunftsarten im Sinne einer Bürgerversicherung in die Rentenberechnung mit einbezogen werden sollen.<sup>75</sup> Die AfD-Fraktion Thüringen nutzt so den seit den

80er Jahren voranschreitenden Abbau des umlagefinanzierten Rentensystems für sich, um die am meisten davon Betroffenen, wie bspw. Geringverdiener, alleinerziehende Mütter etc., auf ihre Seite zu ziehen, ohne wirklich für einen sozialen Ausgleich sorgen zu wollen. Die geforderte „Erhöhung des Rentenniveaus vor Steuern auf ein Niveau von 50 Prozent“ (ebd., 28) reicht bei weitem nicht aus.

Die sogenannte „Staatsbürgerrente“ der AfD-Fraktion Thüringen (2018, 31-34) stellt das offensichtlich völkische Element dar, wie auch Ackermann und Haarfeldt (2019, 205f.) herausstellen. Es handelt sich dabei um einen steuerfinanzierten Rentenzuschlag, der nur deutschen Staatsbürgern zukommen soll, die weniger als 45 Beitragsjahre, aber mindestens 35 Beitragsjahre aufweisen. Dieses Konzept ist besonders im Zusammenhang mit der restriktiven Einwanderungspolitik der AfD diskriminierend, da dieser Zuschlag fast ausschließlich Personen mit „deutscher Abstammung“ zukommen würde.<sup>76</sup> Die „Staatsbürgerrente“ ist damit gar nicht weit von der Idee der „Volksrente“ der NPD (2010, 27) entfernt. Die AfD-Fraktion Thüringen unterstellt offensichtlich einen Missbrauch des Sozialstaates durch Migranten. Dies belegt die von Butterwegge geäußerte Kritik, dass es der AfD-Fraktion Thüringen gar nicht wirklich um sozialbenachteiligte „Einheimische“ geht, sondern viel mehr um die Diskreditierung und Exklusion von Zuwanderern. Ähnliche Motive stellte Butterwegge (2019a, 169) für die Parlamentarier der AfD allgemein fest.

Weniger besprochen wurde bisher das bevölkerungspolitisch motivierte und unsoziale Potenzial der sogenannten „Kinderrente“ der AfD-Fraktion Thüringen (2018, 35f.), bei der Eltern pro Kind um einen „Beitragspunkt“ bis maximal drei „Beitragspunkte“ entlastet werden sollen.<sup>77</sup> Ein solches Konzept steht dem Grundprinzip des einheitlichen Beitragssatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung entgegen und würde nach Köhler-Rama (2018, 82) das Rentensystem fundamental verändern. Profitieren würden von einer solchen Reform vor allem Gutverdiener mit vielen Kindern. Geringverdiener wären hingegen noch schlechter gestellt. Daran ändert auch der Rentenzuschuss je nach Kinderzahl, den die AfD vorschlägt, kaum etwas. Dementsprechend hat ein solches rentenpolitisches Kon-

73 Der Begriff bezeichnet eine Rente, die an die wirtschaftliche Produktivität angepasst wird. Ursprünglich wurde der Begriff für die Rente nach 1957 verwendet. Die wichtigste Neuerung dieser Reform war die enge Koppelung zwischen der Bruttolohnentwicklung einerseits und der Entwicklung der Renten andererseits. „Produktivitätsrente“ wurde hier verwendet, da die Bruttolöhne grundsätzlich der Produktivitätsentwicklung folgt (vgl. Köhler-Rama 2018, 24).

74 Gemeint ist hiermit die Verdienstgrenze, bis zu der Rentenbeiträge erhoben werden (vgl. Köhler-Rama 2018, 35). Diese liegt in 2021 bei 4.837,50 Euro.

75 Das Staatliche Rentensystem in Deutschland beschränkt sich auf abhängige Arbeitsverhältnisse. Die Beiträge werden nur auf der Grundlage der Löhne gezahlt. Die Grundidee der Bürgerversicherung lautet dagegen, dass alle Bürgerinnen und Bürger, unabhängig vom Erwerbsstatus im Rentensystem, versichert sind und die Beiträge auf der Grundlage aller Einkommensarten (auch Mieteinnahmen und Gewinne) erhoben werden (vgl. Köhler-Rama 2018, 118f.). Die AfD-Fraktion Thüringen will lediglich, dass auch Selbständige, zukünftige Beamte und Politiker in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen (2018, 43).

76 Auch im Programm der AfD für die Bundestagswahl 2021 wird das Abstammungsprinzip beim Erlangen der Staatsangehörigkeit gefordert, Einbürgerung soll erschwert werden (AfD Wahlprogramm 2021, 99).

77 Vorausgesetzt wird, dass „in Zukunft alle abhängig Beschäftigten und Unternehmen verpflichtet (unter Berücksichtigung paritätischer Aufteilung) [werden], drei zusätzliche Beitragspunkte zu zahlen“ (AfD-Fraktion Thüringen 2018, 35)



zept kaum soziale Gerechtigkeit im Sinn, sondern es geht um eine pronatalistische Bevölkerungspolitik, die angelehnt ist an biopolitische Konzepte, die seit jeher maßgeblich für die Neue Rechte waren.<sup>78</sup> Gerade dieser bevölkerungspolitische Aspekt des Rentenkonzepts der AfD-Fraktion Thüringen scheint von besonderer Relevanz zu sein, denn er ist ein verbindendes Element zwischen den verschiedenen ideologischen Strömungen innerhalb der AfD insgesamt. Das zeigt auch der „Konzept zur Sozialpolitik“, das, wie im weiteren Verlauf noch zu zeigen sein wird, auf Familien- und Bevölkerungspolitik fokussiert ist.

## „AUTORITÄRE LIBERALISMUS“ BEI JÖRG MEUTHEN

Das vier Monate später vorgelegte Rentenkonzept von Jörg Meuthen (2018b) läuft dem der AfD-Fraktion Thüringen (2018) in wichtigen Punkten diametral entgegen. Jörg Meuthen prophezeit in seinem Papier mit dem Titel „Ansätze zur Entschärfung einer tickenden Zeitbombe“ den Zusammenbruch des umlagefinanzierten Rentensystems und schlägt deswegen eine radikale Reform vor, der das neoliberale Prinzip des „schlanken Staates“ zugrunde liegt (vgl. Butterwegge 2019b).

Meuthen (2018b, 18ff.) spricht sich für eine steuerfinanzierte Grundrente aus, mit der er die Existenzsicherung gewährleisten möchte. Außerdem soll ab dem 25. Erwerbsjahr für jede weiteren drei Erwerbsjahre ein Zuschlag von einem Prozent gewährt werden. In dieser Hinsicht folgt die (Grund-)Rente dem Leistungsprinzip. Hierbei sollen allerdings primär Deutsche bevorzugt werden, denn diese Grundrente würde nur deutschen Staatsbürgern und Personen, die mindestens 20 Jahre einen gesellschaftlichen Beitrag geleistet haben – sprich Steuern gezahlt und/oder Kinder geboren und aufgezogen haben – zukommen. Ansonsten basiert das Rentensystem nach Jörg Meuthen auf privater Altersvorsorge, womit erstens die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entfallen und zweitens der Finanzsektor erheblich profitieren würde. Butterwegge (2019b) stellt zudem zurecht fest, dass bei einer Rentenreform nach Jörg Meuthen vor allem Geringverdiener das Nachsehen hätten, da sie auf den Finanzmärkten kaum fürs Alter vorsorgen könnten und sich somit mit einer minimalen Grundrente zufrieden geben müssten.

Umso verwunderlicher ist es, dass sich Jörg Meuthen (2018a), wie er im August 2018 in der rechten Zeitschrift *Compact* über das Thema Rente schreibt, explizit an den „kleinen Mann“ wendet, der seiner Meinung nach „verarscht wird bis zum Gehtnichtmehr“. Gleichzeitig versucht er in seinem Beitrag, eine „freiheitliche“ Lösung, sprich die Abschaffung des umlagefinanzierten Rentensystems, zu propagieren. Auch Meuthen will also den Abbau der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV)

strategisch nutzen, um die davon „Benachteiligten“ auf die Seite der AfD zu ziehen. Das ist insofern perfide, als gerade Geringverdiener durch die Vorschläge Meuthens noch weiter benachteiligt würden.

Das Rentenkonzept von Jörg Meuthen (2018b, 14) lässt sich, wie bereits erwähnt, als neoliberal verstehen. Er weist nicht nur auf den „schlanken Staat“ hin, sondern auch auf „Ordnungspolitik“ als Schlüsselbegriff der AfD und bezieht sich dabei auf das Grundsatzprogramm der Partei. Der Vorschlag zur weitgehenden Privatisierung der Rente und der gleichzeitige Fokus auf bevölkerungspolitische Maßnahmen, wie sie bei Meuthen zu finden sind, entsprechen dem autoritären Liberalismus. Auch Markus Krall (2020, 200) spricht sich für die Privatisierung der Rentenkassen aus, lehnt ein umlagefinanziertes System ab und möchte die Rente für Kinderlose kürzen.

Wie Butterwegge (2019b) treffend zusammenfasst, haben die vorgestellten Rentenkonzepte bis auf die Diskriminierung von Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft – allerdings ein Kernelement völkischer Bevölkerungspolitik – und die Benachteiligung von Kinderlosen nicht viel gemein. Sie stehen an unterschiedlichen Polen des rechten Ideologiespektrums. Gemeinsam haben beide Konzepte aber, dass sie strategisch versuchen, sich besonders an die Verlierer der Rentenpolitik der letzten Jahre zu wenden, obwohl – wie gezeigt – weder Jörg Meuthen noch der AfD-Fraktion Thüringen diese wirklich am Herzen liegen.

## DAS „KONZEPT ZUR SOZIALPOLITIK“ 2020

Auf dem „Sozialparteitag“ der AfD in Kalkar (November 2020), der mehrfach wegen der innerparteilichen Querelen verschoben worden war, wurde das „Konzept zur Sozialpolitik“ verabschiedet. Dem Leitantrag der Bundesprogrammkommission folgend fokussiert es sich auf die Familie und zeigt einmal mehr, dass Sozialpolitik für die Partei im Wesentlichen gleichbedeutend ist mit Familienpolitik. Im Konzept wird die Rentenpolitik in eine deutliche Verbindung zum Thema Familie gesetzt (Stichwort: „aktivierende Familienpolitik“). Die Steigerung der Geburtenrate „auf ein bestandserhaltendes Niveau von 2,1 Kindern“ durch die Förderung der Familie sei „die einzige Möglichkeit zur Stabilisierung und zum Erhalt unserer Sozialsysteme, aber auch zur Bewahrung unserer Kultur und zum Fortbestand unseres Volkes“ (AfD Konzept zur Sozialpolitik 2020, 15). Gerade dieser Fokus kann als ein verbindendes Glied zwischen den ideologischen Strömungen innerhalb der AfD verstanden werden (vgl. Kellershohn 2020a). Bemerkenswert ist zudem der Fokus auf eine qualitative Bevölkerungspolitik, der sich in dem Konzept niederschlägt (AfD Konzept zur Sozialpolitik 2020, 21ff.) und der in den vorhin besprochenen Konzepten nur ansatzweise zu erkennen ist. Die „Bedeutung von Kultur, Bildung und Forschung für den Erhalt der sozialen Sicherungs-

78 Siehe hierzu Reinfeldt/Schwarz 1993.



systeme“ wird deutlich hervorgehoben. Gemeint ist damit, dass eben nicht nur mehr Kinder geboren werden sollen, sie sollen auch so aufgezogen werden, „dass sie die Anforderungen einer hochmodernen Arbeitswelt erfüllen können“ (ebd., 21). Das erfordert nach Sicht der AfD, mehr Geld in Bildung, Forschung und Kultur zu investieren und dafür weniger in die Integration von Migrant\*innen. Dabei ist auch klar abgesteckt, wie das Bildungssystem mit Hilfe dieser Investitionen ausgestaltet werden soll. Es soll vor allem Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit fördern und somit quasi die Beitragszahler von morgen ‚heranzüchten‘. Gleichzeitig sollen die Werte der traditionellen Partnerschaft und Familie im Unterricht thematisiert werden.

In der zentralen Frage der Rentenfinanzierung offeriert das „Konzept zur Sozialpolitik“ einen Kompromiss: Während die AfD-Fraktion Thüringen unter Björn Höcke die private Altersvorsorge ablehnt und Jörg Meuthen sich für eine Abschaffung der umlagefinanzierten GRV ausspricht, wird nun eine gemischte Finanzierung vorgeschlagen, die das umlagefinanzierte System mit einer zusätzlichen privaten Altersvorsorge verbindet. Abgelehnt werden allerdings Förderungsstrukturen wie die Riester- oder Rürup-Rente. Diese sollen durch „flexiblere und unbürokratischere Modelle“ (ebd., 36) ersetzt werden. „Insbesondere sollten Sparer im Rahmen dieser Modelle frei entscheiden können, wie sie ihr Geld während der Ansparphase anlegen und die Mittel nach Erreichen des Rentenalters nutzen.“ (Ebd., 37)

Im Weiteren werden folgende Reformvorschläge unterbreitet:

1. Flexible Gestaltung des Renteneintrittsalters mit Abschlägen in der Rentenhöhe für diejenigen, die früher, als es die Regelaltersgrenze vorsieht, in Rente gehen. Früher in Rente zu gehen oder über die Regelaltersgrenze hinaus zu arbeiten ist bereits jetzt möglich. Dies unter dem Stichwort „Freiheit beim Renteneintritt“ (ebd., 33) zu ‚verkaufen‘, ist freilich ein Euphemismus. Viele Beschäftigte können z.B. aus gesundheitlichen Gründen den Zeitpunkt des Renteneintritts nicht frei wählen. Durch die Anhebung der Regelaltersgrenze bis 2029 auf 67 Jahre verschärft sich das Problem. Über die Altersrente für besonders langjährig Beschäftigte (mindestens 45 Jahre Versicherungszeit), die ihre Rente ab dem 63. Lebensjahr (angestrebte Anhebung auf 65) abschlagsfrei erhalten können, schweigt sich die AfD aus. Auch auf die Höhe des allgemeinen Rentenniveaus will sich die AfD nicht festlegen und spricht nebulös davon, dass dieses Niveau „auf Grundlage der Lebenserwartung und des Beitragsaufkommens kontinuierlich angepasst werden“ (ebd.) soll. Notwendig wäre es, statt von der Beitragsorientie-

rung auszugehen, das Rentenniveau wieder auf einen lebensstandssichernden Prozentsatz, der deutlich über 50 Prozent liegen müsste, anzuheben.

2. Auf die Grundsicherung im Alter sollen „25 Prozent der Altersrente“ (ebd., 34) nicht angerechnet werden, um erstens Altersarmut zu verhindern oder „deutlich“ zu verringern und zweitens Anreize zu schaffen, während der Erwerbsphase auch „Tätigkeiten mit geringem Einkommen anzunehmen“. Die Grundsicherung bei Erwerbsminderung wird von der AfD ausgeklammert.

3. Die AfD möchte die Beitragsbasis der Gesetzlichen Rentenversicherung erweitern. So sollen auch Politiker und „künftige[] Staatsbedienstete“ (ebd., 35), also staatliche LohnarbeiterInnen, die nach Meinung der AfD keine hoheitlichen Funktionen ausüben,<sup>79</sup> sowie „grundsätzlich“ auch Selbständige einzahlen,<sup>80</sup> soweit sie sich nicht nachweislich privat versichern. Eine generelle Erwerbstätigenversicherung oder Bürgerversicherung, die zudem *alle* Einkommensarten erfasst, sieht die AfD nicht vor.

4. Kernanliegen der AfD ist die „Lastengerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen“ (ebd., 36). Die AfD möchte eine Bevorzugung von Familien (mit Kindern) im Vergleich zu Kinderlosen erreichen. Dies soll durch eine steuerfinanzierte Beitragserstattung zur Rentenversicherung pro Kind geschehen. Die AfD möchte, dass „Familien für jedes Kind 20.000 Euro Beiträge der Eltern zur Rentenversicherung aus Steuermitteln erstattet bekommen, ohne dass sich die Rentenansprüche dadurch verringern“ (ebd.). Für den Fall, dass „noch keine Beiträge in entsprechender Höhe gezahlt“ wurden, soll „eine Anrechnung auf künftige Rentenbeiträge“ erfolgen. Im Rahmen privater Vorsorge wird eine staatliche Anlage von Spardepots pro Kind „mit deutscher Staatsangehörigkeit und Lebensmittelpunkt in Deutschland“ (Hervorh. v. Vf.) in Höhe von 100 Euro pro Monat bis zum 18. Lebensjahr des Kindes vorgeschlagen. Wie bereits im zweiten Abschnitt angesprochen, hat ein solcher Ansatz nicht soziale Gerechtigkeit im Sinn, sondern nur den Erhalt der Institution Familie (gemeint ist die traditionelle Kernfamilie) als Träger von „Volk und Kultur“.

5. Im Leitantrag der Bundesprogrammkommission zum Sozialpartitag war ein Passus noch nicht enthalten, der den „Ungerechtigkeiten bei der Überleitung der Ostrenten“ (ebd., 37) gewidmet ist. „Die im differenzierten Alterssicherungssystem enthaltenen spezifischen Regelungen für die verschiedenen Berufsgruppen wurden nur teilweise adäquat umgesetzt.“ Die

79 Eine Verbeamtung möchte die AfD auf Personen beschränken, die in den Bereichen Bundeswehr, Zoll, Polizei, Finanzverwaltung und Justiz arbeiten.

80 Zur Problematik der Beitragsbemessungsgrenze äußert sich die AfD auch hier nicht.



AfD schlägt einen Fonds vor, aus dem „pauschalisierte Einmalzahlungen in angemessener Höhe“ den ‚Ostrentnern‘ zukommen sollen. Die Höhe der Zahlungen soll an die „zurückgelegte Betriebszugehörigkeit“ gebunden sein. An die angesprochene Differenzierung nach Berufsgruppen ist offensichtlich nicht gedacht. Frauen, die aus den unterschiedlichsten Gründen keine Betriebszugehörigkeit nachweisen können, wären davon ausgeschlossen.

6. In einem „Ausblick“ genannten Abschnitt (ebd., 38) wird die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Umlagesystems gestellt. Für die Zukunft wird eine „steuerbasierte Altersvorsorge“ bzw. eine steuerfinanzierte Grundrente, „die deutlich über dem Niveau der Grundsicherung zu liegen käme“, in Betracht gezogen – gekoppelt mit einer Steuerreform mit wenigen Steuerarten und fast ohne Ausnahmetatbestände. Ansonsten müssten die Erwerbstätigen privat vorsorgen und sich dem Kapitalmarkt ‚anvertrauen‘. Diese Überlegungen können als eine Art ‚Trostpflaster‘ für den Meuthen-Flügel betrachtet werden.

## BUNDESTAGSWAHLPROGRAMM 2021

Was die Rentenfrage angeht, arbeitete die AfD auf ihrem 12. Parteitag in Dresden die Beschlusslage vom Sozialparteitag größtenteils in ihr Wahlprogramm ein. Allerdings gibt es doch einige bemerkenswerte Abweichungen, die es zu dokumentieren gilt. Das oben angesprochene staatliche Spardepot für jedes Kind wurde gestrichen. Außerdem war im „Konzept zur Sozialpolitik“ noch davon die Rede, dass Selbständige grundsätzlich in die GRV aufgenommen werden sollen. Dies findet sich im Wahlprogramm nicht wieder. Neu sind die Kritik an der sogenannten Doppelbesteuerung, die Anhebung des Steuerfreibetrags bei der Rentenbesteuerung und ein Passus über die Einbeziehung des Wehrdienstes (bei der von der AfD gewünschten Wiedereinführung der Wehrpflicht) in die Rentenberechnung (vgl. AfD Wahlprogramm 2021, 128f.)

Gravierender ist Folgendes: Der erwähnte „Ausblick“ fehlt ebenso wie der Abschnitt zur privaten Vorsorge, in dem neue Modelle der kapitalgedeckten Altersvorsorge empfohlen wurden. Sie klammert dies nunmehr schlicht aus. Stattdessen enthält das Programm einen Abschnitt, in dem die Stärkung der umlagefinanzierten Rente als adäquate Antwort auf den „Eintritt der Babyboomer“ (ebd., 129) bezeichnet wird. Dazu passt, dass zu Beginn des Rentenskapitels („Renten zukunftsfest“) ein „höhere[r] Steuerzuschuss“ veranschlagt wird, um der „drohenden Überlastung der Beitragszahler“ (ebd., 124) entgegenzuwirken. Außerdem sollen „versicherungsfremde Leistungen [...] aus Steuermitteln“ beglichen werden. Die erhöhten Staatsausgaben sollen ausgeglichen werden durch die „Streichung

von ideologischen Politikmaßnahmen, beispielsweise in der Migrations-, Klima- und EU-Politik“ (ebd.).

Diese Ausführungen legen die Schlussfolgerung nahe, dass sich im rentenpolitischen Teil des neuen Wahlprogramms der Höcke-Flügel in zentralen Punkten durchgesetzt hat. Zumindest kann unterstellt werden, dass die Delegierten des Parteitages, die das Programm abgesegnet haben, es für opportun erachtet haben, Spekulationen über eine zukünftige „steuerbasierte Altersvorsorge“ (plus privater Vorsorge) vorerst ad acta zu legen. Der Fokus liegt auf der Klage über die Ungerechtigkeiten im Rentensystem (bzgl. Familien, Ostrentnern, Doppelbesteuerung): Die AfD will damit in Hinblick auf den Wahlkampf suggerieren, dass sie die eigentliche Partei der „Leistungsgerechtigkeit“ und „sozialen Gerechtigkeit“ sei.

## FAZIT

Der vorliegende Beitrag hat verdeutlicht, dass es zwischen den Rentenkonzepten der AfD-Fraktion Thüringen (2018) und dem Rentenpapier von Jörg Meuthen (2018b) deutliche Unterschiede gibt, die im Falle Thüringens dem „solidarischem Patriotismus“ und im Falle Meuthens dem „autoritären Liberalismus“ entsprechen. Nachdem die Rententhematik lange Zeit einen zentralen Punkt der Divergenzen innerhalb der AfD dargestellt hatte (vgl. Ackermann/Haarfeldt 2019, 199), wurde das „Konzept zur Sozialpolitik“ im November 2020 auf dem Bundesparteitag der AfD in Kalkar mit annähernd 89 Prozent der Stimmen verabschiedet.<sup>81</sup> Man war offensichtlich froh, einen Kompromiss gefunden zu haben. Die Junge Freiheit schrieb dazu: „Das eigentliche Thema des Parteitages [...] hat allem Anschein nach sein Aufreger-Potential weitgehend eingebüßt. Das mag auch damit zusammenhängen, daß der Leitantrag, ohnehin ein Kompromiss zwischen der eher sozialstaatlich und der eher wirtschaftsliberal ausgerichteten Strömung, schon eine Weile vorliegt; [...] ‚Bei dem Thema ist die Kuh vom Eis, da ist nichts Revolutionäres zu erwarten‘, meint ein erfahrener AfD-Politiker. Soll heißen: Weder in der einen noch der anderen Richtung würden sich maximale Forderungen durchsetzen.“ (JF 49/2020, 4)

Gleichwohl zeigte sich am neuen Bundestagswahlprogramm der AfD, dass keineswegs „die Kuh vom Eis“ ist. Auf dem Parteitag in Dresden verfolgte Björn Höcke die Strategie, den Bundessprecher Meuthen zwar nicht frontal anzugehen, etwa in Form eines Abwahantrages, sondern gezielt an bestimmten Programmpunkten die Position des offiziell aufgelösten „Flügels“ einzubringen und per Abstimmung durchzusetzen. Dies geschah beispielsweise in der Frage des Austritts aus der Europäischen Union oder in der Frage des sogenannten „japanischen Wegs“ in der Einwanderungspraxis, der ebenso wie der „Dexit“ in das Programm (abweichend vom Leitantrag der Bundesprogrammkommission) aufgenommen wurde.<sup>82</sup> In die-

81 Interessant ist, dass die Konflikte, die sich auf besagtem Sozialparteitag zwischen den verschiedenen Lagern innerhalb der Partei abgespielt haben, gar nicht die Sozialpolitik im Fokus hatten, sondern sich auf das Auftreten der Partei speziell während der „Corona“-Krise bezogen.

82 Vgl. dazu ausführlicher den Beitrag von Helmut Kellersohn in diesem Heft.



ses Bild passt auch der rentenpolitische Teil des Programms mit seiner Hervorhebung einer Stärkung der umlagefinanzierten Rente, die bereits (siehe oben) im Konzept der AfD-Fraktion Thüringen eingefordert wird. Auch dies ein ‚Nadelstich‘ gegen den Meuthen-Flügel.

Andererseits sollte deutlich geworden sein, dass unabhängig von den umstrittenen Modalitäten der Rentenfinanzierung der entscheidende Fokus der AfD auf der Familien- und Bevölkerungspolitik liegt, die ein verbindendes Element sämtlicher Rentenkonzepte ist. Dazu abschließend vier Thesen:

1. Die Sozialpolitik der AfD ist, wie bereits am Grundsatzprogramm zu erkennen, im Kern Familienpolitik. Diese wiederum steht unter dem Primat der Steigerung der Geburtenrate als Antwort auf die sogenannte demografische Krise. Sozial- bzw. Familienpolitik mit einer solchen pronatalistischen bevölkerungspolitischen Funktion soll laut AfD dazu dienen, die Sozialsysteme zu erhalten, die „deutsche Kultur“ zu bewahren und den „Fortbestand des deutschen Volkes“ zu garantieren.

2. Die Familienpolitik ist ein verbindendes Element zwischen den ideologischen Strömungen der AfD: die Ordoliberalen sehen die Familie als gemeinschaftsstiftenden „Gegenhalt“ gegen die kalten Mechanismen der Marktwirtschaft; die Christlich-Konservativen betrachten die Familie als biblisch oder zivilreligiös begründete Institution; und für die Völkischen ist die Familie Garant des Ethnos als Abstammungs- und Zeugungsgemeinschaft.

3. Die Familie ist darüber hinaus der Kontrapunkt gegen die von der AfD ausgemachten Feinde und Feindbilder:

- Gender Mainstreaming und Feminismus (‚untergraben‘ die heteronormative bürgerliche Kernfamilie)
- unerwünschte Zuwanderung (bedroht die ethnokulturelle Identität von außen)
- Kulturmarxismus und liberale Dekadenz (‚zersetzen‘ die kulturelle Identität von innen)

4. Der AfD geht es aber nicht nur um die quantitative Erweiterung des „Volkskörpers“ (quantitative Bevölkerungspolitik). Dies wird besonders in dem im „Konzept zur Sozialpolitik“ erwähnten Abschnitt zu „Kultur, Bildung und Forschung“ deutlich. Dort wird nämlich die ‚qualitative‘ Seite angesprochen (qualitative Bevölkerungspolitik): Nicht nur mehr Kinder sollen geboren werden, sondern solche, die die „Anforderungen einer modernen Arbeitswelt“ erfüllen können, indem sie Leistungsbereitschaft zeigen, leistungsfähig sind sowie das „deutsche Kulturerbe“ fortführen. Eine bildungspolitische Gegenreform soll daher die Sozial-/Familienpolitik und Rentenpolitik flankieren.

## LITERATURVERZEICHNIS

- Ackermann, Tim; Haarfeldt, Mark (2019): Die Rentenpolitik der AfD zwischen neoliberaler Privatisierung und völkischer Sozialdemagogie. In: Andrea Becker; Helmut Kellershohn; Simon Eberhardt (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten. Münster: Unrast (Edition DISS, Bd. 43), S. 197–210.
- AfD Konzept zur Sozialpolitik des 11. Bundesparteitages der AfD in Kalkar (2020). Online unter: [https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/04/20210326\\_Konzept\\_zur\\_Sozialpolitik\\_ohne\\_Programm.pdf](https://cdn.afd.tools/wp-content/uploads/sites/111/2021/04/20210326_Konzept_zur_Sozialpolitik_ohne_Programm.pdf); zuletzt geprüft am 26.06.2021.
- AfD Wahlprogramm (2021): Deutschland. Aber normal. Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag. Online unter: <https://www.afd.de/wahlprogramm/>; zuletzt geprüft am 26.06.2021.
- AfD-Fraktion Thüringen (Hg.) (2018): Es geht um Wertschätzung. Die Produktivitätsrente. Online unter: <https://afd-thl.de/wp-content/uploads/2018/06/Rentenpapier.pdf>; zuletzt geprüft am 02.10.2020.
- Bäcker, Gerhard; Kistler, Ernst (2020): Reformbedarfe und Reformdebatten. Bundeszentrale für politische Bildung. Online unter <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/293458/reformbedarfe-und-reformdebatten>; zuletzt geprüft am 09.11.2020.
- Butterwegge, Christoph (2017): Die sozialpolitischen Herausforderungen der Zukunft. Reformbilanz der Regierung Merkel/Gabriel und Ausblick. In: *Gesundheits- und Sozialpolitik* 71 (5), S. 48–56.
- Butterwegge, Christoph (2019a): Abschied von der Solidarität. In: *Sozial Extra* 43 (3), S. 168–171. DOI: 10.1007/s12054-019-00173-6.
- Butterwegge, Christoph (2019b): Antisozialer Patriotismus. Die Rentenpläne der AfD. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (9), S. 99–106.
- Christen, Christian (2017): Der neoliberale Rentenkonsens in Deutschland und seine Genese. In: *PROKLA* 47 (2), S. 309–324.
- Elfert, Jan Christoph (2018): Konzeptionen eines „dritten Reiches“. Staat und Wirtschaft im jungkonservativen Denken 1918–1933. Dissertation, Berlin. Online verfügbar unter <https://elibrary.duncker-humblot.com/publikation/b/id/37842/>.
- Kaiser, Benedikt (2020): Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts. Schnellroda: Antaios.
- Kellershohn, Helmut (2019): Autoritärer Liberalismus. Zum Zusammenhang von Neoliberalismus und ‚Konservativer Revolution‘. In: Andrea Becker, Helmut Kellershohn und Simon Eberhardt (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten. Münster: Unrast (Edition DISS, Bd. 43), S. 60–69.
- Kellershohn, Helmut (2020a): Der Leitantrag der Bundesprogrammkommission zum „Sozialparteitag“ der AfD. Ein Kommentar. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung. Online verfügbar unter <http://www.disskursiv.de/2020/11/30/kommentar-zum-afd-sozialparteitag/#sdfootnote1sym>, zuletzt geprüft am 04.02.2021.

- Kellershohn, Helmut (2020b): Solidarischer Patriotismus vs. autoritärer Liberalismus. Anmerkungen zu zwei Neuerscheinungen auf dem rechten Büchermarkt. In: DISS Journal (40), S. 36–40. Online verfügbar unter <http://www.diss-duisburg.de/download/dissjournal-dl/DISS-Journal-40-2020.pdf>.
- Köhler-Rama, Tim (2018): Das Rentensystem verstehen. Einführung in die Politische Ökonomie der Alterssicherung. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.
- Krall, Markus (2020): Die bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten. Stuttgart: LangenMüller.
- Langebach, Martin; Raabe, Jan (2017): Die ›Neue Rechte‹ in der Bundesrepublik Deutschland. In: Fabian Virchow, Martin Langebach und Alexander Häusler (Hg.): Handbuch Rechtsextremismus. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 561–592.
- Meuthen, Jörg (2018a): Die Rentenlüge. In: *Compact* (8), S. 22–24.
- Meuthen, Jörg (2018b): Ansätze zur Entschärfung einer tickenden Zeitbombe. Eine Rentenkonzeption für die Alternative für Deutschland (AfD). Unter Mitarbeit von Dirk Friedrich und Tomasz Froehlich, Oktober 2018.
- NPD-Parteivorstand (Hg.) (2010): Arbeit - Familie - Vaterland. Parteiprogramm. Online unter: <https://medien.npd.de/dokumente/parteiprogramm.pdf>; zuletzt geprüft am 05.12.2020.
- Reinfeldt, Sebastian; Schwarz, Richard (1993): Biopolitische Konzepte der Neuen Rechten. In: *Bio-Macht*. 2. Aufl. Duisburg (DISS-Texte, 25), S. 6–26.

## Zeitschriftenporträt *Die Kehre*

Von Karina Korneli

Seit 2020 erscheint die Zeitschrift *Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz* viermal im Jahr, wobei die Ausgaben nach eigenen Angaben „mal mehr, mal weniger thematisch gebunden sind“ (Die Kehre 2021a)<sup>83</sup>. Herausgegeben wird *Die Kehre* vom Oikos Verlag, für dessen Sitz in Dresden dieselbe Adresse angegeben ist wie für den durch Philip Stein vertretenen Verein *Ein Prozent*. Mit dem Vereinsziel, Akteur\*innen der extremen Rechten zu vernetzen und (finanziell) zu unterstützen, wurde *Ein Prozent* nach seiner Gründung 2015 insbesondere von Götz Kubitschek in der Zeitschrift *Sezession* des Instituts für Staatspolitik [IfS] beworben (vgl. Brinker & Dittrich 2016). Der Verein ist selbsterklärter Partner (vgl. Ein Prozent e.V. 2021) des COMPACT-Magazins von Jürgen Elsässer, Götz Kubitscheks Verlags Antaios und des Jungeuropa Verlags, welcher 2016 von Philip Stein gegründet wurde und seitdem geführt wird (vgl. Jungeuropa Verlag 2021).

Geschäftsführer der Oikos Verlag UG und Chefredakteur der *Kehre* ist Jonas Schick, der neben seinem parteipolitischen Engagement für die Junge Alternative [JA] und die Alternative für Deutschland [AfD] sowie seinem außerparlamentarischen Aktivismus als Kader der Identitären Bewegung [IB] (vgl. AfD Watch Bremen 2021) durch zahlreiche Veröffentlichungen in der *Sezession* (vgl. *Sezession* 2021) und seine Anbindung an das IfS auffällt (vgl. bspw. IfS 2020). Auch die regelmäßig für



*Die Kehre* schreibenden Autoren Jörg Dittus und Volker Zierke sind aus IB-Kreisen bekannt (vgl. bspw. Antifaschistische Recherche Graz 2017). Der Autor Hagen Eichberger weist ebenfalls Publikationserfahrungen in diversen neurechten Medien<sup>84</sup> auf, nicht zuletzt in der *Sezession* und dem österreichischen *Freilich* Magazin (vgl. *Die Kehre* 2021). Für Letztere schreibt

83 bis Ende Mai 2021 sind fünf Ausgaben zu den Themen „Klimaschutz contra Naturschutz?“, „Nachhaltigkeit“, „Energie“, „Migration“ und „Ökologie und Militanz“ erschienen.

84 Arcadi, *Deutsche Militärzeitschrift*, Webblog des Jungeuropa Verlags, *ZUERST!* (vgl. *Die Kehre* 2020; *Die Kehre* 2021)



auch Martin Lichtmesz, der neben Philip Stein zu Heft 05 beiträgt. *Kehre*-Autor Michael Beleites hingegen ist vor seiner Beschäftigung mit Pegida und der Zusammenarbeit mit dem IfS einer breiteren Öffentlichkeit durch seinen Umweltaktivismus in der DDR und Beratungstätigkeiten für Greenpeace und die Partei Die Grünen bekannt geworden (vgl. von Hammerstein 2018). Ebenfalls nicht in erster Linie vernetzt in der Neuen Rechten scheinen Lotta Bergmann, die als „engagiert ... in mehreren Natur- und Tierschutzorganisationen“ (Die Kehre 2020: 3) beschrieben wird, Max Schmid als studierter Landwirt mit den „Interessenschwerpunkte[n:] ... die soziale Frage und die Agrarökologie“ (ebd.) und der Unternehmensberater Heinrich Acken, der „in seiner Freizeit ökologisches Allerlei [liest] und ... neben dem Beruf darüber [schreibt]“ (Die Kehre 2021). Auf diesem Weg sollen in der Kehre verschiedene Zielgruppen repräsentiert und Praktiker\*innen unterschiedlicher Umwelt- und Naturschutzbewegungen sowie Personen aus völkisch-ökologischen Kreisen adressiert werden.

Über die gedruckten Ausgaben hinaus ist Die Kehre auf verschiedenen Social-Media-Plattformen vertreten. Am aktivsten ist ihr Profil auf Twitter, hier wurden seit April 2020 bei 1.309 Follower\*innen 206 Tweets veröffentlicht; auf ihrem Instagram-Account finden sich bei 1.094 Abonnent\*innen 56 Beiträge; das Facebook-Profil der Kehre gefällt 267 Nutzer\*innen, während es 304 Personen abonniert haben (Stand: 21.05.2021)<sup>85</sup>. Über Social Media wird unter anderem auf den von Schick und Schmid auf ihrer Website betriebenen Blog *Öko-Fundgrube* hingewiesen, der sich explizit an Schicks Netztagbuch der Sezession anlehnt (vgl. Die Kehre 2021b) und in dessen Rahmen bisher sieben Artikel erschienen sind. Auch machen sie über ihre Social-Media-Kanäle auf den Podcast zur Zeitschrift, den *KehreCast*, aufmerksam, der vom *Sender Oikos* auf Spotify, SoundCloud und Apple Podcast veröffentlicht wird. Die erste Folge des *KehreCast* wurde am 24.02.2021 herausgebracht und dauert ca. 63 Minuten. Unter dem Titel „Heftvorstellung ‚Migration, Corona-Pandemie und Ökologie“ (Spotify 2021) besprechen Schick und Dittus die vierte Ausgabe der *Kehre* und „die ökologischen Implikationen der Corona-Pandemie“ (ebd.). Eine Selbstdarstellung über diese Kanäle kann als der Versuch gedeutet werden, nicht nur ein ideologisch breit aufgestelltes Publikum anzusprechen, sondern sich auch explizit an junge Personen zu richten.

## GESTALTUNG, WERBUNG & FINANZIERUNG

Die *Kehre* ist mit vielen Farbfotos, die in Größen bis zu DIN A4 abgebildet sind, auf hochwertiges Papier gedruckt und umfasst

jeweils ca. 60 Seiten. Seit der zweiten Ausgabe findet sich im zweiten Drittel der Zeitschrift je ein Interview mit einer Person des öffentlichen oder politischen Lebens (Alexander Gauland im zweiten Heft, Alain de Benoist im dritten, Götz Kubitschek im vierten und Derrick Jensen<sup>86</sup> im fünften Heft)<sup>87</sup>. Kurz vor Ende jeder Ausgabe befindet sich in der Regel eine Buchbesprechung/Rezension und auf der Rückseite der Zeitschrift ein Zitat: In Heft 01 wird mit einem Zitat Martin Heideggers der Hintergrund der Namensgebung der Zeitschrift (siehe *Inhaltliche Ausrichtung*) betont. In den folgenden Ausgaben finden sich Zitate von Rolf Peter Sieferle, dessen extrem rechtes Weltbild spätestens seit seinem Essayband *Finis Germania* bekannt ist (vgl. Deutschlandfunk Kultur 2017); Friedrich Nietzsche, dessen Arbeit – vor allem die Idee eines Übermenschen – gerne von rechten Akteur\*innen aufgegriffen wird (vgl. Invernizzi 2019), sowie Erich Limpach, der als „völkischen[r] Dichter und Hitler-Verehrer“ (Tornau & Meyer 2009) gilt, und zuletzt Theodore John Kaczynski, auf dessen radikalen Umweltaktivismus sich Lichtmesz in seinem Beitrag in Heft 05 bezieht. Die fünfte Ausgabe wird außerdem ergänzt um ein Beiheft unter dem Titel „Ökologische Militanz – Ein kleines Lexikon“, in dem diverse Umwelt- und Klima-aktivistische Gruppen vorgestellt und beurteilt werden.

Während sich im Allgemeinen kaum Werbeanzeigen in der *Kehre* finden, wird in den Ausgaben 02, 03 und 04 auf der ersten Seite nach dem Cover eine ganzseitige Anzeige der Sezession abgebildet. Darüber hinaus wird in besagten Heften Werbung für jeweils ein Buch gemacht, in zwei von drei Fällen handelt es sich um Werke der *Kehre*-Autoren Zierke und Beleites. Im dritten Fall wird eine Novelle von Guillaume Faye beworben, der sich nach Differenzen in der Zusammenarbeit mit Alan de Benoist neuheidnischen Strömungen in der Neuen Rechten zuwandte (vgl. Kaiser 2019). In Heft 05 hingegen findet sich über die Bewerbung eines Romans von *Kehre*-Autor Volker Mohr hinaus auf der ersten Heftseite Werbung für ein Buch von Michel Onfray, der u.a. durch antimuslimischen Rassismus und Kulturessentialismus in seinen Publikationen auffällt (vgl. bspw. Deutschlandfunk Kultur 2018). Veröffentlicht wurden Fayes, Zierkes sowie Onfrays Werke in Steins Jungeuropa Verlag. Mohr publizierte im Loco Verlag, dessen Bücherkatalog und Veranstaltungen maßgeblich aus seinen Beiträgen bestehen (vgl. Loco Verlag 2021). Beleites' Buch wurde in der Manuscriptum Verlagsbuchhandlung verlegt, in der seit 2017 die gesammelten Werke Sieferles herausgegeben werden (vgl. Manuscriptum 2021). In der vierten Ausgabe der *Kehre* ist außerdem eine Werbeanzeige für das Magazin *Freilich* gedruckt, das von Heinrich Sickl herausgegeben wird. Im Anschluss an Aktivitäten in der neonazistischen Szene pflegte dieser Kontak-

85 Am 03.05.2021 waren es noch 1.235 Twitter-Follower\*innen bei 189 Tweets, 1.054 Abonnent\*innen auf Instagram bei 50 Beiträgen und 258 Gefällt-mir-Angaben bei 293 Abonnent\*innen auf Facebook. In knapp anderthalb Wochen ist also eine deutliche Vergrößerung der Reichweite festzustellen.

86 Co-Gründer und Aktivist der radikalen und antizivilisatorischen Umweltbewegung *Deep Green Resistance* (vgl. <https://www.dw.com/en/radical-environmentalism-we-need-to-be-ready-to-risk-our-lives/a-53729503>, letzter Zugriff: 26.05.2021)

87 In der ersten Ausgabe findet sich ein Gespräch mit Walter Rauch (FPÖ), das an ähnlicher Stelle in demselben Stil präsentiert ist wie die Interviews in den folgenden Heften, nur dass dieses Format hier noch nicht den Titel „Interview“ trägt.

te in burschenschaftliche Kreise (vgl. Stoppt die Rechten 2019) und tritt heute als Vermieter des Zentrums der IB in Graz auf (vgl. Antifaschistische Recherche Graz 2016a). Darüber hinaus ist er Vorstand des Freiheitlichen Akademikerverbands [FAV] Steiermark<sup>88</sup> (vgl. FirmenABC 2021a), welcher mit einem Anteil von 87,61% Gesellschafter der Freilich Medien GmbH<sup>89</sup> ist.

Ein Abonnement der *Kehre* für das deutsche Inland kann auf drei verschiedene Weisen abgeschlossen werden: *Normal* für 22,00€ jährlich inkl. Versand, in einem *Förderabo* für 40,00€ und in einem *Sozialabo* (Schüler/Studenten/ Azubis) für 14,00€, für das nach eigenen Angaben aufgrund hoher Nachfragen ein entsprechender Nachweis eingereicht werden muss. Angeboten werden diese Varianten mit erhöhten Portokosten auch fürs Ausland. Einzelhefte können für einen Preis von 7,00€ zzgl. Versandkosten bestellt werden (vgl. Die Kehre 2021a).

## INHALTLICHE AUSRICHTUNG

Angelehnt ist der Titel der *Zeitschrift für Naturschutz* an das Werk „*Die Technik und die Kehre*“ des Philosophen Martin Heidegger ..., in dem er in der Technik die Entbergung der höchsten ‚Gefahr‘ erblickt, die unser menschliches Sein ‚verstellt“ (Die Kehre 2021c; Herv. im Orig.). In dieser ideengeschichtlichen Tradition prophezeit *Die Kehre* also nicht nur die Zerstörung der Natur, sondern den Untergang „der gesamten Umwelt ..., die Kulturlandschaften, Riten und Brauchtum, also auch Haus und Hof (Oikos) als ihren Namensgeber einschließt“ (ebd.). Eine solche als holistisch dargestellte<sup>90</sup> Definition von Umwelt begründet den völkischen Charakter des vertretenen Ökologieverständnisses. Biologisches Denken als „die Übertragung von Gesetzen und Organisationsprinzipien aus dem Tier- und Pflanzenreich auf menschliche Gesellschaften“ (Geden 1996: 48), bei dem ein „Volk als organische Einheit“ (Thümmler 2020: 31) imaginiert wird, bildet hierbei die Basis für ethnopluralistische Identitätspolitiken. Ein Beispiel hierfür ist Hagen Eichbergers Darstellung von „bioregionale[r] Identität“ (Eichberger 2020: 17) als Ermöglichung von „Verantwortung in der Völkerfamilie“ (ebd.). Zur Rettung vor der „Vernutzung der Bestände aller Art – ob gesellschaftlicher Institutionen, materieller Ressourcen oder harmonischer Landschaftsbilder“ (Die Kehre 2021c) – brauche es daher eine *völkische Ökologie*. Diese sei, beschrieben mit dem Vokabular Heideggers, die einzige „Möglichkeit zur *Kehre*, ... [der] Weg vom Ende der europäischen Geschichte zurück zu ihrem Anfang“<sup>91</sup> (ebd.; Herv. d. Verf.).

*Die Kehre* kann als intellektuelles Projekt aus dem Umfeld des IfS verstanden werden, das sich dem bisher tendenziell vernachlässigten Thema Ökologie und umweltpolitischen Fragen

widmet. Auch wenn die Zeitschrift thematisch unmittelbar an das Anfang 2020 eingestellte Magazin *Umwelt & Aktiv* um den NPD-Funktionär Christoph Hofer anzuschließen scheint (vgl. Stapper 2020), lassen sich unterschiedliche Schwerpunkte erkennen: Das vom Midgard e.V. herausgegebene Magazin *Umwelt & Aktiv* griff nicht nur stilistisch germanische und nordische Mythen auf, sondern präsentierte auch inhaltlich ökologisch-esoterische Positionen, die von deutlichem Antisemitismus, Rassismus und Neonazismus geprägt waren (vgl. Sona 2017). *Die Kehre* hingegen bemüht sich trotz völkisch-ökologischer Ausrichtung um ein modernes Design und breiteres Identifikationsangebot, indem über ein romantisiertes anti-urbanes Weltbild hinaus einer „autoritäre[n] Identifikation mit der deutschen Nationalökonomie“ (Thümmler 2020: 30) Raum gegeben wird. Auch wenn vor dem Hintergrund der beteiligten Akteur\*innen völkisch-antikapitalistische und globalisierungsfeindliche Positionen dominieren – zum Beispiel durch die von Beileites vertretene Technik- und Industrie Feindlichkeit oder Eichbergers Ethnopluralismus (vgl. ebd.) –, werden beispielsweise durch das Interview mit Gauland ebenfalls national-liberale Wirtschaftsinteressen unter Berücksichtigung globaler Wettbewerbsfähigkeit aufgegriffen. Mit Werbung für die Bücher von Faye und Onfray werden gelegentlich sogar neuheidnische und antireligiöse Strömungen adressiert. Das macht *Die Kehre* zu „eine[r] rechtsökologische[n] Zeitschrift, in der [nicht nur] für verschiedenste Teile der sogenannten ‚Mosaikrechten‘ etwas dabei ist“ (ebd.), sondern mit der in Zeiten zunehmenden ökologischen Bewusstseins auch ein breiteres zivilgesellschaftliches Publikum angesprochen werden soll.

## QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS

- AfD Watch Bremen (2021): Jonas Schick | ehem. JA | IB Kader. <https://afdwatchbremen.com/jonas-schick-ja/> (03.05.2021).
- Antifaschistische Recherche Graz (2016a): Schönaugasse 102a/Tür 2: Zentrum der rechtsextremen „Identitären“ in Graz. <https://recherchegraz.noblogs.org/post/2016/09/11/hackherzentrum/> (10.05.2021).
- Antifaschistische Recherche Graz (2016b): Heinrich Sickl – Vom Neonazi zum Vermieter des „Identitären“ Zentrums in Graz. <https://recherchegraz.noblogs.org/post/2016/10/15/heinrich-sickl/> (10.05.2021).
- Antifaschistische Recherche Graz (2017): „Zurüstung zum Bürgerkrieg“? – Die Militarisierung der ‚Identitären‘. <https://recherchegraz.noblogs.org/post/2017/04/01/ge-waltbereitschaft-der-identitaeren/> (16.05.2021).
- Brinker, Trude & Dittrich, Miro (2016): NGO der „neuen“ Rechten. „Ein Prozent für unser Land“. <https://www.bell-tower.news/ein-prozent-fuer-unser-land-ngo-der-neuen-rechten-42110/> (06.05.2021)

88 der u.a. die Seminarreihe „Sturm auf Europa“ mit Gästen wie Erik Lehnert und Felix Menzel vom IfS, IB-Kader Martin Sellner und Ein-Prozent-Vorstand Philip Stein veranstaltet (vgl. Antifaschistische Recherche Graz 2016b)

89 die restlichen 12,39% fallen dem FAV Salzburg zu (vgl. FirmenABC 2021b)

90 und damit einer vermeintlich „aktuell stattfindenden Verengung der Ökologie auf den ‚Klimaschutz““ (Die Kehre 2021c) entgegenwirkenden

91 bzw. dem, was sich unter dem Anfang einer europäischen Geschichte vorgestellt wird



- Deutschlandfunk Kultur (2017): Rolf Peter Sieferle und sein „Finis Germania“. Eine „fahrlässige und hysterische“ Debatte. [https://www.deutschlandfunkkultur.de/rolf-peter-sieferle-und-sein-finis-germania-eine.2162.de.html?dram:article\\_id=389507](https://www.deutschlandfunkkultur.de/rolf-peter-sieferle-und-sein-finis-germania-eine.2162.de.html?dram:article_id=389507) (10.05.2021).
- Deutschlandfunk Kultur (2018): Michel Onfray: „Niedergang“. (Mal wieder) Untergang des Abendlandes. [https://www.deutschlandfunkkultur.de/michel-onfray-niedergang-mal-wieder-untergang-des.1270.de.html?dram:article\\_id=420982](https://www.deutschlandfunkkultur.de/michel-onfray-niedergang-mal-wieder-untergang-des.1270.de.html?dram:article_id=420982) (26.05.2021).
- Die Kehre (2020): Autoren, in: Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz 4, S. 3.
- Die Kehre (2021): Autoren, in: Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz 5, S. 3.
- Die Kehre (2021a): Abonnement – Die Kehre (4 Einzelhefte). <https://die-kehre.de/product/abonnement-die-kehre-4-einzelhefte/> (26.04.2021).
- Die Kehre (2021b): Öko-Fundgrube (1) – Grünes Irland, CO<sub>2</sub>-Ablasshandel, Bauern hier und dort. <https://die-kehre.de/2020/12/10/oeko-fundgrube-1/> (03.05.2021).
- Die Kehre (2021c): Konzept. <https://die-kehre.de/konzept/> (21.05.2021).
- Eichberger, Hagen (2020): „Gegen den Ausverkauf der Heimat“ – bioregionale Identität wider das Verschwinden des Ortes, in: Die Kehre – Zeitschrift für Naturschutz 4, S. 14-21.
- Ein Prozent e.V. (2021): Material. <https://www.einprozent-versand.de/> (17.05.2021).
- FirmenABC (2021a): Freiheitlicher Akademikerverband Steiermark, Graz. [https://www.firmenabc.at/freiheitlicher-akademikerverband-steiermark-graz\\_Game](https://www.firmenabc.at/freiheitlicher-akademikerverband-steiermark-graz_Game) (10.05.2021).
- FirmenABC (2021b): Freilich Medien GmbH. [https://www.firmenabc.at/freilich-medien-gmbh\\_ECJ](https://www.firmenabc.at/freilich-medien-gmbh_ECJ) (10.05.2021).
- Geden, Oliver (1996): Rechte Ökologie. Umweltschutz zwischen Emanzipation und Faschismus. Berlin: Elefanten Press.
- von Hammerstein, Konstantin (2018): In Ostdeutschland. Warum ehemalige Bürgerrechtler jetzt mit den Rechten sympathisieren. <https://www.spiegel.de/spiegel/warum-ddr-buergerrechtler-sich-bei-der-afd-engagieren-a-1186288.html> (14.05.2021).
- Institut für Staatspolitik [IfS] (2020): Das war die 21. Sommerakademie des IfS. <https://staatspolitik.de/das-war-die-21-sommerakademie-des-ifs/> (03.05.2021).
- Invernizzi, Friederike (2019): Nietzsche. Ein Meer aus Widersprüchen. <https://www.forschung-und-lehre.de/zeitfragen/ein-meer-aus-widerspruechen-2194/> (10.05.2021).
- Jungeuropa Verlag (2021): Home. <https://www.jungeuropa.de/> (17.05.2021).
- Kaiser, Benedikt (2019): Guillaume Faye ist verstorben – ein Nachruf. <https://sezession.de/60561/guillaume-faye-ist-verstorben-ein-nachruf> (10.05.2021).
- Loco Verlag (2021): Home. <http://www.loco-verlag.ch/index.html> (26.05.2021).
- Manuscriptum (2021): Der kommende Epochenwechsel. Das Gesamtwerk von Rolf Peter Sieferle. <https://www.manuscriptum.de/gesamtwerk-sieferle> (10.05.2021).
- Sezession (2021): Jonas Schick. <https://sezession.de/author/jonas-schick> (03.05.2021).
- Sona, Zoe (2017): Das ist auch öko. <https://taz.de/Kolumne-Right-Trash/!5384789/> (26.04.2021).
- Spotify (2021): Sender Oikos | Podcast on Spotify. <https://open.spotify.com/episode/6caoVP7m5Wm4bQvQ8Q7Mf5> (03.05.2021).
- Stapper, Jonas (2020): „Die Kehre“. Neuauflage für Naturschutz von rechts. <https://www.belltower.news/die-kehre-neuauflage-fuer-naturschutz-von-rechts-99757/> (06.05.2021).
- Stoppt die Rechten (2019): Die Kameraden von der „Tigurina“. <https://www.stopptdierechten.at/2019/04/26/die-kameraden-von-der-tigurina/> (10.05.2021).
- Thümmler, Tom (2020): Zwischen Naturfetischismus und ökonomischem Konformismus. Die rechte Ökologie in der Zeitschrift „Die Kehre“, in: DISS-Journal 40, S. 28-31.
- Tornau, Joachim F. & Meyer, Carsten (2009): Neonazis-Überfall in Nordhessen. Rechte Schläger erneut vor Gericht. <https://www.fr.de/rhein-main/rechte-schlaeger-erneut-gericht-11484642.html> (10.05.2021).

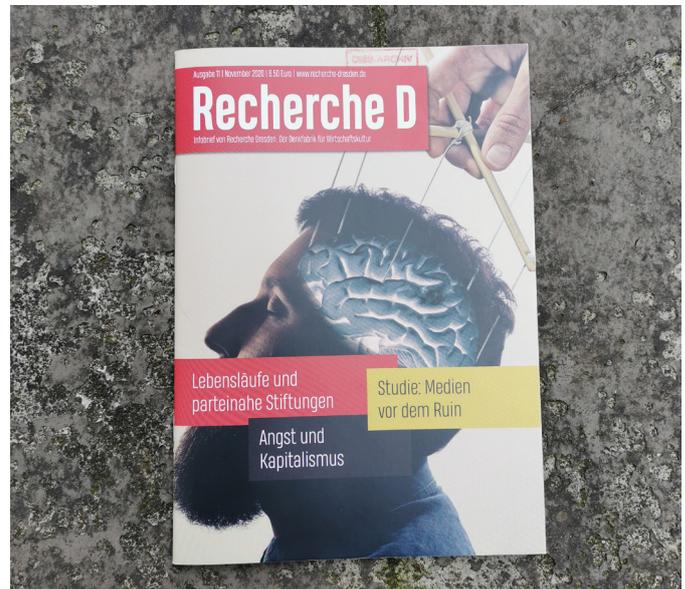
## Porträt Recherche D

Von Fynn Bitz, Karina Korneli, Helmut Kellershohn

Die Zeitschrift *Recherche D* erschien erstmals 2018 als *Infobrief der Denkfabrik für Wirtschaftskultur, Recherche Dresden*. Sie war als Vierteljahressheft konzipiert und wurde 2021 vorerst eingestellt. Herausgeber war der Verein Journalismus und Wissenschaft Chemnitz e.V., der 2009 als Verein Journalismus und Jugendkultur Chemnitz e.V. gegründet worden war.

Hauptverantwortlicher für das Infoblatt, die Denkfabrik und den Verein ist Felix Menzel (Jg. 1985), der von 2005 bis 2010 Medien- und Kommunikationswissenschaften, Politik und BWL (mit Vertiefung auf Marketing und Handel) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg studierte. Neben seinen Beziehungen in bündische Kreise (z. B. den Freibund) und Burschenschaften (bis 2007 war er Vorsitzender im Allgemeinen Pennäler Ring) rief er bereits 2004 gemeinsam mit Mitschülern die (extrem) rechte Jugendzeitschrift *Blaue Narzisse* ins Leben. Die Zeitschrift war für ganz Chemnitz gedacht, wurde aber an vier Gymnasien verboten, woraufhin ein Internetauftritt eingerichtet wurde (vgl. Wachsam in Chemnitz 2020). Seit 2010 erscheint die *Blaue Narzisse* nur noch online. Des Weiteren ist Menzel als Autor für die *Junge Freiheit* (erstmalig 2003), die *Preußische Allgemeine Zeitung*, das Magazin *COMPACT* und die *Sezession*, die Zeitschrift des Instituts für Staatspolitik (IfS), tätig; ebenso wie für zwei in Österreich beheimatete Zeitschriften, *Der Eckart* und die *Neue Ordnung* (vgl. Teidelbaum 2019, 160). Zusammen mit Götz Kubitschek beteiligte er sich führend an der *Konservativ-Subversiven Aktion* (KSA), die mit gezielten Provokationen und Regelverstößen öffentliche Aufmerksamkeit erregen wollte (vgl. Scholz 2009; Kellershohn 2010). In einem Video zu einer Aktion in Chemnitz erklärte Menzel deren Intention: „Wir kämpfen weiterhin für eine Normalität des rechten Denkens“ (vgl. Wachsam in Chemnitz 2020). In den internen Auseinandersetzungen des IfS, die 2013/14 zur Spaltung des Instituts führten, erwies er sich als ‚Gefolgsmann‘ Kubitscheks, dessen Volten er stets mitgetragen hat (Identitäre Bewegung, CasaPound, Zwischentag).

Außerdem war Menzel am Aufbau der Webseite *deutscheopfer.de* beteiligt. Diese wurde als Datenbank für straffällig gewordene Personen aus Familien mit Migrationsgeschichte geführt, „so sollte der Eindruck einer Bedrohung der herkunftsdeutschen Bevölkerung von ethnischen Auseinandersetzungen vermittelt werden“ (vgl. Teidelbaum 2019, 161). Besucht man diese Webseite heute, so findet sich dort nur in roter Schrift der Buchtitel „Deutsche Opfer, fremde Täter“ mit dem Untertitel „Ausländergewalt in Deutschland“.<sup>92</sup>



### GESTALTUNG, FINANZIERUNG & EINSTELLUNG DER ZEITSCHRIFT

Nach längeren Vorarbeiten erschien die erste Ausgabe von *Recherche D* im Mai 2018. Jedes Heft umfasst ungefähr 50 Seiten und ist mit vielen Farbbildern geschmückt. Diese vermitteln auf der einen Seite einen Eindruck von Hochwertigkeit, wirken auf der anderen Seite aber oft so, als seien sie in erster Linie Hilfsmittel, um die versprochene Seitenanzahl zu erreichen. Dem soll wohl auch das sowohl in der Zeitschrift als auch auf ihrer Internetseite formulierte Angebot an die Leser\*innen dienen, sich an dem Projekt zu beteiligen und nach Absprache Artikel für die *Recherche D* zu schreiben.

Jede Ausgabe wird auf der Umschlaginnenseite mit einem markanten Zitat, zumeist aus Büchern oder Artikeln, eröffnet, das in lockerem Zusammenhang mit dem Heftinhalt steht, gefolgt von einem Vorwort („Beginn“) Menzels und dem Inhaltsverzeichnis. Die Artikel sind nach einem gleichbleibenden Aufbau angeordnet, der dreigeteilt mit den Kategorien „Nation“, „Fundament“ und „Betrieb“ gegliedert wird.<sup>93</sup> Jedes Heft schließt mit Literaturhinweisen und einer FAQ, die in Kurzform das politische Anliegen der Recherche Dresden beschreibt.

Vereinzel findet sich Werbung in den Heften, zumeist für politisch nahestehende Organisationen wie die AfD oder Verlage, auf deren Bücher in der Regel in den sie betreffenden Artikeln

<sup>92</sup> Es handelt sich um den Titel eines Buches von Götz Kubitschek und Michael Paulwitz, das 2011 im Verlag Antaios erschienen ist.

<sup>93</sup> Abweichend davon werden in Heft 7, das hauptsächlich dem Thema „Ökologie und Ökonomie“ gewidmet ist, die Kategorien „Klima“, „Konsum“ und „Politik“ als Unterteilungsmarker verwendet.



eingegangen wird. Finanziert wurde die Zeitschrift vermutlich über den herausgebenden Verein Journalismus und Wissenschaft Chemnitz e.V.,<sup>94</sup> von dem es in den besagten FAQ heißt, er Sorge „für die finanzielle Grundausstattung unserer Denkfabrik“. Zugleich wird darauf hingewiesen, dass die Denkfabrik „auf Spenden angewiesen“ sei. Das Abonnement der Zeitschrift betrug 26 Euro pro Jahr, das Einzelheft kostete 6,50 Euro. Weitere Finanzierungsquellen der Zeitschrift sind nicht bekannt.

Nach nur zwölf Ausgaben wurde Recherche D wegen personeller Ressourcen-knappheit eingestellt, wie aus der Begründung für die (vorläufige?) Einstellung des Projekts im Februar 2021 hervorgeht: „Wir haben im Februar unser Wirtschaftsmagazin Recherche D vorerst eingestellt und zur Begründung gesagt, es sei jetzt an der Zeit, dickere Bretter zu bohren. Was heißt das? Wir arbeiten seit Jahresanfang an einer umfangreichen Studie zur Angstgesellschaft.“<sup>95</sup> Im letzten Heft heißt es im Editorial (12/2021, 3) mit Blick auf die Tätigkeit des herausgebenden Vereins: „[...] arbeiten wir nicht mehr nur eigeninitiativ, sondern auch für viele externe Auftraggeber. Aufgrund begrenzter personeller Ressourcen stellt uns dies vor eine schwere Entscheidung. Wir müssen Prioritäten setzen. [...] Wir wollen uns [...] auf unsere wissenschaftliche Tätigkeit und die Vorträge bzw. Seminare konzentrieren“

## INHALTLICHE AUSRICHTUNG

Felix Menzel und seine Kolleg\*innen sehen sich selbst als patriotisch-konservative Denkfabrik, welche sich der Thematik Wirtschaft widmet (vgl. Recherche D FAQ) und in dieser Hinsicht als „Ideenlabor“ für die „Gruppe der produktiven, patriotischen Kräfte“ (H. 1/2018, 3) versteht. Der Begriff „Wirtschaftskultur“ im Titel der Zeitschrift bezieht sich auf Werner Sombarts „verstehende Nationalökonomie“ (vgl. Sombart 1930/2003). Sombart, einer der führenden Ökonomen mit Nähe zur „Konservativen Revolution“, sieht die Nationalökonomie einerseits als „ordnende“ Wissenschaft (z.B. Neoklassik), die dem naturwissenschaftlichen Erkenntnisideal folgt, allerdings in der Erfassung ihres Erkenntnisobjekts nur begrenzt gültige Aussagen treffen kann; andererseits präferiert er die Nationalökonomie als „verstehende“ Wissenschaft, rückt sie damit in den Kreis der Kultur- oder Geisteswissenschaften und richtet das Hauptaugenmerk auf übergeordnete kulturelle Zusammenhänge, in die die Wirtschaft eingebettet ist (vgl. Ebner 2009). Dem folgend, allerdings in typisch nationalistischer Verengung,<sup>96</sup> sieht Men-

zel die Wirtschaft als Teil der jeweiligen nationalen Kultur und ihrer Geschichte. In den FAQ heißt es plakativ: „Die politischen und medialen Eliten unseres Landes glauben, wir müßten uns alle nach einem globalen Einheitsmodell richten. Das halten wir für falsch. Deutschland fährt mit der im Kaiserreich etablierten diversifizierten Qualitätsproduktion sehr gut.“ Die Verbindung zum Kaiserreich wird von Menzel häufig hergestellt und zugleich mit einer antidemokratischen Tendenz versehen: „Das Kaiserreich von 1871 war um ein Vielfaches agiler als unsere heutige Gesellschaft. Die Demokratie hat vielmehr ein bürokratisches System entstehen lassen, das Eigeninitiativen genauso erstickt wie Großprojekte“ (H. 4/2019, 3).

Mit Recherche D sollten „Denkanstöße für die wirtschaftliche Weiterentwicklung Deutschlands“ gegeben werden. Man wolle nach eigenem Bekunden „ökologischer als die Grünen sein, sozialer als die SPD, konservativer als die CDU, freiheitlicher als die FDP und alternativer als die AfD“ (H. 1/2018, 3) sein. Komprimiert lässt sich die sozial- und wirtschaftspolitische Position der Denkfabrik bzw. von Recherche D an der „Agenda 2030“ ablesen, die als ‚work in progress‘ in drei fortlaufend erweiterten Versionen in der Zeitschrift abgedruckt wurde.<sup>97</sup> Den ideologischen Hintergrund bildet ein völkischer Neoliberalismus, eine Art Synthese von völkischen und speziell ordoliberalen sowie autoritär-staatlichen Vorstellungen.

Ergänzt wird dieses Ideenkonglomerat um das regionalistische Konzept einer „nachbarschaftlichen Marktwirtschaft“.<sup>98</sup> Dieses sei als Gegenpol zur ökonomischen Globalisierung gedacht, wonach es angebracht sei, sich stärker auf lokale und regionale Wirtschaftskreisläufe zu konzentrieren. Laut Menzel könne auf globaler Ebene nichts geregelt, gesteuert oder gar verhindert werden. Dies sei nur auf regionaler Ebene möglich (vgl. Teidelbaum 2019, 165). „Dieser ‚Regionalismus von rechts‘ zielt auf die Sympathien der einheimischen Bevölkerung ab. Er ist sicher auch eine Reaktion auf die aus völkischer Sicht wahrgenommene ›Überfremdung‹ der größeren Städte und bestimmter Regionen“ (ebd.). Diese vermeintliche Überfremdung einer ‚deutschen Kultur‘ und die damit verbundene Störung der ‚deutschen Wirtschaft‘ wird nicht zuletzt auf die Migrations- und Asylpolitik der Bundesregierung in den letzten Jahren zurückgeführt. In einer Broschüre des IfS erklärt Menzel beispielsweise, dass mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz nicht auf einen Fachkräftemangel reagiert werde, sondern „neben dem Codewort ‚Asyl‘ eine weitere Möglichkeit der unkontrollierten Masseneinwanderung“ (Menzel 2018a, 6) entstehe. Mit einer eigens in Sachsen

94 Der Verein wird laut FAQ von einem Förderverein unterstützt, in dem man „bereits ab 2,50 Euro/Monat“ Mitglied werden könne.

95 E-Mail Menzels vom 15.04.2021. – Es ist sicherlich kein Zufall, dass das Thema „Angstgesellschaft“ auch in dem jüngst erschienenen Heft der Sezession (102/2021) schwerpunktmäßig abgehandelt wird.

96 Vor nationalistischen (und antisemitischen) Verengungen war allerdings auch Sombart nicht gefeit (vgl. Sombart 1915 und 1934).

97 Vgl. H. 4/2019, 6-11 (20 Forderungen); H. 8/2020, 32-38 (34 Forderungen); H. 12/2021, 32-45 (48 Forderungen).

98 Der Nachbarschaftsbegriff spielte in den 1920er Jahren eine wichtige Rolle im Jungdeutschen Orden. Vgl. dazu das 1927 erschienene „Jungdeutsche Manifest“ von Arthur Mahraun. Kurzfristig wurde das Konzept in der Nachkriegszeit wiederbelebt (vgl. Althaus 2000). Felix Menzel bezieht sich in einem Grundsatzartikel im ersten Heft der Recherche D zwar positiv auf die „Stärkung des nachbarschaftlichen Prinzips“ als „Gegengewicht zur Globalisierung“ (Menzel 2018b, 10), betont aber mit Blick auf Mahrauns „politische Nachbarschaften“ die „Grenzen der Gemeinschaft“ und warnt vor einer Idealisierung der Vergangenheit (ebd., 9).

durchgeführten und nicht repräsentativen Stichprobe versucht er zu untermauern, dass ein Fachkräftemangel im Sinne einer Störung betrieblicher Strukturen und Abläufe nicht existiere. Stattdessen werden Arbeitsmigration und die Gewährleistung von Schutz für asylsuchende Menschen als Instrumente einer globalisierten Wirtschaftselite dargestellt, welche sich nicht mehr „mit Deutschland verbunden fühlt“ (ebd., 8) und nur auf Kosten der Bevölkerung ein unendliches Wachstum fördern wolle (vgl. ebd., 20). In diesem Zusammenhang stellt Menzel Bezüge zu Sombarts Nationalökonomie-Verständnis her (vgl. ebd., 11f.), um eine völkisch motivierte Einwanderungs- und Bevölkerungspolitik zu begründen.

## LITERATURVERZEICHNIS

- Althaus, Claudia (2000): Nachbarschaftsbewegung und direkte Demokratie in den frühen 50er Jahren, in: Geschichte im Westen Jg. 15 (2000), 95-114.
- Ebner, Alexander (2009): Wirtschaftskulturforschung: Ein sozialökonomisches Forschungsprogramm, in: Caspari, Volker (Hg.): Theorie und Geschichte der Wirtschaft. Festschrift für Bertram Schefold, Marburg, 121-146.
- Kellershohn, Helmut (2010): Provokationselite von rechts. Die Konservativ-subversive Aktion, in: Wamper, Regina/Kellershohn, Helmut/Dietzsch, Martin (Hg.): Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen, Münster, 224-240.
- Mahraun, Artur (1927): Das Jungdeutsche Manifest. Volk gegen Kaste und Geld. Sicherung des Friedens durch Neubau der Staaten, Berlin.
- Menzel, Felix (2018a): Fachkräftesicherung ohne Masseneinwanderung. Eine politische Anleitung (= Wissenschaftliche Reihe, Heft 27), hrsg. vom Institut für Staatspolitik, Schnellroda/Steigra.
- Menzel, Felix (2018b): Vom Globalkapitalismus zur nachbarschaftlichen Marktwirtschaft, in: Recherche D, Heft 1, 6-10.
- Scholz, Robert (2009): 4. Konservativ-subversive Aktion: Kubitschek und Menzel verhaftet. Online unter <https://www.endstation-rechts.de/news/4-konservativ-subversive-aktion-kubitschek-und-menzel-verhaftet.html> (Abruf: 04.06.2021).
- Sombart, Werner (1915): Händler und Helden. Patriotische Besinnungen, München/Leipzig.
- Sombart, Werner (1930/2003): Die drei Nationalökonomien. Geschichte und System der Lehre von der Wirtschaft, unveränderter ND der 2. unveränderten Aufl. von 1967, Berlin.
- Sombart, Werner (1934): Deutscher Sozialismus, Berlin-Charlottenburg.
- Teidelbaum, Lucius (2019): Die „Denkfabrik für Wirtschaftskultur“: Think national, act local, in: Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem »Antikapitalismus«. Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten. Münster, 159-172.
- Wachsam in Chemnitz (2020): Die Blaue Narzisse. Online unter: <http://wachsam-in-chemnitz.de/rechte-strukturen-in-chemnitz/die-neue-rechte/die-blaue-narzisse/100> (Abruf: 04.06.2021).



# Porträt „ZUERST!“

Von Johanna Bongers

## PRIMÄRDATEN

Die Monatszeitschrift „ZUERST!“ wird seit Januar 2010 von der „Lesen & Schenken Verlagsauslieferung und Versandgesellschaft mbH“, der Verlagsgruppe<sup>101</sup> von Dietmar Munier, herausgegeben (Vieregge 2013, S. 211). Das „deutsche[s] Nachrichtenmagazin“ erscheint elfmal jährlich im Format DIN A4 und in Farbe, mit einem Umfang von 84 Seiten. Der Preis der Zeitschrift liegt bei 6,50 Euro (Einzelheft), sie ist im Abonnement sowie im allgemeinen Zeitschriftenhandel erhältlich. Nach eigenen Angaben erscheint ZUERST! mit einer Auflage von 18.000 Exemplaren (Verlag Deutsches Nachrichtenmagazin ZUERST! 2017). ZUERST! hat eine eigene Website, auf der kurze Meldungen veröffentlicht werden sowie aggressiv für ein Abonnement der Zeitschrift geworben wird<sup>102</sup>. Es wird außerdem ein aktiver Facebook- und Twitteraccount betrieben, auf denen vor allem die Meldungen auf der Webseite verlinkt werden<sup>103</sup>.

Nach Vieregge (2013, 213f.) ist die große Mehrheit der Autoren namentlich nicht durch rechtsextreme Aktivitäten bekannt geworden und damit relativ unauffällig.<sup>104</sup> Zu den wenigen bekannten Gesichtern gehörte bis Ende 2014 der Mitherausgeber der Nation & Europa (N&E)<sup>105</sup> Harald Neubauer, der eine regelmäßige Kolumne hatte (Metzger 2018). Der hinter dem Projekt stehende Verleger Dietmar Munier ist aufgrund seiner jahrzehntelangen Tätigkeit in der rechtsextremen Publizistik bekannt, weshalb ZUERST! in der öffentlichen Berichterstattung schnell als rechtes Projekt identifiziert wurde.

Der Chefredakteur Manuel Ochsenreiter hat zeitweise als Redakteur für die Junge Freiheit gearbeitet und war Chefredakteur der Deutschen Militär Zeitschrift (DMZ), die ebenfalls bei der „Lesen und Schenken GmbH“ erscheint. In der ZUERST! inszeniert er sich unter anderem in Interviews und schreibt das Editorial. Wichtig zu erwähnen sind außerdem Ochsenreiters Arbeit für den ehemaligen Chef der Jungen Alternative und jetzigen Bundestagsabgeordneten Markus Frohnmaier. Frohnmaier und Ochsenreiter reisten gemeinsam in die Separatistengebiete in der Ostukraine und auf die von Russland annektierte Krim. Sie gründeten 2016 das „Deutsche Zentrum für Eurasische Studien“, das mutmaßlich als deutscher Stützpunkt für



die Organisation von Wahlbeobachtungen im Sinne Russlands dienen sollte (Teidelbaum 2019). Die Aktivität des „Zentrums“ scheint inzwischen eingestellt worden zu sein. Gegen Ochsenreiter wird in Polen wegen des Verdachts der Beteiligung an einem Brandanschlag in der Ukraine ermittelt (Mueller-Töwe und Wienand 2019). Von der Arbeit für die AfD-Bundestagsfraktion wurde er freigestellt. Gleichwohl zeichnet sich die ZUERST! durch eine starke Nähe zur AfD aus. Regelmäßig gibt es in der Zeitschrift Interviews mit ParteivertreterInnen. Seit 2014 ist ein Wandel bei der ZUERST! hin zu einer extrem rechten, antiwestlichen und pro-russischen Zeitschrift zu beobachten, der vor allem durch Ochsenreiter und dessen Nähe zu Russland maßgeblich geprägt wurde. Zu dem bekannten antiwestlichen Neofaschisten und Gründer der Neoeurasischen Partei Alexander Dugin unterhält Ochsenreiter nachweislich einen persönlichen Kontakt (Laruelle und Rivera 2019, S. 23).

## WERBEEINNAHMEN

Für das CoRE-Forschungsprojekt wurden die Ausgaben von Januar 2016 bis Dezember 2019 analysiert. Abbildung 3 zeigt, aus welchen Quellen die Zeitschrift in diesem Zeitraum vermutlich Werbeeinnahmen generieren konnte. Die Beträge wurden

101 Zum Unternehmen gehören die sechs Buchverlage: „BONUS-Verlag“, „ARNDT-Verlag“, „Orion-Heimreiter-Verlag“, „Pour le Mérite-Verlag“, „Landwehr-Verlag“, „Edition Zeitgeschichte“, sowie die Tonträger Produktion „Excelsior“, der „Verlag Deutsche Militärzeitschrift“ und der „Verlag Deutsches Nachrichtenmagazin ZUERST!“

102 <https://zuerst.de/>

103 <https://www.facebook.com/ZUERST.Magazin>; [https://twitter.com/zuerst\\_magazin](https://twitter.com/zuerst_magazin)

104 Möglicherweise handelt es sich bei dem einen oder anderen Autorennamen um ein Pseudonym.

105 Nation & Europa war eine Monatszeitschrift, die von 1951 bis November 2009 erschien und lange Zeit als eines der wichtigsten rechtsextremen Organe galt. (Vieregge 2013, 211).

anhand der seit 2017 geltenden Anzeigenpreisliste kalkuliert (Verlag Deutsches Nachrichtenmagazin ZUERST! 2017). Eventuelle Rabatte oder Austauschvereinbarungen konnten bei der Berechnung nicht berücksichtigt werden. Über den gesamten Zeitraum hinweg hat demnach die österreichische Wochenzeitung *zurZeit* Anzeigen im Wert von mehr als 60.000 Euro und ca. 15.000 Euro pro Jahr in der ZUERST! geschaltet. Bis Ende 2018 hat der Aula-Verlag, der die gleichnamige Zeitschrift herausgab, ähnlich hohe Aufträge vergeben. Es handelt sich um die zwei Anzeigenkunden, die die ZUERST! am kontinuierlichsten unterstützen bzw. unterstützt haben. Beides sind österreichische Medien, die dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind. Die *zurZeit* erhält in Österreich Presseförderung und finanziert sich teilweise durch Anzeigeninserate der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). Auch die Aula erhielt finanzielle Unterstützung durch die FPÖ (DÖW 2017; Paulitsch 2019). Auf indirekte Weise bekommt also auch die ZUERST! Geld durch die österreichische Presseförderung sowie die FPÖ. Ende 2016 bis Ende 2017 war zudem der Ares-Verlag, ebenfalls ein österreichisches Organ der rechtsextremen Publizistik, mit Anzeigen in Wert von über 30.000 Euro ein aktiver Sponsor der Monatszeitschrift.

Die restlichen Werbekunden haben, meist nur über einen gewissen Zeitraum, kleinere Beträge für Werbung in der ZUERST! ausgegeben. Interessant sind hier vor allem die verschiedenen Anzeigen, die in 2016 und 2017 von AfD-Fraktionen und Politikern aufgegeben wurden. Von dieser Seite wurde zum Teil aktiv Wahlwerbung betrieben, aber auch nach Mitarbeitern für die Fraktionen gesucht. Dies verwundert nicht, da sich die Zeitschrift, wie bereits beschrieben, selbst als Sprachrohr der Partei inszeniert (Metzger 2018). Vieregge (2013, 214f.) stellte resümierend fest, dass in der ZUERST! wenig Werbung zu finden sei. Werbebotschaften von Fremdfirmen, so Vieregge, waren in den Anfängen der Zeitschrift vor allem von kleineren rechten deutschen und österreichischen Verlagen sowie Buchvertriebsdiensten geprägt. Diesen Eindruck bestätigt die vorliegende Analyse größtenteils. Durch die Werbeanalyse wird außerdem die Nähe der Zeitschrift zur AfD deutlich.

## SONSTIGE FINANZIERUNGSQUELLEN

In der ZUERST! wird stets für Produkte aus dem Verlagsimperium von Dietmar Munier geworben, sehr viel mehr als für Fremdfirmen. Demnach kann davon ausgegangen werden, dass sich die Zeitschrift zu einem großen Teil durch den Buchversand finanziert. Dieser Eindruck wird noch gesteigert durch die Tatsache, dass die Werbung meist passend zur Berichterstattung (oder auch umgekehrt) gewählt wird. Demnach ist der Umsatz der Zeitschrift für Munier vermutlich nicht die größte Priorität, denn sie ist vor allem Werbeträger für seine sonstigen Projekte (Vieregge 2013, S. 215). Betrachtet man die Eigenwerbung genauer, wird auch die prorussische Ausrichtung der Zeitschrift noch einmal deutlich. Bücher, die mit am häufigsten beworben werden, sind die Schriften von Alexander Dugin.

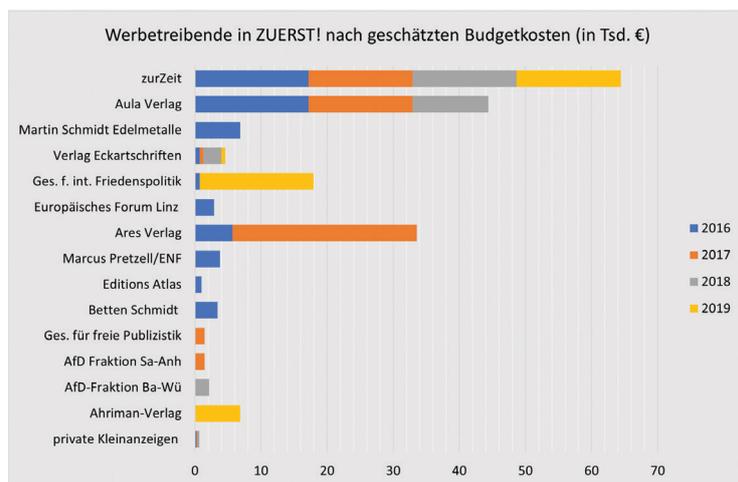


Abbildung 3: Werbetreibende in Zuerst! nach Budgetkosten lt. Anzeigenpreisliste

## LESERSCHAFT

Die ZUERST! kann als Nachfolgeprojekt der 2009 eingestellten Zeitschrift *Nation & Europa* verstanden werden, die der Verleger Munier aufgekauft hatte. Die Zeitschrift pflegt dabei einen relativ gemäßigteren Ton, wobei die etablierten Parteien, sowie der deutsche Mainstream doch grundsätzlich abgelehnt werden. Ähnlich wie N&E wollte die ZUERST! zunächst auch ein spektrenübergreifendes Organ der extremen Rechten sein, wobei auch ‚weniger extreme‘ Konservative angesprochen werden sollten. Dies hat sich vor allem zu Beginn der Zeitschrift gezeigt, als noch der ehemalige Ressortleiter der Tageszeitung *Die Welt* Günther Deschner als Chefredakteur fungierte. Auch der Verkauf über den allgemeinen Zeitschriftenhandel und die optische Gestaltung in Anlehnung an etablierte Nachrichtenmagazine wie *Focus* oder *Der Spiegel* ermöglichen es generell, Leser mit unterschiedlichen politischen Positionen anzusprechen (Vieregge 2013; Metzger 2018). Unter Ochsenreiter als Chefredakteur findet die Zeitschrift nun wahrscheinlich vor allem bei AfD-Anhängern verschiedener Couleur Anklang.

## LITERATURVERZEICHNIS

- DÖW (Hg.) (2017): Die Aula 2017. Gegen „Ostküste“, „Blutsvermischung“ und „parasitäres Großkapital“. Online verfügbar unter <https://www.doew.at/erkennen/rechtsextremismus/rechtsextreme-organisationen/die-aula>.
- Laruelle, Marlene; Rivera, Ellen (2019): Collusion or Homegrown Collaboration? Connections between German Far Right and Russia. Political Capital - Policy Research & Consulting Institute.
- Metzger, Frank (2018): Am Resonanzraum vorbei. #Zuerst! In: *Der Rechte Rand* (172). Online verfügbar unter <https://www.der-rechte-rand.de/archive/3810/magazin-zuerst-afd/>.
- Mueller-Töwe, Jonas; Wienand, Lars (2019): AfD-Netzwerker kämpft für ein russisches Europa. Nach Anschlag unter Verdacht. Online verfügbar unter [https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id\\_85170128/afd-netz-](https://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/id_85170128/afd-netz-)



werker-manuel-ochsenreiter-kaempft-fuer-ein-russisches-europa.html.

- Paulitsch, Lina (2019): Österreichs rechte Medienwelt. Wie EU und die österreichische Regierung Hetzblätter mitfinanzieren. *Arte*. Online verfügbar unter <https://www.arte.tv/de/articles/oesterreichs-rechte-medienwelt>.
- Teidelbaum, Lucius (2019): Der Westen als Feind. #Ochsenreiter. In: *Der Rechte Rand* (177). Online verfügbar

unter <https://www.der-rechte-rand.de/archive/4514/afder-westen-feind/>.

- Verlag Deutsches Nachrichtenmagazin ZUERST! (2017): Preislist. Nr. 5 gültig ab 1. Januar 2017. Selent, zuletzt geprüft am 01.03.2021.
- Vieregge, Elmar (2013): Zeitschriftenporträt: ZUERST! In: Uwe Backes, Alexander Gallus und Eckhard Jesse (Hg.): *Jahrbuch Extremismus & Demokratie (E & D)*: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 211–228.

## Porträt „eigentümlich frei“

Von Andrea Becker

Die Zeitschrift *eigentümlich frei* erscheint 10-mal im Jahr in einer Auflage von 8.200 Exemplaren (Eigenangabe) im Verlag Lichtschlag Medien und Werbung KG<sup>106</sup>. Im Handelsregister ist als dessen Geschäftszweck angegeben: „Die vom Verlag vertriebenen Medien verfolgen den Zweck, radikalfreiheitliche, libertäre Meinungs-Marktplätze für Liberalismus, Anarchismus und Kapitalismus im deutschsprachigen Raum bereitzustellen“. Herausgeber und Chefredakteur der Zeitschrift ist André F. Lichtschlag, die Redaktion<sup>107</sup> bilden Martin Moczarski, Bruno Bandulet, Robert Grözinger, Luis Pazos und David Schah.

Ergänzend zur Printausgabe betreibt der Verlag die Webseite *ef-magazin.de*. Dort werden neben den kostenpflichtig zugänglichen Heftartikeln auch Texte des Portals Achse des Guten gespiegelt, im angeschlossenen Marktplatz werben u.a. die AfD und der Modevertrieb *Lightbeat Capitalist's Fashion*. Darüber hinaus gibt es Social Media Präsenzen auf den Plattformen Facebook, Instagram, Twitter, Telegram, YouTube und BitChute. In der Eigenbeschreibung, mit der das Magazin um Abonnent\*innen wirbt, ist seine programmatische Ausrichtung folgendermaßen formuliert:

*„Wir sind auf dem besten Wege in den totalitären Sozialismus. Ein Symptom ist die politisch gewollte Massenzuwanderung aus Vorderasien und Afrika in den Sozialstaat – der ‚große Austausch‘. Skurrilerweise wird uns dabei täglich ein Gespenst des ‚Neoliberalismus‘ an die Wand gemalt, das allenfalls in den Köpfen der Staatsverdienerklasse existiert. eigentümlich frei steht auf der Seite der libertären Gegenwehr. Gegen die zunehmende Enteignung und Entmündigung. ef zeigt auf, inwiefern Staatsprofiteure und ihre willfähigen Medien den ehrlich arbeitenden Bürgern viel mehr schaden*



*als nutzen. Denn Politik ist nicht die Lösung, sondern das Problem.“* (ef-magazin o.J.)

Neben dem Zeitschriften-Kerngeschäft veranstaltet *eigentümlich frei* einmal im Jahr eine mehrtägige Konferenz im Hotel Baltic auf Usedom, das einer der größten Werbekunden der Printausgabe ist. Diese Konferenzen dienen dem Gedankenaustausch und der Vernetzung von Autor\*innen und Leser\*innen. Im Zuge dieser Treffen werden auch – in Kombination mit einem dreitägigen Jungautoren-Seminar – die von der Zeitschrift ausgelobten *Julius-Faucher-Medaillen für Jungautoren* verliehen<sup>108</sup>. Zwischen 2016 und Anfang 2020 fanden fünf Konferenzen statt:

<sup>106</sup> Komplementär und persönlich haftender Gesellschafter ist André F. Lichtschlag; zudem gibt es laut Wirtschaftsauskunftsdiensten eine Reihe von Kommanditisten mit kleinen Beteiligungen.

<sup>107</sup> mit zusätzlichem Redaktionsbeirat bestehend aus Stefan Blankertz, Hardy Bouillon, Hans-Hermann Hoppe, Guido Hülsmann, Robert Nef und Erich Weede

<sup>108</sup> Der Wettbewerb wird seit 2015 ausgeschrieben, seit 2020 ist er zusätzlich zur Teilnahme am Seminar in Usedom mit einem Preisgeld von 1.000 Euro dotiert. Als Sieger\*innen wurden seitdem ausgewählt: 2015 Dominik Ešegović, 2016 Rafael Hauptmann, 2017 Florian Müller, 2018 Jean Modert, 2019 Arno Stöcker, 2020 Alina Schippel.

- **2016** „Liberale, Konservative, Linke, Rechte, Libertäre, Reaktionäre: Wer mit, wer gegen wen? Die große Richtungsdebatte an der Ostsee“ (Pimpl 2016)
- **2017** „Massenmigration und Parallelgesellschaften“ (Pimpl 2017)
- **2018** 20 Jahre *eigentümlich frei* – Medien im Wandel und Sonderpanel „50 Jahre 1968 – eine Bilanz“ (Lengsfeld 2018)
- **2019** „Postsozialismus: Die ef-Zukunftskonferenz Inklusive Igor-Schafarewitsch-Symposium“ (Pimpl 2019)
- **2020** „30 Jahre friedliche Revolution und Wiedervereinigung“ (Nier 2020)

Viele Vorträge der Kongresse sind über den YouTube-Kanal *eigentümlich frei* abrufbar. Bis zum Sommer 2019 waren die Dokumentationen dieser Veranstaltungen hier nahezu der einzige Content. Seitdem hat der Kanal eine tiefgreifende Veränderung und Modernisierung erfahren. Er strahlt nun eine Vielzahl eigenproduzierter Formate aus. Das Spektrum reicht von verschiedenen Interviewformaten („Dachthekenduet“ „Thekental“), Gesprächs- und kurzen Vortragspodcasts („Herrengedeck“, „Perle des Tages“), diversen Meinungsformaten bis hin zu aufwändig produzierten, als Animationsfilme gestaltete Erklärvideos eines sich *Liberty Academy* nennenden Teams. Das Gesprächsformat „konsequent frei“ der sogenannten *Libertären Jugendbewegung*<sup>109</sup> läuft seit Ende 2019 in einem eigenen Kanal. Gerade die zuletzt genannten Formate zielen offensichtlich auf ein jüngeres Publikum. Die Podcasts „Alternative Nachrichten“, „Perle des Tages“, „Asozial“ und „Herrengedeck“ werden auch über den Streaming-Dienst Spotify ausgestrahlt.

Für die folgende Auswertung wurden die Ausgaben 159 (Januar 2016) bis 200 (März 2020) untersucht. Abbildung 4 zeigt, aus welchen Quellen die Zeitschrift in den vollständig erhobenen Jahren 2016 bis 2019 potenziell Werbeeinnahmen generieren konnte<sup>110</sup>; ob es sich dabei um real getätigte Einnahmen handelt, ist unbekannt. Die Beträge wurden anhand der seit 2014 geltenden Anzeigenpreisliste kalkuliert (Lichtschlag Medien und Werbung KG 2014). Demnach gibt es vier Großsponsoren, deren Werbeanzeigen jährlich zwischen kalkulierten 62.400€ und 65.600€ entsprechen würden: der Kopp-Verlag, der Fonds-Anbieter „Aqualuntum GmbH“ sowie mit dem Finanzdienstleister „Vermögensmanufaktur“ (VM Vermögensmanagement GmbH) und der „Degussa Goldhandel GmbH“ zwei Unternehmen aus dem Imperium August von Fincks. Unter den weiteren 20 Werbetreibenden sind sechs Verlage, fünf Unternehmen der Edelmetall- bzw. Finanzinvestmentsbranche, das ebenfalls dem Finck-Umfeld zuzurechnende Ludwig-von-Mises-Institut, der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft e.V., die AfD und die Anti-Klimaschutz-Organisation EIKE. Damit würden rund 50%

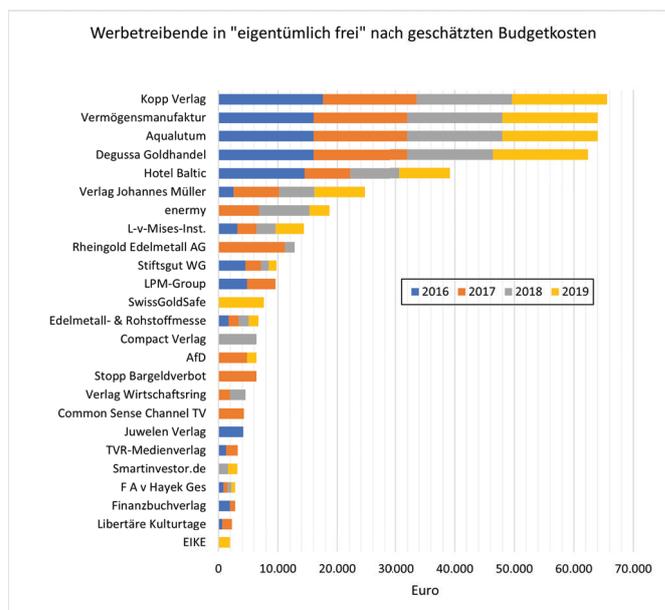


Abbildung 4: Werbung in „eigentümlich frei“

der anhand der Anzeigenpreisliste schätzbaren Werbeeinnahmen von *eigentümlich frei* aus der Geldanlage- und Edelmetallbranche stammen.

## LITERATURVERZEICHNIS

- ef-magazin (Hg.) (o.J.): Meine Unabhängigkeitserklärung. Online verfügbar unter <https://ef-magazin.de/webwarum-ef/>, zuletzt geprüft am 05.07.2021.
- Lengsfeld, Vera (2018): Es gibt sie noch, die unabhängigen Denker! Lachen. Tanzen. Diskutieren. In: *eigentümlich frei* (180), S. 18–31.
- Lichtschlag Medien und Werbung KG (2014): Mediadaten kompakt. Preisliste Nr. 14 gültig ab 01.12.2014. Düsseldorf, zuletzt geprüft am 11.01.2021.
- Nier, Torben (2020): Freiheitsdrang und Widerstand. Konferenz und 200 Hefte ef. In: *eigentümlich frei* (200), S. 26–35.
- Pimpl, Roland (2016): Gesellige Theoretiker an der roten Linie. ef-Liberalismus-Konferenz. In: *eigentümlich frei* (159), S. 10–20.
- Pimpl, Roland (2017): Parallelgesellschaft mit Politik und Piano. ef-Migrations-Konferenz. In: *eigentümlich frei* (170), S. 32–36.
- Pimpl, Roland (2019): Worte, Weisheiten und Whisky. ef-Zukunftskonferenz. In: *eigentümlich frei* (190), S. 16–22.

109 Nicht zu verwechseln mit der *Liberalen Jugendbewegung* (LJB), die über den *Juniorenkreis Publizistik* der Friedrich A. von Hayek Gesellschaft durch Max Mannhart (der unter dem Pseudonym Air Tuerkis auftritt und publiziert), einem Preisträger des ef-Faucher-Preises, aufgebaut werden soll

110 Aus Gründen der Übersichtlichkeit wurden 14 Werbetreibende, die jeweils im Verlauf der vier Jahre nur eine einzelne Anzeige geschaltet hatten (3% der Werbeeinnahmen repräsentierend), aus der grafischen Darstellung ausgeschlossen.



# Der Mittelstands-Diskurs in Medien der Neuen Rechten

Von Laura Schlöter

## I: VORÜBERLEGUNGEN

In den letzten Jahren standen vor allem Rassismus und Sexismus im Blickfeld der öffentlichen Wahrnehmung. Spätestens seit Beginn der Pandemie ist auch *Klassismus* – die Benachteiligung aufgrund der sozialen Klasse – in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Es geht dabei um ökonomische Verhältnisse, die aufgrund von Produktions- und Verteilungsstrukturen durch Ungleichheit gekennzeichnet sind, um den sozialen Status, welcher durch Diskriminierungs-, Stigmatisierungs- und Ausgrenzungspraktiken gefestigt wird sowie um ungleiche (Zugangs-)Rechte und politische Repräsentation. Warum wird beispielsweise der Beruf der Pflege – obwohl ‚systemrelevant‘, wie zuletzt betont wurde – nicht besser bezahlt? Der kurze Moment der Dankbarkeit für die meist weiblichen Personen aus diesen ‚systemrelevanten‘ Berufsgruppen während der Pandemie, hat keinen nachhaltigen Einfluss auf die Bezahlung und die Veränderung des sozialen Status erzeugt. Hier wird deutlich, wie dauerhaft und wirkmächtig Formen der Ungleichheit und Diskriminierung, in diesem Falle bezogen auf Geschlecht und Pflegearbeit,<sup>111</sup> in unserer Gesellschaft verankert sind.

Es gehört zu den grundlegenden Einsichten der Intersektionalitätsforschung (vgl. z.B. Winker/Degele 2010), dass sich die verschiedenen Diskriminierungsmechanismen wie Rassismus, Sexismus, Klassismus etc. überlagern. Christoph Butterwegge verweist jedoch auf ihren einheitlichen Verursachungszusammenhang, wenn er betont, dass die

*„Praktiken der Diskriminierung wegen des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder der ethnischen Herkunft einer bestimmten Personengruppe [...] letzten Endes aus einer bestimmten Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur [erwachsen]. Zwar darf man Phänomene wie Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Antimuslimismus nicht als bloßen ‚Nebenwiderspruch‘ des Kapitalismus abtun, weil es sich dabei um eigenständige, für die Betroffenen existenzielle Probleme handelt. Gleichwohl geht es nicht um individuelle Verfehlungen der (Gewalt-)Täter, sondern um Erscheinungen, die strukturell im Kapitalismus, Kolonialismus und Imperialismus angelegt sind.“* (Butterwegge 2020, 13f.)

Die Analyse von Ungleichheitsverhältnissen und den darin involvierten Diskriminierungspraktiken erfordert, folgt man Butterwegge, die Bezugnahme auf die grundlegenden *gesellschaftlichen Strukturen* mit ihren Herrschafts- und Machtverhältnissen (und damit auf den Kapitalismus), die sich im Han-

deln der Individuen niederschlagen. Anders ausgedrückt: Die Diskriminierungspraxis des Klassismus, das war der Ausgangspunkt, setzt den Begriff der Klasse als einer Strukturkategorie voraus. Daher soll im Folgenden der Begriff der Klasse näher erläutert werden.

## UNGLEICHHEIT UND SOZIALE KLASSEN

Nach Marx und Engels sind Ungleichheitsverhältnisse (z.B. Einkommens- und Vermögensverhältnisse, ungleicher Zugang zu Bildungsinstitutionen) eine kollektive Gegebenheit, welche in der Klassenstruktur der Gesellschaft gründet. Klassen verkörpern die sozioökonomischen Herrschaftsstrukturen einer Gesellschaft (vgl. Butterwegge 2020, 46). Im Kapitalismus stehen die *Hauptklassen* in einer antagonistischen Ausbeutungsbeziehung zueinander. Die Arbeiter\_innenklasse produziert gegen Lohn ein Mehrprodukt (bzw. wertmäßig ausgedrückt einen Mehrwert), das sich die Klasse der Kapitalbesitzer aneignet, weil sie über die Produktionsmittel als ihr Eigentum verfügt. Es sind dies objektive Kriterien, anhand derer entschieden werden kann, welche Stellung eine Person im ökonomischen Prozess hat und welcher Klasse jemand damit angehört. Mit der Klassenzugehörigkeit sind gewisse Interessen und Bedürfnisse verbunden (Klasseninteressen): Kapitalbesitzer streben höhere Gewinne an, Lohnarbeiter\_innen sind daran interessiert, ihre Einkommenssituation zu erhalten bzw. zu verbessern (vgl. Lütten 2021, 212f.). Klassenlagen führen allerdings nicht automatisch zu einer Klassenidentität und gemeinsamen Interessen, welche dann auch politisch umgesetzt werden könnten. Dafür bedarf es einer aktiven Vermittlung beispielsweise durch Gewerkschaften oder Parteien. Ist dies nicht gegeben, spricht man von einer ‚demobilisierten Klasse‘ (vgl. Butterwegge 2020, 52-53). Wirken aber Parteien oder Gewerkschaften als Beschleuniger eines Bewusstseinswandels, so kann aus einer Klasse, die sich zunächst ihrer Ausbeutung und den Ursachen ihrer sozialen Stellung nicht bewusst ist, dennoch eine ‚mobilisierte Klasse‘ werden (vgl. ebd., 53).

Es versteht sich, dass es sich hier um das vielzitierte und vereinfachte Zweiklassen-Modell handelt. Marx hat dieses Modell im *„Kapital“* und in seinen politischen Schriften (z.B. in der Bonapartismus-Analyse) differenziert. Und bereits im *Kommunistischen Manifest* ist die Rede von Zwischenschichten, von denen er später annahm, dass sie mit der stetigen Erweiterung der kapitalistischen Reichtumsproduktion umfangmäßig nicht ab- sondern zunehmen.<sup>112</sup> Um ihre theoretische Erfassung dre-

111 Im Bereich der Pflegetätigkeit sind zudem viele migrantische Arbeitskräfte tätig.

112 So in den Theorien über den Mehrwert, vgl. MEW 26/2, 576; MEW 26/3, 57.

hen sich seit den 1920er Jahren die modernen Klassenanalysen. Thomas Sablowski beispielsweise unterscheidet für die gegenwärtige deutsche Gesellschaft neben den zwei Hauptklassen die mittlere Bourgeoisie, das Kleinbürgertum und die lohnabhängige Mittelklasse. Die einzelnen Klassen bilden jeweils keinen homogenen Block, sondern sind durch verschiedene Fraktionen und durch Spaltungen nach Geschlecht, Hautfarbe und nationaler Herkunft unterteilt (vgl. Sablowski 2020, 520ff.).

Unabhängig davon: Klassentheorie erklärt bestehende Verhältnisse sozialer Ungleichheit, Klassentheorie ist nicht beschreibend, sondern nimmt eine gesellschaftskritische Perspektive ein, nämlich in Hinblick auf die Überwindung der bezeichneten Ausbeutungsstrukturen. Wichtig ist: Bei der Analyse der Klassen in der Klassentheorie wird nach der Stellung im ökonomischen Produktions- und Reproduktionsprozess *horizontal* geordnet. Es handelt sich nicht um ein Rangordnungsverhältnis, sondern die Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft bilden eine antagonistische Einheit. Die modernen Schichtungssoziologien dagegen konstruieren eine Hierarchie und eine soziale Rangordnung mit der Unterscheidung von Unter-, Mittel- und Oberschicht (vgl. Butterwegge 2020, 60), häufig auf der Basis rein statistischer Messgrößen. Doch nur wer in Klassenverhältnissen denkt, wird Armut und sozialen Abstieg als kollektives Schicksal begreifen, welches strukturelle Ursachen hat und nicht auf dem individuellen Versagen von Betroffenen beruht, so Butterwegge (2020, 63f.). Diese Missdeutung von Deklassierungsprozessen verweist auf den Mythos primär individuell zurechenbarer Leistung: Der Glaube, durch harte Arbeit, Fleiß und (Aus-)Bildung könne eine Art von ge-

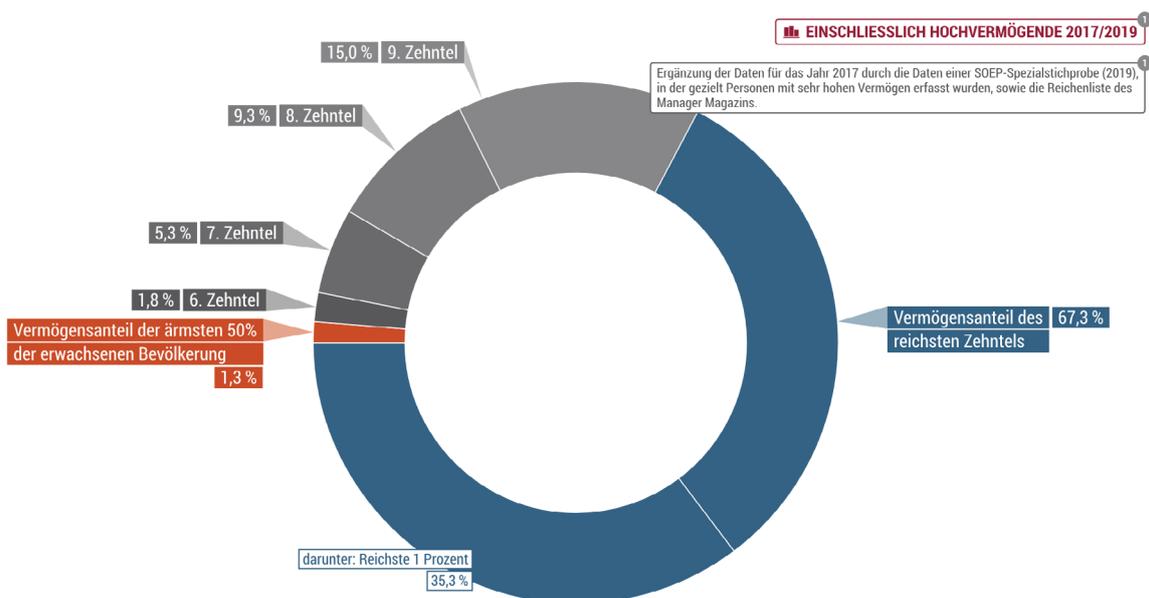
sellschaftlichem Erfolg erreicht werden, und demzufolge der Glaube, wer keinen Erfolg hat, sei selbst schuld, sind zentraler Bestandteil dieses Mythos. Die eigene Leistung, im positiven wie negativen, wird betont und damit der Zusammenhang mit den Strukturen der Klassengesellschaft verschleiert.

ARBEIT UND LEISTUNG

Die Leistungsideologie ist tief verankert in der Kultur- und Mentalitätsgeschichte des Kapitalismus. Bekanntlich analysierte Max Weber Anfang des 20. Jahrhunderts die Entstehung und ideologischen Voraussetzungen des Kapitalismus, von ihm durchaus gedacht als Kontrapunkt zu Marx' Kapitalismustheorie. Er beschreibt den asketischen Charakter der Lebensführung, besonders der Calvinisten, und die protestantische Ethik beginnend mit Luther als entscheidend für die Entstehung des Kapitalismus. Das Leben als Mönch und damit die Abkehr von allem Weltlichen und der Verschwendung von Zeit und Geld wurde in der protestantischen Ethik in die alltägliche Lebenswelt der Gläubigen integriert, welche Beruf nunmehr als Berufung und Fleiß als Gottwohlgefälligkeit deuteten (vgl. Weber 2010, 157f). Um Gottes Gnade zu erhalten, wurde das Leben auf „rastlose Berufsarbeit“ (ebd., 151), systematische Selbstkontrolle (vgl. ebd., 153) und das transzendente Ziel der „Seligkeit“ ausgerichtet, „aber eben deshalb in seinem diesseitigen Verlauf durchweg *rationalisiert* und beherrscht von dem ausschließlichen Gesichtspunkt: Gottes Ruhm auf Erden zu mehren“ (ebd., 155). „Und halten wir nun noch jene Einschnürung der Konsumtion mit dieser Entfesselung des Erwerbstrebens *zusammen*, so ist das äußere Ergebnis naheliegend: *Kapitalbil-*

Vermögensverteilung

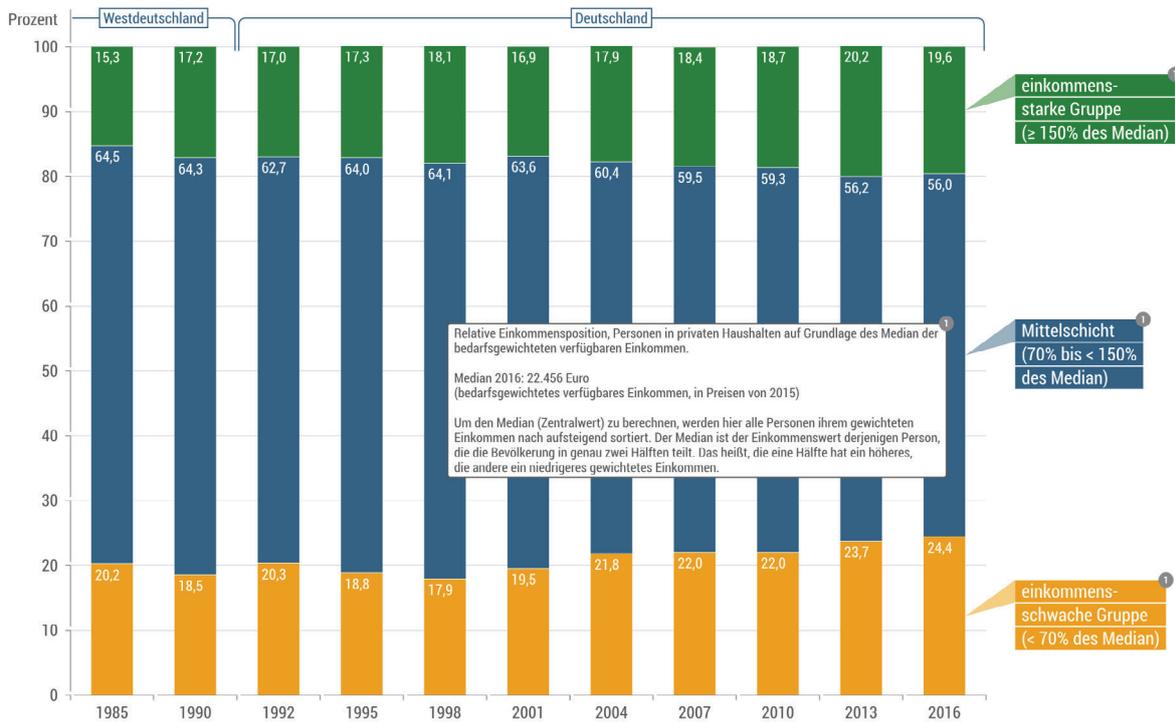
Nach Zehnteln (Dezile), Anteile am Gesamtvermögen in Prozent, bezogen auf das Nettovermögen von Personen in privaten Haushalten im Alter ab 17 Jahren, 2017





■ **Einkommensgruppen**

Verteilung der Bevölkerung auf verschiedene Einkommensgruppen in Prozent, 1985 bis 2016



Quelle: SOEPv34, Personen in Privathaushalten; Berechnungen des DIW Berlin  
 Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de  
 Bundeszentrale für politische Bildung 2020 | www.bpb.de

„*ding* durch asketischen *Sparzwang*“ (ebd., 194). Diese Anhäufung von Kapital qua Askese habe so zum heutigen Kapitalismus beigetragen.

Die hier von Weber beschriebene religiöse Einstellung gegenüber Erwerbsarbeit lässt sich auch heute noch in der Leistungsgesellschaft in verkappter Form finden. Arbeit, hier Erwerbsarbeit, ist seit dem 20. Jahrhundert ein „Faktor, der über die Inklusion oder Exklusion der Einzelnen in das System der sozialen Rechte und Pflichten, über gesellschaftliche Zugehörigkeit, Randstellung und Außenseitertum“ entscheidet (Kocka 2006, 23). Die Berufsrolle wird zum Schnittpunkt zwischen Gesellschaft und Individuum. Diese Rolle entscheidet über Statusattribute wie Einkommen, Macht und Prestige. Sie stellt das Resultat der Vergesellschaftung und der Platzierung in der Gesellschaft dar. Die darin liegende ‚Geschichte‘ des Lebenslaufs enthält bereits die Ungleichheiten der Gesellschaft (vgl. Eder 1989, 19). Die ‚Arbeit‘ verleiht dem Menschen also einen Wert in der Gesellschaft, gibt ihm Sinn, Daseinsberechtigung und bietet Identifikationspotenziale (vgl. Flaßpöhler 2017, 8). Die große Bedeutungszuschreibung an das arbeitende, fleißige Individuum nimmt quasi-religiöse Charakterzüge an und geht mit einer Herabwürdigung derjenigen einher, die nicht arbeiten und damit keinen Wert für die Gesellschaft zu haben scheinen.

**DIE NEUE RECHTE UND DIE ‚MITTE‘**

Im Gegensatz zu gesellschaftskritischen Theorien sozialer Ungleichheit, die von der Existenz einer kapitalistischen Klassengesellschaft und der Notwendigkeit (und Möglichkeit) ihrer Überwindung durch eine revolutionäre Klasse ausgehen, teilt das völkisch-nationalistische Denken der Neuen Rechten wesentliche Elemente kapitalistischer Gesellschaftsordnung, selbst dann, wenn es sich mit einer ‚antikapitalistischen‘ Diktion verbindet. Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist der Neuen Rechten (und anderen Fraktionen der extremen Rechten) ebenso heilig wie die Leistungsideologie. Ungleichheit und das Denken in Hierarchien gehören zu den Axiomen ihrer Weltanschauung. Sie kritisiert den Individualismus als Basis des demokratischen Liberalismus und das Klassenkampfdenkens des Marxismus gleichermaßen. Kernbegriff ist vielmehr das „Volk“, verstanden als ethnische Abstammungsgemeinschaft der „Deutschen“.

Nun ist dieses „Volk“ (als ethnos) aber eine abstrakte Größe.<sup>113</sup> Es wird zwar als Kollektiv-Subjekt gedacht, tritt aber als handelndes Subjekt nicht in Erscheinung. In der rechten Rhetorik erhält dieses Volk (das ‚Wir‘) eine nähere Bestimmtheit durch zwei Abgrenzungen, erstens durch den Gegensatz von deutsch und nicht-deutsch (was ein einheitliches nationalstaatlich verfasstes Territorium voraussetzt), zweitens durch den Gegensatz von deutsch und undeutsch. Gemeint sind damit (undeutsch) diejenigen, die zum ‚eigentlichen‘ Volk nicht dazugehören: die national unzuverlässigen („globalistischen“) Eliten in Staat,

113 Vgl. zum Folgenden Kellershohn 2020.

Wirtschaft und Kultur, dann diejenigen, die nichts zum nationalen Wohlstand beitragen und drittens diejenigen, die aus politischen, weltanschaulichen oder sonstigen Gründen sich dem Bekenntnis zum ‚Wir‘ widersetzen. Im Kern gehören also nur zum Volk die Arbeitswilligen und Fleißigen („Leistungsträger“) und die ‚Anständigen‘, die national Zuverlässigen, die sich zum ‚Deutschtum‘ bekennen. Sie bilden im völkisch-nationalistischen Sinne die ‚Mitte‘ der Gesellschaft, ökonomisch wie kulturell.

Diese Mitte ist eine andere Mitte als die, die in den Schichtmodellen als Mitte ausgegeben wird. Die Bertelsmann-Stiftung beispielsweise definiert sie durch „ein hinreichendes Einkommen, ein bestimmtes Maß an Bildung bzw. beruflicher Qualifikation und eine berufliche Position jenseits gering qualifizierter und körperlicher Arbeit“ (Bertelsmann-Stiftung 2012, 48).<sup>114</sup> Gleichwohl gibt es über die Leistungsideologie Verknüpfungspunkte, die erklären, warum die Sorge um den ‚Mittelstand‘ bzw. die ‚Mittelschicht‘ zu den wichtigen Anliegen der Neuen Rechten bzw. der gesamten Rechten gehört.<sup>115</sup>

Dem soll im Folgenden nachgegangen werden. Die Neue Rechte sieht den ‚Mittelstand‘ als zu schützendes und tragendes Element der Gesellschaft, der von den Veränderungen der ‚zweiten‘ Moderne bedroht ist. Im Folgenden soll gezeigt werden, was unter ‚Mittelstand‘ bei den Neuen Rechten verstanden wird, wovon er bedroht wird und welche politischen Forderungen gestellt werden, um den ‚Mittelstand‘ zu stärken. Untersuchungsgegenstand sind neuere Zeitschriften. Zusätzlich wurde die „Deutsche Stimme“ der NPD herangezogen.

## II: DAS THEMA ‚MITTELSTAND‘ IN AUSGEWÄHLTEN PUBLIKATIONEN DER NEUEN RECHTEN

Die folgenden Ausführungen beruhen auf einer knappen Auswahl von Aussagen zum Thema ‚Mittelstand‘ in den Zeitschriften bzw. Zeitungen Deutsche Stimme, Compact, Sezession, Recherche D, Zuerst! und Junge Freiheit. Sie beziehen sich damit auf einen ideologischen Spannungsbogen, der von einem völkisch - ‚antikapitalistischen‘ bis hin zu einem jungkonservativ - neoliberalen Spektrum reicht. Verbindend sind völkisch-nationalistische Ideologeme, Divergenzen zeigen sich auf einer konkreteren Ebene.

### DEUTSCHE STIMME (DS)

In der Zeitschrift DS, dem Presseorgan der NPD, schreibt Marc Bonmot, „während Jahr für Jahr heuchlerisch über sich verbreitende Armutsscheren berichtet wird, greift der Staat tiefer und obszöner in die Taschen der Bürger, rodet die Arbeit und den Lebensmut der Mittelschicht ab, läßt Millionen wirtschaftlich und sozial herabstürzen“ (Bonmot 2019, 10). Michael Mayer äußert sich dahingehend, dass „Angehörige der Mittelschicht [...] in vielen Fällen deshalb nur einen Wimpernschlag vom sozialen Abstieg entfernt“ seien (Meyer 2017, 7). Der Grund dafür sei: „Die Mittelschicht war lange der Garant für soziale Stabilität. Doch die Mittelschicht wird ausgebeutet, wird attackiert von den Wachstumsbedürfnissen des Kapitals. Aus einer Aufstiegs- ist eine Abstiegsgesellschaft geworden“ (Meyer 2017, 7).<sup>116</sup> In der DS werden also Problematiken der Deklassierung aufgegriffen, auf die „Mittelschicht“ verengt und auf das ‚ausbeuterische‘ Agieren des Staates und die ‚Attacken‘ von Seiten des Kapitals zurückgeführt. Meyer unterbreitet in einem anderen Artikel einige Lösungsvorschläge, die Daniel Stelter in seinem Buch *Coronomics* (2020) vorstellt. Sie laufen darauf hinaus, Sozialleistungen des Staates massiv einzuschränken und die Mittelschicht von den „Kosten der Umverteilung“ zu entlasten:

*„Interessant klingt auch der Vorschlag, Sozialleistungen auf die untere Einkommensschicht der Bevölkerung zu beschränken, und nicht von der Mittelschicht, sondern ausschließlich von dem oberen Drittel der Bevölkerung in Bezug auf Einnahmen und Vermögen bezahlen zu lassen. Denn letztlich würden der Mittelschicht diese Abgaben wieder in verschiedener Form zurückerstattet werden, was aber bleibt, seien die Kosten der Umverteilung, die nicht gerade gering sind. Höhere Vermögensteuer, breiter angelegte Erbschaftsteuer, Lastenausgleich, Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen von Abgaben sind Stichworte“* (Meyer 2020, 56).

Ein zweiter Vorschlag findet sich in einem Interview mit Ricarda Riefling<sup>117</sup>, die von Peter Schreiber<sup>118</sup> wie folgt befragt wird: „Die Hilfs- oder Selbsthilfeangebote, die im Umfeld der NPD angesiedelt sind, richten sich ja ausdrücklich an Deutsche. Fällt diese Verbindung der sozialen mit der nationalen Frage in einer Stadt wie Pirmasens auf fruchtbaren Boden? Auch politisch gesehen?“ (Schreiber 2018, 4) Selbstverständlich bejaht Riefling diese Frage: „Gerade in Zeiten der Asylkrise wird den meisten Deutschen bewußt, daß fremde Einwanderer bevorzugt werden. Hier gibt es viele Selbständige, die nicht einmal krankenversichert sind, während es sogenannten Asylsuchenden automatisch und das ganz kostenlos zusteht“ (ebd.). Deutlich wird,

114 Klassentheoretisch gesehen ist diese ‚Mitte‘-Definition unsinnig, weil hier von unterschiedlichen Klassenzugehörigkeiten abstrahiert wird.

115 Umgekehrt wäre zu fragen, inwieweit es eine Affinität „mittelständischer“ oder „kleinbürgerlicher“ Sozialgruppen zur völkischen Ideologie gibt. Dies wäre eine sozialgeschichtliche und ideologiekritische Fragestellung, auf die hier nicht eingegangen werden kann. Vgl. dazu z.B. die Arbeiten von Annette Leppert-Fögen (1974) und Berthold Franke (1988).

116 Bezugnahme auf Oliver Nachtwey „Die Abstiegsgesellschaft“ (2016)

117 Parteivorstandsmitglied der NPD.

118 Geschäftsführer der Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH.



dass die NPD und ihr Presseorgan, die DS, die ‚soziale Frage‘ mit Blick auf die „Selbständigen“ ansprechen, sie dann mit der ‚nationalen Frage‘ verknüpfen und im Sinne völkischer Ideologie den Ausschluss von Einwanderern und Asylsuchenden aus dem Sozialsystem verlangen.

### COMPACT

Im Querfront-Magazin *Compact* schreibt Chefredakteur Jürgen Elsässer<sup>119</sup>, dass Wallstreet, City of London, US-Notenbank Federal Reserve und EZB „den Mann am Fließband und die Frau an der Supermarktkasse“ (Elsässer 2016, 43) ausbeuten würden. In einem Interview mit Björn Höcke, geführt von Elsässer, heißt es von Höckes Seite: „Die Mehrheit der Menschen – vom Arbeiter bis zum mittelständischen Unternehmer – ist aus unterschiedlichen Gründen an ihre Heimat gebunden, während die Eliten ‚anywhere‘ zu Hause sind und überhaupt keine geografische Identität mehr haben. Deswegen sind für uns die Nichtwähler so wichtig – die Mitte kommt ohnedies zur AfD, wenn sich die wirtschaftliche Lage, was abzusehen ist, dramatisch verschlechtert“ (Elsässer 2019, 29). Martin Müller-Mertens<sup>120</sup> beklagt sich in einem Artikel über den „Zinsklau“ (Müller-Mertens 2016, 11). Durch den EZB-Kauf von Staatsanleihen von maroden, europäischen Staaten würden die Zinsen bei Null gehalten werden. „Erstes Opfer der Entwicklung ist der kleine Mann“ (Müller-Mertens 2016, 11). In diesem Zusammenhang fragt er auch: „Ob der Oma ihr klein‘ Häuschen dann noch zu retten ist?“ (Müller-Mertens 2016, 13).

In diesen Zitaten wird die breite, klassenübergreifende Ansprache (Arbeiterschaft und unternehmerischer Mittelstand) deutlich, die in *Compact* gepflegt wird. Die identitätslosen Eliten, weil ohne Heimatbezug, werden populistisch attackiert und besonders die ‚kleinen Leute‘ in den Blick genommen.

An anderer Stelle allerdings stellt Elsässer sich auf die Seite der Automobilindustrie, die von der Klimapolitik „lahmgelegt“ würde, womit in der Folge, so das verschwörungsideologische Geraune, „das wirtschaftliche Rückgrat Deutschlands gebrochen werden soll“ (Elsässer 2020, 50). Merkels Politik würde an die Pläne von Henry Morgenthau<sup>121</sup> erinnern, die beispielsweise auf die Deindustrialisierung des Ruhrgebiets gezielt hätten. Heute sei „die gesamte Region [...] zum Armenhaus der Republik verkommen, in ihren No-go-Areas herrschen muslimische Banden, die gewalttätige Antifa und die salafistischen Jünger von Pierre Vogel, die Infrastruktur verfällt“ (Elsässer 2020, 51). Doch trotz Deindustrialisierung und anderer Entwicklungen, die sich „auf unheimliche Weise“ abzeichnen würden, verteidige die deutsche Industrie ‚tapfer‘ ihre Position. „Aber diese

international einmalige Leistung unserer Arbeiter und Ingenieure, unserer Handwerker und unseres Mittelstandes [...] ist der Wall Street und der City of London ein Dorn im Auge. Deshalb sollen die aktuellen Attacken auch noch die verbliebenen Zentren unserer Wertschöpfung zerstören – die Autoproduktion und die Nutzung fossiler Energien“. Die Klimapolitik sei „so sozial und trifft so viele Menschen in ihrer Existenz – die werden das nicht mitmachen“ (ebd.).

In der Kritik an der Klimapolitik wird also die klassenübergreifende Ansprache erweitert und ein Bündnis zwischen Arbeiterschaft, Mittelstand und Großkapital propagiert, soweit dieses seine Geschäfte im angeblich nationalen Interesse („Wertschöpfung“) betreibt. Dass es sich z.B. bei VW um einen Global Player par excellence handelt, wird geflissentlich ausgeklammert. Die Eliten werden ganz im Sinne des völkischen ‚Antikapitalismus‘ auseinander dividiert nach den Kräften, die angeblich dem Volksganzen dienen, und solchen Kräften, die den Untergang Deutschlands („Deindustrialisierung“) im Bündnis mit Wallstreet und Co. betreiben würden. Gleichzeitig wird in den zitierten Äußerungen auch die Abgrenzung nach ‚außen‘ gegenüber Muslimen (Nicht-Deutsche) und politisch Andersdenkenden (Un-Deutsche) reproduziert.

### SEZESSION

In der Sezession ist es vor allem Benedikt Kaiser, der die oben bereits angesprochene klassenübergreifende Ansprache (Arbeiterschaft plus Mittelstand) verfolgt und als Zielgruppe der AfD ins Spiel bringt. „Verschiedene Institute unterschiedlicher politischer Neigung analysierten übereinstimmend, daß Handwerker, Facharbeiter und Kleinunternehmer bundesweit das Wahlgerüst der AfD stellten, kurz: der ‚kleine Mann‘“ (Kaiser 2019, 26). Er stellt die Frage, „wieso die AfD keine Politikangebote für die Mitte formuliert und weshalb die neoliberale Programmatik aus der Lucke-Zeit bis heute unangetastet bleibt“ (ebd.). „Man müßte auf die ausgepreßte und zunehmend prekäre Mitte - immerhin die Mehrheit im Lande - verweisen und eine entlastende Politik für sie einfordern“, so Kaiser (ebd., 27). Er bezieht sich wie Michael Meyer (DS) auf Nachtwey, wenn er schreibt: „Oliver Nachtwey hat jüngst festgestellt, daß – nun auch in Deutschland – die ‚kollektive Angst vor dem sozialen Abstieg‘ die Psyche der Gesellschaft dominiert“ (ebd., 28). Vor diesem Hintergrund der Deklassierungsängste des „kleinen Mannes“ sieht Kaiser eine günstige Gelegenheit, die soziale Frage von rechts zu besetzen.

„In Deutschland ist indessen mit einer Dynamik zu rechnen, die weder in Italien noch in Spanien denkbar war, wo

119 „Seit 2016 positioniert Elsässer *Compact* als Wahlkampforgan für die rechtspopulistische AfD. Er vertritt anti-amerikanische, homophobe und rassistische Positionen, die er mit einer Querfront möglichst weit verbreiten will. Einige seiner Aussagen werden als antisemitisch eingestuft. Von etwa 1975 bis 2008 war Elsässer Autor, Redakteur und Mitherausgeber verschiedener linker Printmedien wie der ‚Jungle World‘, ‚Junge Welt‘, ‚Konkret‘ und ‚Neues Deutschland‘, so ‚Die Tageszeitung‘ (taz). <https://taz.de/Schwerpunkt-Juergen-Elsaesser/!t500830/> [abgerufen am 01.07.2021].

120 Müller-Mertens ist ‚Chef vom Dienst‘ bei der *Compact*.

121 Henry Morgenthau war von 1934 bis 1945 US-amerikanischer Finanzminister.

die soziale Frage stets alles überlappte. Denn in der Bundesrepublik wird die an Bedeutung stark zunehmende soziale Frage auf die bereits vorhandene ‚nationale Frage‘ in Form von Massenzuwanderung und Migrationskrise stoßen. Und genau hier versagt nun die Linke, die für beide Komplexe keine ‚plausiblen Visionen und mobilisierenden Utopien‘ (Nachtwey) mehr vorweisen kann. Dies ist die Stunde der politischen Rechten. Zählt man die Alternative für Deutschland (AfD) nun zu dieser Rechten, dann liegt es wesentlich auch an ihr, ob die Gunst der Stunde genutzt werden kann“, so Kaiser (2016, 30f.).

Die Empfehlung an die AfD, der „Gunst der Stunde“ zu folgen, formuliert Kaiser in Hinblick auf die dominant neoliberale Politik der AfD: „Man fordert die Abschaffung der Vermögensteuer und predigt Paul Kirchhofs Steuermodell, nach dem für Durchschnittsverdiener der Mittelschicht derselbe Spitzensteuersatz von 25 Prozent wie für Millionäre gelten würde.“ Dies sei ein „FDP-orientiertes Wirtschafts- und Sozialprogramm“ und widerspräche „nachweislich den Intentionen breiter Wählerschichten, die der AfD aus Protest wie auch aufgrund ihrer sozialorientierten Wahlkampfeslogans ihre Stimmen geben“ (ebd., 31). Und kommt dann auf die völkisch begrenzte Solidarität zu sprechen, diese sei nämlich „anthropologisch und historisch zuallererst ein Aspekt der Fürsorge für den räumlich oder kulturell, religiös oder ethnisch Nächsten“ (ebd.).

## RECHERCHE D

Der (ehemalige) AfD-Politiker Lars Berg<sup>122</sup> schreibt in dem Magazin *Recherche D* zur Gefährdung der Autoindustrie durch die anstehende technologische Umrüstung (Elektromobilität, Digitalisierung) und beklagt die zunehmenden Staatseingriffe: „Jetzt rächt sich das permanente regulative Eingreifen der Politik in die Mechanismen des Marktes. Wenn politisches Handeln vornehmlich von linksliberaler Moral und grüner Ideologie, jedoch nicht mehr von Sachargumenten bestimmt wird, verliert man unweigerlich die Bodenhaftung und geht eine Wette mit ungewissem Ausgang ein“ (Berg 2020, 48). Regulatives Eingreifen in den Markt wird von Berg ganz im neoliberalen Sinne kritisiert, ebenso die übermäßige Belastung des Sozialstaats: „Viel zu viele Menschen hängen an den Versorgungsschläuchen des Sozialstaats oder beziehen ihr Haupteinkommen vom öffentlichen Sektor. Der Mittelstand dagegen wird mit immer neuen Reglementierungen, Steuern und Abgaben belastet“ (ebd., 49). Hier wird deutlich: Zum ‚Mittelstand‘ gehören keine Menschen, die vom Sozialstaat abhängig sind, sondern dieser sei bedroht durch Steuern und Abgaben, mit denen der Sozialstaat finanziert wird. „Denn eine soziale Marktwirtschaft [...] beruht im Wesentlichen auf einem starken Mittelstand. Ihn müssen wir von Steuern, Abgaben und Bürokratie befreien“ (ebd.).

In einem anderen Artikel wendet sich Berg gegen das Vorhaben der Großen Koalition, dass „künftig auch abgelehnte Asylbewerber, sofern sie ‚gut ausgebildet‘ und ‚integriert‘ seien, nachträglich ‚regulär zuwandern‘ können“ (Berg 2018, 10). Laut Berg sei das ein „Eingeständnis dafür, daß sich der Staat allem Anschein nach nicht mehr in der Lage sieht, die Ausreisepflicht der betreffenden Personen durchzusetzen“ (ebd.). Das Argument es gebe einen Fachkräftemangel „wird mit guten Gründen angezweifelt. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der gewerkschaftsnahen Hans-Böckler-Stiftung kam unlängst zu dem Ergebnis, daß es einen flächendeckenden, branchenübergreifenden Fachkräftemangel in Deutschland nicht gebe“ (ebd., 11). Stattdessen solle „der millionenfache Mißbrauch des Asylrechts zur illegalen Einwanderung in die bundesdeutschen Sozialsysteme unterbunden“ (ebd., 12) werden. Die beiden Artikel Bergs zeigen, wie völkische Denkweisen mit neoliberalen Argumenten gekoppelt werden.

## ZUERST!

In einem Interview mit dem Magazin *Zuerst!*, das von einem Autor oder einer Autorin ohne Namensnennung geführt wird, fordert Hansjörg Müller<sup>123</sup> einen „souveränen deutschen Wirtschaftsraum, anstelle der EU, die als Ausbeutungsorganisation für die Fleißigen in der deutschen Wirtschaft agiert. Verkürzt könnte man auch sagen ‚Germany first‘, was die neue Ausrichtung unserer Wirtschaftspolitik betrifft“ (Müller 2019, 51). Eine nicht näher definierte Wirtschaftsgemeinschaft wird zwar toleriert, jedoch kein „EU-Beamtenapparat, der uns finanziell aussaugt, die Eigeninitiative über Bürokratie ausbremst und dadurch unsere Mittelständler kaputt macht und uns Bürger terrorisiert“ (ebd.). Müller hat zusammen mit anderen die *Friedrich-List-Gesellschaft zur Förderung der heimischen Wirtschaft e.V.* (FLG) gegründet, die eine „Brücke zwischen volkswirtschaftlichen Vordenkern und Praktikern aus mittelständischen Unternehmen“ (ebd., 50) bilden soll. Der Verein, der sich als überparteilich präsentiert, möchte „vor allem mittelständische Unternehmer [erreichen], die erkennen, daß es ihren Familienunternehmen durch die sogenannten deutschen Politiker an den Kragen geht, nachdem diese Globalisten, die keine Loyalität zur eigenen Wirtschaft mehr kennen, bereits die Mehrheit der deutschen Aktiengesellschaften von ausländischen Anteilseignern haben übernehmen lassen, die ganz andere Interessen haben als die deutsche Gesellschaft“ (ebd.). Müller zeigt sich hier als Interessenvertreter mittelständischer Familienunternehmen, die er als Kern einer renationalisierten deutschen Wirtschaft vor der EU-Politik und einer ‚globalistischen Überfremdung‘ geschützt wissen will.

122 Berg war bis 2019 Abgeordneter der AfD im Landtag in Baden-Württemberg und ist seit 2019 Europa-Abgeordneter. Mittlerweile ist er aus der AfD ausgetreten und der Lucke-Partei LKR beigetreten.

123 Müller ist Mitglied des Deutschen Bundestages für die AfD.



## JUNGE FREIHEIT (JF)

Dirk Meyer<sup>124</sup> beschreibt in der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, wie die Veränderungen in der Industrie neue Voraussetzungen für einen Arbeitsplatz schaffen. „Eine qualifizierte Allgemeinbildung, Flexibilität, ein lebenslanges Lernen mit der Bereitschaft und der Fähigkeit, sich neue Qualifikationen anzueignen“ (Meyer 2017, 10) seien notwendig, um nicht zu dem „größeren Part geringqualifizierter Modernisierungsverlierer“ zu gehören. Meyer fragt in seinem Artikel: „Wird besonders die Mittelschicht betroffen sein – der einfache Anwalt, der Facharbeiter und die technische Assistentin?“ (ebd.). Diese weite Definition findet sich auch bei Michael Paulwitz, allerdings moralökonomisch verdichtet auf leistungs- und familienorientierte „Leute“:<sup>125</sup>

*„Das sind Leute, die jeden Morgen aufstehen, arbeiten gehen und Steuern zahlen, die Familien gründen, Kinder erziehen und sich darum kümmern, daß diese in geordneten Verhältnissen aufwachsen und etwas lernen, die sich ehrenamtlich für andere engagieren, die Verantwortung in Familie und Gesellschaft übernehmen in der Hoffnung, daß es ihnen und ihren Kindern als Frucht ihrer Leistung künftig besser geht. Darüber hinaus entrichten sie Steuern und Abgaben, und das nicht zu knapp.“* (Paulwitz 2019, 1)

Diesen „Leuten“ stehen nicht-arbeitende Menschen gegenüber, die von Sozialleistungen abhängig sind. Dazu äußert sich Jost Bauch<sup>126</sup>: „Hartz IV reicht allemal, um absolute Armut zu verhindern, also objektive Notlagen (Obdachlosigkeit, Hunger etc.)“ (Bauch 2018, 18). Sozialhilfe dürfe also weder zu niedrig ausfallen, aber auch nicht zu hoch, da sonst der Anreiz für die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit entfallen würde. „Jede Form von sozialer Hilfe steht vor dem Problem, daß sie zwischen Bürokratie und Ungerechtigkeit oszilliert. Will man eine exakt dosierte Hilfeleistung an der richtigen Stelle, so müssen die Voraussetzungen der Gewährung sehr genau überprüft werden. Will man eine unbürokratische Gewährung, muß man hinnehmen, daß Unberechtigte in den Genuß sozialer Hilfeleistungen kommen“ (Bauch 2018, 18).

Zu den „Unberechtigten“ zählt Paulwitz in einem weiteren Artikel auf jeden Fall sogenannte „Unterschichtseinwanderer“: „Bezahlen muß die Mittelschicht für die Massentalimentierung von Millionen nach Mentalität, Intelligenz und Fähigkeiten nicht einfügbarer Unterschichtseinwanderer, in einem Ausmaß, das sich die wenigsten überhaupt klarmachen – überschlagsweise kommt [man] auf hohe zwei- bis dreistellige Milliardenbeträge.

Die müßten von den faktisch nur noch 13 Millionen Steuerzahlern aufgebracht werden – der Rest sind Netto-Steuergeldprofiteure, die Asyindustrie eingeschlossen“ (Paulwitz 2016, 21). Die Unterschicht bezahle „mit dem Verlust von Heimat und Sicherheit, die Mittelschicht darüber hinaus mit Ausbeutung und Verarmung“ (ebd.), so Paulwitz weiter. Auch Christian Schreiber nennt Geflüchtete als einen Grund für die ‚Überlastung‘ des Mittelstands: „Und während der arbeitende Mittelstand die wachsenden Mietleistungen durch Konsum- und Sparverzicht selbst tragen muß, ist für Flüchtlinge und ihre bald nachkommenden Familien sowie die aus- und inländischen Geringverdiener der Staat – sprich: Steuerzahler – zuständig“ (Schreiber 2017, 10).

Aber nicht nur Migration ist eine Bedrohung für den Mittelstand, auch „vom EU- und Globalisierungs-Internationalismus sieht sie ihren erarbeiteten Wohlstand bedroht“ (Paulwitz 2017, 7). Zusammen mit den anderen genannten Bedrohungen ergibt sich ein Bild einer umfassenden Malaise, in der sich der Mittelstand bzw. die Mittelschicht befindet. Das Augenmerk liegt auf der finanziellen Belastung und der Kritik daran, was mit den Steuergeldern, welche diese Mittelschicht erarbeitet, finanziert werden soll. Die Forderung lautet also, einerseits die Sozialsysteme vor einer Überlastung von ‚außen‘ und ‚unten‘, die von den Eliten geduldet oder gefördert wird, zu schützen und andererseits den ‚Mittelstand‘ und mittelständische Unternehmen steuerlich zu entlasten. In diesem Zusammenhang wird auch die Bevorzugung der Großkonzerne beklagt. Dirk Meyer schreibt dazu: „Dank millionenschwerer Lobbyarbeit stehen Großkonzerne im Fokus von Politik und Medien. Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) machen jedoch 99 Prozent aller Firmen in Deutschland aus, beschäftigen 60 Prozent aller Arbeitnehmer und erzielen 48 Prozent der Bruttowertschöpfung“ (Meyer 2018, 11). Andererseits wird speziell die Autoindustrie wieder als wichtiger Arbeitgeber vor allem gegen die klimapolitischen Veränderungen verteidigt. So schreibt Kurt Zach, dass die Energiewende eine „milliardenfressende ideologisch motivierte“ (Zach 2019, 1) Angelegenheit und gegen die Autoindustrie gerichtet sei. Paulwitz merkt dazu an: „Den Schaden haben davon vor allem Leute mit kleinerem Geldbeutel, die auf das Auto schon aus beruflichen Gründen nicht verzichten können. Werden Dieselfahrverbote tatsächlich umgesetzt, wird sich dieser Effekt noch vervielfachen. Zur Kasse gebeten werden die Bürger zudem auch als Steuerzahler, weil sie kostspielige Anreiz-, Subventions- und Umsteigeprogramme ungefragt mit finanzieren müssen.“ (Paulwitz 2017a, 12) Hier wird also wieder einer Einheitsfront zwischen Autoindustrie und den „Leuten“ das Wort geredet.

124 Meyer ist Wirtschaftswissenschaftler und Professor an der Helmut-Schmidt-Universität in Hamburg und stand dem Lucke-Flügel der AfD nahe.

125 Dementsprechend heißt es anderer Stelle bei Paulwitz: „Randgruppenverhätchelung von der Homo-Lobby bis zu den Gender Klempnern ist für die Mittelschicht kein Herzensanliegen“ (Paulwitz 2017, 7).

126 Der Konstanzer Soziologe Bauch, mittlerweile verstorben, war eine Zeitlang Präsident des Studienzentrums Weikersheim (mit Karl Albrecht Schachtschneider), Mitglied im Kuratorium der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung und Mitarbeiter der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel.

**QUELLEN**
*Deutsche Stimme*

- Bonmot, Marc (2019): Merkels grösste Lüge. In: Deutsche Stimme (6), 10.
- Mayer, Michael (2020): Wege aus der Krise. In: Deutsche Stimme (8), 55-56.
- Schreiber, Peter (2018): „Ich möchte jemand sein, der tatsächlich handelt“. In: Deutsche Stimme (18), 3-4.

*Comapct*

- Elsässer, Jürgen (2016): Aufstand der Mitte. In: Compact (6), 42-43.
- Elsässer, Jürgen (2019): Vom Schielen auf die ominöse Mitte. In: Compact (6), 27-29.
- Elsässer, Jürgen (2020): Alle Räder stehen still. In: Compact (1), 50-52.
- Müller-Mertens, Martin (2016): Angriff auf die deutschen Sparer. In: Compact (11), 11-13.

*Sezession*

- Kaiser, Benedikt (2019): Zweierlei Deutschland, zweierlei AfD? In: Sezession (90), 25-29.
- Kaiser, Benedikt (2016): Abstiegsangst und Aufbegehren im Krisenkapitalismus. In: Sezession (75), 28-31

*Recherche D*

- Berg, Lars Patrick (2020): Musterländle? In: Recherche D (8), 46-49.
- Berg, Lars Patrick (2018): Spurwechsel für Fachkräfte? In: Recherche D (3), 10-12.

*Zuerst!*

- Müller, Hansjörg (2019): „Wir leben im Neo-Feudalismus“. In: zuerst! (7), 50-51.

*Junge Freiheit*

- Bauch, Jost (2018): Relativ gesehen. In: Junge Freiheit (15), 18.
- Meyer, Dirk (2017): Ängste vor der leeren Fabrik. In: Junge Freiheit (24), 10.
- Meyer, Dirk (2018): Verengte Spielräume. In: Junge Freiheit (21), 11.
- Paulwitz, Michael (2016): Was bleibt, ist die Erinnerung. In: Junge Freiheit (26), 21.
- Paulwitz, Michael (2017): Die Völker hören andere Signale. In: Junge Freiheit (50), 7.
- Paulwitz, Michael (2017a): Faktenfreie Empörung. In: Junge Freiheit (36), 12.
- Paulwitz, Michael (2019): Der große Graben. In: Junge Freiheit (7), 1.
- Schreiber, Christian (2017): Der Mittelstand muß alles zahlen. In: Junge Freiheit (47), 10.
- Zach, Kurt (2019): Bis der Geduldsfaden reißt. In: Junge Freiheit (2), 1.

**LITERATUR**

- Butterwegge, Christoph (2020): Ungleichheit in der Klassengesellschaft. Köln: PapyRossa.
- Eder, Klaus (1989): Klassentheorie als Gesellschaftstheorie. Bourdieus dreifache kulturtheoretische Brechung der traditionellen Klassentheorie. In: Eder, Klaus (Hrsg.): Klassenfrage, Lebensstil und kulturelle Praxis. Beiträge zur Auseinandersetzung mit Pierre Bourdieus Klassentheorie. Frankfurt a. M.: Suhrkamp, 15-46.
- Flaßpöhler, Svenja (2017): Macht Arbeit glücklich? In: Philosophie Magazin (Hrsg.): Macht Arbeit glücklich? Stuttgart: Reclam.
- Franke, Berthold (1988): Der Kleinbürger. Begriff, Ideologie, Politik. Frankfurt a.M.; New York: Campus.
- Kellershohn, Helmut (2020): Identitätspolitik von rechts. In: Chlada, Marvin; Höhmann, Peter; Kastrup, Wolfgang; Kellershohn, Helmut (Hrsg.): Entfremdung-Identität-Utopie. Münster: Unrast, 132-147.
- Kocka, Jürgen (2006): Mehr Last als Lust. Arbeit und Arbeitsgesellschaft in der europäischen Geschichte. In: Kölner Vorträge und Abhandlungen zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 44. Köln: Selbstverlag Forschungsinstitut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität zu Köln.
- Leppert-Fögen, Annette (1974): Die deklassierte Klasse. Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums, Frankfurt a. M.: Fischer.
- Lütten, John (2021): Zum Gebrauchswert des Klassenbegriffs. In: Dellheim, Judith; Sablowski, Thomas u.a. (Hrsg.): Auf den Schultern von Karl Marx. Münster: Westfälisches Dampfboot, 207-226.
- Nachtwey, Oliver (2017): Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Berlin: Suhrkamp.
- Sablowski, Thomas (2020): Klassenkämpfe in der Corona-Krise, in: PROKLA 200, 519-542.
- Stelter, Daniel (2020): Coronomics. Nach dem Corona-Schock: Neustart aus der Krise. Frankfurt a. M.; New York.
- Weber, Max (2010): Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus. München: C.H. Beck.
- Winker, Gabriele; Degele, Nina (2010): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. 2. unveränderte Auflage. Bielefeld: transcript.



# Rechte Positionen zum bedingungslosen Grundeinkommen

Von Louisa von der Weydt und Helmut Kellershohn

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) ist ein seit vielen Jahren diskutiertes Konzept, das soziale Ungleichheit verringern und mehr gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen soll. Sowohl in der Politik als auch in den öffentlichen Medien ist nicht nur die Sinnhaftigkeit eines BGE strittig, es wird auch über die mögliche Gestaltung und verschiedene Ausführungsformen debattiert. Wichtig sind hier zum Beispiel die Fragen, ob Menschen mit einem BGE mehr oder weniger arbeiten oder ob noch Berufe ausgeübt würden, die heute nur unter Zwang, durch finanziellen Druck, ausgeführt werden. Definiert wird ein BGE im Allgemeinen dadurch, dass es existenzsichernd sein muss, mit keiner Bedürftigkeitsprüfung einhergehen und keinen Zwang zur Arbeit erzeugen darf (vgl. Blaschke u.a. 2012, 11). Entwicklungen wie steigende Altersarmut und die fortschreitende Digitalisierung heizen die Debatte um das BGE in den letzten Jahren immer weiter an. Aber auch die Coronapandemie und die damit verbundenen wirtschaftlichen Folgen rücken dieses Konzept weiter in den Blick der Öffentlichkeit.

Innerhalb der Neuen Rechten überwiegt im Allgemeinen die Ablehnung des BGE, allerdings aus unterschiedlichen Gründen. Auf der einen Seite stehen rechtslibertäre Autoren, die vor allem die Plattformen der Zeitschriften *Junge Freiheit* und *eigentümlich frei* nutzen, um ihre Kritik am BGE kundzutun. Auf der anderen Seite erheben auch Anhänger einer nationalsozialen Programmatik Einwände, etwa der Politikwissenschaftler Benedikt Kaiser aus dem Umfeld des Instituts für Staatspolitik oder der AfD-Politiker Björn Höcke: Beide propagieren einen „solidarischen Patriotismus“. Kaiser hat dazu ein Buch mit dem gleichnamigen Titel (Kaiser 2020) geschrieben, während Höcke und die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag den Begriff im Rahmen ihres Rentenkonzepts<sup>127</sup> der Öffentlichkeit präsentierten. Daneben gibt es durchaus Versuche, die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommen in modifizierter Form als „bedingtes“ Grundeinkommen in die politische Debatte einzubringen.

1. Benedikt Kaiser, um mit ihm zu beginnen, bemüht sich in seinem Buch die „soziale Frage von rechts“ (so der Untertitel) zu behandeln. Sein Konzept erhebt den Anspruch eines zukunftsfähigen Verständnisses der sozialen Marktwirtschaft als einer solidarischen und patriotischen „Leistungsgemeinschaft“, womit er einen Begriff verwendet, der bekanntermaßen in der völkisch-nationalistischen Terminologie eine Facette der

„Volksgemeinschaft“ umschreibt. Kaiser lehnt Konzepte eines bedingungslosen Grundeinkommens ab und sieht sie „in der weiten linken Szenerie ebenso vertreten wie im neoliberalen Spektrum“ (Kaiser 2020, 47). Mit seiner Kritik schließt er an Dominik Enstes Buch „Geld für alle“ (2019) an. Für Enste ist ein bedingungsloses Grundeinkommen

„unmenschlich, denn es ignoriert die evolutionär entwickelten Bedürfnisse der Menschen [...] nach Reziprozität und Selbstverantwortung; unfair, denn es behandelt Ungleiches gleich; unsinnig, weil es die Menschen durch den Systembruch zusätzlich verunsichert, allenfalls kurzfristig die Komplexität reduziert und falsche Erwartungen weckt; bestenfalls unnötig, schlimmstenfalls gefährlich, wenn es zu unerwünschten und unerwarteten Nebenwirkungen kommen sollte, die die erhofften positiven Wirkungen bei weitem übertreffen; unrealistisch, weil es die etablierten Strukturen und Pfadabhängigkeiten ignoriert.“ (Enste 2019, 74)

Dem zustimmend (vgl. Kaiser 2020, 52) fasst Kaiser seine Kritik in acht Punkten zusammen (ebd., 50ff.):<sup>128</sup> Erstens müsse die Finanzierung des BGE mit den wegfallenden Sozialstaatsausgaben finanziert werden, „ohne daß das BGE für jeden einzelnen ernstlich ausreichen kann, um etwa Krankheitskosten auffangen zu können“. Es könne daher eine „neue Bürokratie“ entstehen, die im Falle von Krankheit und Pflege Leistungen zu erbringen hätte. Zweitens werde das „deutsche Gegenleistungsprinzip“ (sozialstaatliche Leistungen gegen „vorangegangene Arbeitsjahre“) ausgehebelt. Drittens beruhe die Idee des BGE statt auf einem „skeptisch-realistischen“ auf einem „optimistischen Menschenbild“, das fälschlich davon ausgehe, „daß der Mensch durch die BGE-bedingte Freizeit eigenverantwortlich nach Tätigkeiten streben würde, weil er ipso motiviert wäre“. Viertens werde das *Subsidiaritätsprinzip*, wonach der Staat nur dann eingreift, wenn die jeweils „untere[n] Einheiten“, etwa die Familien, Hilfe benötigen, außer Kraft gesetzt. Dies sei ein Angriff auf die „Familie als Keimzelle der Gemeinschaft“. Fünftens sei das BGE „gemeinschaftsunterminierend“, weil „Leistungsgerechtigkeit eine von der Mehrheit intuitiv eingeforderte Er rungenschaft“ sei. Sechstens verstoße das BGE sowohl „gegen ein rechtes wie gegen ein Marx'sches Verständnis von ‚Vergemeinschaftung‘“,<sup>129</sup> weil in beiden Auffassungen Selbstverwirklichung, Kreativität und die Schaffung von Werten an Arbeit

127 Vgl. dazu den Beitrag von Johanna Bongers und Helmut Kellershohn in diesem Heft.

128 Hervorhebungen im Folgenden v. Vf.

129 Die Berufung auf Marx gehört zu den Spezialitäten des Querfront-Denkens Kaiser (zur Kritik vgl. Kellershohn 2019).



gebunden sei. Siebtens wäre das BGE „ein markanter *Pull-Faktor für weitere Migration*“, weil das Einkommen von Migranten „vielerorts“ unter dem Regelsatz eines BGE läge. Auch EU-Bürger könne man nicht ablehnen.<sup>130</sup> Achters spanne das BGE eine „Hängematte“ auf und sei zusammen mit weiteren Phänomenen ein Verstärker der „*Dekadenzerscheinungen*“. Es entstünde eine „Klasse der Vergessenen“ in den „aufgegebenen Randzonen des Sozialen“ ohne politische Teilhabe, eine Klasse geschichtsloser Menschen, „weil sie zwar nicht mehr durch Lohnarbeit, aber auch durch nichts anderes mehr sozialisiert“ würden.<sup>131</sup> Zusammenfassend kommt er zu dem Fazit, „die neue soziale Frage mit einem BGE zu beantworten hieße unterm Strich, Erkenntnisse der Anthropologie, Verhaltenspsychologie und Volkswirtschaftslehre ebenso zu verkennen, wie eine stupende Unkenntnis der Geschichte sozialer Errungenschaften aufzuweisen.“ (Kaiser 2020, 52)

2. Kritik und Ablehnung erfährt das bedingungslose Grundeinkommens auch aus dem neoliberalen bzw. rechtslibertären Lager, allerdings mit einer anderen Stoßrichtung und Intention, die der grundlegenden Ablehnung des Sozialstaates geschuldet ist. Im weitesten Sinne stützt man sich auf die Position des Ökonomen Friedrich A. von Hayek. Dieser betonte den Wert von Freiheit und die Gefährdung dieser durch staatliche Eingriffe. Besonders den Versuch, soziale Ungleichheiten durch behördliche Ungleichbehandlung auszugleichen, sieht er als Eingriff in die freie Entfaltung der Menschen (vgl. Hayek 1991). Mitglieder der nach ihm benannten Friedrich A. von Hayek Gesellschaft sind in Zeitschriften wie der *Jungen Freiheit* oder *eigentlich frei* mit ihren Thesen zum BGE und anderen sozialpolitischen Themen präsent. Beispielsweise wird in der *Jungen Freiheit* darüber berichtet, wie auf einem Forum der Hayek-Gesellschaft das Konzept BGE diskutiert und vor allem durch den Hochschuldozenten und Wirtschaftspublizisten Gerd Habermann<sup>132</sup> stark kritisiert wurde (vgl. Lackmann 2019).

Kennzeichnend für die Position der Rechtslibertären ist das Bestreben, das BGE mit dem Verdikt des „Sozialismus“ zu belegen, über dessen Ablehnung man sich grundsätzlich einig ist, da er die Freiheit des Menschen einschränke. Ein Autor wie Markus Krall fasst in seinem Buch „Die bürgerliche Revolution“ (2020) einige dieser neoliberalen Argumente gegen den Sozialismus und so auch gegen das BGE zusammen. Krall bezeichnet Gesellschaften, in denen der Staat wohlfahrtsstaatliche Leistungen übernimmt, während das Streben nach privat erwirtschaftetem Reichtum be- oder verhindert wird, als unfreie Gesellschaften. In einer solchen Gesellschaft führe die mangelnde private Vorsorge zur Verachtung der Schwachen und zu Rücksichtslosigkeit und Übermacht der Stärkeren. Als negatives Beispiel schlechthin gilt ihm die Sowjetunion. Wichtig ist ihm der Verweis auf die Bibel, die die Sorge um die Wohlfahrt

immer mit Freiwilligkeit verbinde. Die zwangsweise Herstellung von Wohlfahrt, beispielsweise durch Steuern, sei daher mit Raub gleichzusetzen. Sozialismus, neuerdings auch der sogenannte „Kulturmarxismus“ stehen für ihn für die Ablehnung von Ehe und Familie, Privateigentum und Religion, Verneinung der Werte des Individuums und eine Entwicklung zur Verflachung der Kultur.

Anschließend an diesen von Krall diagnostizierten Werteverfall kritisiert der Autor Ronald Woldag in der Zeitschrift *eigentlich frei* die politische Linke bzw. den Linksliberalismus. Er sieht in deren politischer Agenda einen Prozess der Entzivilisierung, der auch durch ein bedingungsloses Grundeinkommen mit befördert werde: „Man kann sich leicht ausmalen, was geschehen wird, wenn die Bestrebungen der Linksliberalen zum Bedingungslosen Grundeinkommen auf den fruchtbaren Boden der menschlichen Faulheit fallen: Der tägliche Planungsdruck nimmt ab, Schwankungen in Affekten und Trieben kann einfach nachgegeben werden, da es ohne Konsequenzen für das Überleben bleibt, und Emotionen müssen nicht mehr gebändigt werden, da eine Schädigung des Ansehens in der Öffentlichkeit folgenlos bleibt.“ (Woldag 2018)

In der *Jungen Freiheit* äußert sich der rechtslibertäre Ökonom Pierre Bessard<sup>133</sup> in ähnlicher Weise zum Thema Grundeinkommen und Sozialismus (vgl. Bessard 2016). Ihm ist die individuelle Freiheit, über die eigene Lebensgestaltung entscheiden zu dürfen, ebenso wie die Entscheidung darüber, wie viel oder wenig jemand verdienen möchte, von zentraler Bedeutung. Wenn dagegen das Leben der einen durch die Arbeit der anderen finanziert werde, würde der „Raub“ zum „Gesetz“ und die Arbeit der Arbeitswilligen zur „Zwangsarbeit“. Ein bedingungsloses Grundeinkommen wäre die „heimliche Erfüllung der sozialistischen Devise ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen‘“. Tatsächlich wäre die Folge „ein allgemeiner Zusammenbruch der Wirtschaft und der Moral“, weil nicht zu erwarten sei, dass „selbst die ehrgeizigsten Personen noch bereit wären, sich für längere Zeit zugunsten jener ausnehmen zu lassen, die ihre Arbeitstätigkeit reduzieren, um eine Rente zu beanspruchen, welche aus der Leistung anderer finanziert wird.“

Bessard schließt ein dystopisches Zukunftsgemälde an: Ein autoritärer Staat werde den Arbeitseinsatz vorschreiben müssen und nach und nach werde eine Kommandowirtschaft entstehen. Die Freiheit der Berufswahl und Zeiteinteilung ginge verloren und schlussendlich dürfe auch niemand mehr das Land verlassen. Soweit also Bessards Verriss des BGE.

3. Von dieser grundlegenden Ablehnung des BGE zu unterscheiden sind Vermittlungsversuche, die von einem „beding-

130 Auf diesen „Pull-Faktor“ verweist auch Enste (2019, 63).

131 Kaiser zitiert hier Dietmar Dath und Barbara Kirchner (vgl. Dath/Kirchner 2012, 359).

132 Habermann ist Mitbegründer und Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft.

133 Bessard ist Mitglied des Stiftungsrates und Direktor des Liberalen Instituts in Zürich.



ten Grundeinkommen“ ausgehen. Auch der oben zitierte Enste könnte sich unter Umständen mit einer solchen Position anfreunden. Innerhalb der AfD hat der Bundestagsabgeordnete René Springer diesbezüglich das Konzept eines „Staatsbürgergeldes“ entwickelt und auf dem „Sozialparteitag“ in Kalkar 2020 als alternativer Beitrag zur Rentendebatte eingebracht. Es wurde zwar im Vorfeld des Parteitages von den Bundessprechern Jörg Meuthen und Tino Chrupalla unterstützt, mehrheitlich jedoch nicht zur Abstimmung zugelassen, weil der von der Bundesprogrammkommission vorgelegte Leitantrag dem Konsensbedürfnis der Delegierten – in Hinblick auf die Bundestagswahlen – entgegenkam. Allerdings wurde auf Initiative Björn Höckes der Leitantrag dahingehend verändert, dass die umlagefinanzierte Rente gestärkt werden müsse.<sup>134</sup>

Springers „Staatsbürgergeld“ unterscheidet sich von anderen Konzeptionen, wie beispielsweise dem „Solidarischen Bürgergeld“ des ehemaligen Thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus,<sup>135</sup> vor allem durch die Höhe des Grundeinkommens, das mit nur 500 Euro knapp über dem Regelsatz von Hartz IV läge, und die Beschränkung der Empfänger auf deutsche Staatsbürger. Diese Zugangsbeschränkung entspricht der völkisch-nationalistischen Grundposition der AfD, wie sie auch der „Staatsbürgerrente“ der thüringischen AfD zugrunde liegt. Ansonsten ähneln die Argumente, die Springer für sein Konzept heranzieht, denen, die häufig zur Unterstützung des BGE vorgebracht werden. Drei Argumente sollen besonders hervorgehoben werden.

Erstens soll das „Staatsbürgergeld“ – eine neoliberale Grundidee – zur Verschlinkung des Staates beitragen: „Das Staatsbürgergeld bündelt viele der heutigen steuerfinanzierten Sozialtransfers und trägt so zu einer *massiven Entbürokratisierung* bei. Entfallen werden beispielsweise die Sozialleistungen Hartz IV, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sozialgeld, Sozialhilfe, Finanzierungshilfen für Studenten (BAföG), Berufsausbildungshilfe, Elterngeld, Wohngeld, Kinderzuschlag etc. Hieraus resultieren *Einsparungen in Milliardenhöhe* durch Bürokratieabbau.“ (Springer 2020, 10; Hervorh. i. Orig.)

Zweitens wird ganz im Sinne der familien- und bevölkerungspolitisch orientierten Sozialpolitik der AfD betont, dass „Erwachsene und Kinder [...] das Staatsbürgergeld in gleicher Höhe“ (ebd., 14) erhalten, eine vierköpfige Familie also ein „monatliches Netto-Mindesteinkommen von 2000 Euro“ bekäme. Familienarbeit würde dadurch „honoriert“ werden.

Drittens wird die positive Wirkung des „Staatsbürgergeldes“ auf die „individuelle Leistungsbereitschaft“ hervorgehoben. Un-

umwunden erklärt Springer die Höhe des von ihm vorgeschlagenen Grundeinkommens damit, dass man mit diesem Betrag „keine großen Sprünge machen“ (ebd., 15) könne, eine euphemistische Umschreibung dessen, dass mit 500 Euro alleine das „soziokulturelle Existenzminimum“ schwerlich abgedeckt werden kann. Immerhin umfasst die derzeitige Grundsicherung auch den Mietzuschuss. Der Zwang, ein Beschäftigungsverhältnis einzugehen, soll dadurch befördert werden, dass die hohe Besteuerung „bei Hinzuverdiensten von Hartz IV-Empfängern“ durch eine 25-prozentige Einkommenssteuer ersetzt werden soll.

Die Finanzierung des nunmehr zurückgefahrenen Sozialstaats und des „Staatsbürgergeldes“ möchte Springer durch einen umfassenden Umbau des Steuersystems in Kombination mit einer negativen Einkommenssteuer erreichen.<sup>136</sup> Demnach sollen „die Verpflichtungen aus der Einkommenssteuer<sup>137</sup> [...] mit dem Staatsbürgergeld verrechnet [werden]. Wer mit seiner Einkommenssteuer über einer bestimmten Grenze liegt<sup>138</sup>, bekommt kein Staatsbürgergeld ausbezahlt. Wer unterhalb dieser Grenze liegt bzw. kein zu versteuerndes Einkommen hat, erhält einen staatlichen Transfer in Form einer negativen Einkommenssteuer (formal eine Steuergutschrift).“ (Ebd., 8).

## FAZIT

Die in diesem Artikel vorgestellten Beiträge zeigen das Spektrum auf, innerhalb dessen sich die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen argumentativ bewegt. Zu unterscheiden sind – trotz übereinstimmender Ablehnung des BGE – eine nationalsoziale Argumentationslinie, die vom Standpunkt der „Leistungsgemeinschaft“ bzw. Volksgemeinschaft Arbeit als Dienst am ‚Volksganzen‘ versteht, und eine rechtslibertäre Argumentationslinie, die von einer Eigentümermarktgemeinschaft ausgeht, in der „Leistung“ über den gerechten Anteil der Privaten am gesellschaftlichen Reichtum entscheidet und in der dieses Prinzip durch keine sekundäre Umverteilung (sprich: „Sozialismus“) ‚manipuliert‘ werden darf. Das bedingte Grundeinkommen Springers versucht – in Hinblick auf die innerparteilichen Kämpfe in der AfD durchaus realpolitisch gedacht – sowohl das völkische Element aufzugreifen als auch durch ein Anreizsystem, das Menschen zur Arbeitsaufnahme nötigt, dem Vorwurf der Leistungsfeindlichkeit zu begegnen. Zudem ist die Devise der Verschlinkung des Staates sicherlich neoliberales Gemeingut.

134 Vgl. Bongers/Kellershohn in diesem Heft.

135 Althaus' Modell wird als anregendes Vorbild betrachtet (vgl. Springer 2020, 11).

136 Die Einführung einer negativen Einkommenssteuer für den Umbau des Wohlfahrtsstaates wurde bereits von Milton Friedman empfohlen (vgl. Friedman 2004, 22).

137 Springer schlägt eine zweistufige Einkommenssteuer auf alle Einkünfte vor, bis 250.000 Euro läge der Steuersatz bei 25 Prozent, darüber bei 50 Prozent (vgl. ebd., 8).

138 Die sog. Transfergrenze läge bei 2000 Euro monatlich.

## LITERATUR

- Bessard, Pierre (2016): Der Raub würde Gesetz. Bedingungsloses Grundeinkommen, in: Junge Freiheit 24/16 (10.06.), 20.
- Blaschke, Ronald/Otto, Adeline/Schepers, Norbert (Hg.) (2012): Grundeinkommen. Von der Idee zu einer europäischen politischen Bewegung, Hamburg.
- Dath, Dietmar/Kirchner, Barbara (2012): Der Implex – Sozialer Fortschritt: Geschichte und Idee, Berlin.
- Enste, Dominik (2019): Geld für alle. Das bedingungslose Grundeinkommen. Eine kritische Bilanz, Zürich (ePub-Version).
- Friedman, Milton (2004): Kapitalismus und Freiheit [zuerst 1962], München.
- Hayek, Friedrich August von (1991): Die Verfassung der Freiheit, Tübingen.
- Kaiser, Benedikt (2020): Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts, Schnellroda.
- Kellershohn, Helmut (2019): Mit Marx für einen ‚Antikapitalismus‘ von rechts? Über das wundersame Interesse neurechter Vordenker an Marx, in: Becker, Andrea/Eberhardt, Simon/Kellershohn, Helmut (Hg.): Zwischen Neoliberalismus und völkischem Antikapitalismus, Münster, 128-147.
- Krall, Markus (2020): Die bürgerliche Revolution. Wie wir unsere Freiheit und unsere Werte erhalten, Stuttgart.
- Lackmann, Thomas (2019): „Dann passen wir uns an und erhöhen die Deiche“. Forum Freiheit: Mitglieder der Hayek-Gesellschaft und ihre Gäste debattierten 30 Jahre nach dem Fall der Mauer die neue Lust am sozialistischen Untergang, in: Junge Freiheit 46/19 (08.11.), 13.
- Springer, René (Hag.) (2020): Entlastung. Gerechtigkeit. Soziale Sicherheit. Staatsbürgergeld. Vorschlag für ein modernes Steuer- und Sozialsystem, Berlin.
- Woldag, Ronald (2018): Die Herrschaft der Unverschämten, in: eigentümlich frei 189, 46-49.

## Diskurs „Niedriglohn und Migration“ in der Jungen Freiheit

Von Mary Luna Kindermann

Die Neue Rechte, zu der auch die Zeitschrift „Junge Freiheit“ zählt, zielt darauf eine kulturelle Hegemonie zu erlangen, welche sich darauf ausrichtet, „[...] Einstellungen und Werthaltungen auf einer breiten gesellschaftlichen Ebene zu beeinflussen“ (Salzborn 2017, 36). Sie verfolgt die Idee einer konservativen Kulturrevolution mit völkisch-nationalistischem Gedankengut (vgl. ebd., 35; Kellershohn 1994, 22). Die Junge Freiheit befürwortet ein sogenanntes realistisches Menschenbild, welches sich gegen einen „Fortschrittsglauben“ wendet und „Gleichheitsutopien“ ablehnt (vgl. Kellershohn 2018, 103). Diese Weltanschauung geht einher mit der Ablehnung einer multikulturellen Gesellschaft (vgl. Lausberg 2013, 173). Auf welche Art und Weise die Junge Freiheit ihre Werte auch im wirtschaftspolitischen Kontext artikuliert, ist Ausgangspunkt einer Recherche zum Thema „Niedriglohnsektor und Migration“. Folgende Fragen sind orientierungsgebend:

- Wie wird der Diskurs „Niedriglohnsektor und Migration“ in der Jungen Freiheit geführt?
- Außerdem wird darüber reflektiert, wie sich Migration tatsächlich auf Lohnverhältnisse in Deutschland auswirken kann.

In dem Zeitraum zwischen 2017 und 2020 wurden aus mehreren Texten acht ausgewählt, welche anhand der Suchfunktion im Archiv der Jungen Freiheit unter dem Stichwort „Niedriglohn“ aufgefunden wurden<sup>139</sup>.

### DER NIEDRIGLOHNSEKTOR IN DEUTSCHLAND – EIN ÜBERBLICK HISTORISCHER ENTWICKLUNGEN

Im Zuge der 1990er und 2000er Jahre ist der Niedriglohnsektor aufgrund von Arbeitsmarktreformen stetig gewachsen. Die Gründe hierfür „[...] lagen in einer umfangreichen Liberalisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes, die in den Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung ihren Höhepunkt fanden“ (Schulten 2020). Trotz der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes im Jahr 2015 ist Deutschland eines der Länder in Europa mit einem vergleichsweise sehr hohen Niedriglohnanteil (vgl. Kalina/Weinkopf 2020, 1). In Deutschland arbeiten circa zwischen einem Viertel und einem Fünftel aller Beschäftigten im Niedriglohnsektor (vgl. Schulten 2020).

### DER DISKURS IN DER JUNGEN FREIHEIT – FOKUS AUF LOHNDUMPING UND KONKURRENZ

Die Junge Freiheit greift für sich das Thema Niedriglohnsektor auf, indem sie zunächst verschiedene betroffene Branchen anspricht und sich mit deren Beschäftigten solidarisiert. Es wurden u.a. die Löhne in der Logistikszene (Amazon, DHL, Hermes), von Reinigungskräften und von Arbeitern der Trans-

139 Das Kriterium der Auswahl war der Bezug zur Lohnpolitik, zum deutschen Arbeitsmarkt und zur Migration.



portbranche als zu niedrig kritisiert (JF 34/20, JF 08/19, JF 22/19, JF 39/17). Somit wird zunächst eine Zielgruppe geschaffen, welche durch die AutorInnen angesprochen wird.

Eine Argumentationslinie, welche in verschiedenen Texten genannt wird, bezieht sich auf die Wirkung von Migration auf deutsche Lohnverhältnisse. Es wird angenommen, dass eine Integration von MigrantInnen aus Asylherkunftsländern eine Senkung der Löhne für deutsche Arbeitnehmer zur Folge haben würde (JF 13/19, 37/18, 13/19, 52/17). In der Jungen Freiheit 13/19 wird beschrieben, dass die „[...] Vielfaltsideologie ein Produkt ökonomischer Interessenvertreter sei [...]. Vielfalt bedeutet offene Grenzen, bedeutet den Zuzug vor allem unqualifizierter Arbeitskräfte [...], bedeutet die einfachere Möglichkeit des Lohndumpings“ (JF 13/19) im Niedriglohnssektor. In JF 37/19 heißt es: „Die Gewinner der Migration im Zielland sind die Kapitaleigner und Arbeitgeber sowie diejenigen Arbeitnehmer, die nicht in Konkurrenz zu den Migranten stehen. Diejenigen Arbeitnehmer, die über vergleichbare Fähigkeiten verfügen und deshalb durch Migranten ersetzt werden können, zählen dagegen zu den Verlierern“ (JF37/19).

Die Begriffe Diversität und Vielfalt werden also direkt mit dem Konkurrenzgedanken verbunden. Hierdurch können *Abwehrmechanismen* hervorgerufen werden, um spätere Ausgrenzungsforderungen zu rechtfertigen. So wird zum Beispiel gefordert, Menschen, welche über das Mittelmeer kommen, direkt zurück nach Nordafrika zu bringen. Außerdem wird eine „Reform“ der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention verlangt. Wie diese konkret aussehen könnte, wird offen gelassen. Allerdings wird für eine verschärfte Abschiebe- und Grenzschutzpolitik plädiert (JF 37/19).

## MENSCHEN AUS ASYLHERKUNFTSLÄNDERN IM NIEDRIGLOHNSEKTOR- EIN EINBLICK

Betrachtet man die Lohnverhältnisse von Menschen aus Asylherkunftsländern, so lässt sich erkennen, dass diese größtenteils einen sehr niedrigen Lohn erhalten. Die Löhne von Vollzeit-Beschäftigten aus Asylherkunftsländern liegen bei 60 Prozent der Menschen unter der Niedriglohnschwelle. Wenn man dies vergleicht mit Vollzeitbeschäftigten deutscher Herkunft, befinden sich hier nur 16,7 Prozent unter der Niedriglohnschwelle (vgl. DGB 2019, 8). Das niedrige Lohnniveau von geflüchteten Menschen hängt u.a. damit zusammen, dass sie größtenteils in Branchen tätig sind, dessen Tarifbindung sehr niedrig ausfällt (Gastgewerbe, Handel, KfZ, Leiharbeit). Ein weiterer Grund ist, dass Menschen mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus möglichst schnell versuchen, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Hierfür nehmen sie häufiger eine geringfügige Beschäftigung oder niedrig entlohnte Tätigkeit an und

befinden sich aufgrund aufenthaltsrechtlicher Bestimmungen in einer rechtlich schwachen Verhandlungsposition (vgl. DGB 2019, 16). Die Datenlage spricht dafür, dass ein unsicherer Aufenthaltsstatus zu Lohndumping für ArbeitnehmerInnen aus Asylherkunftsländern führt.

## FLUCHTMIGRATION UND DEREN WIRKUNG AUF LOHN- UND BESCHÄFTIGUNGSVER- HÄLTNISSE

Die prekären Verhältnisse von geflüchteten Menschen werden an keiner Stelle in der Jungen Freiheit erwähnt. Anstatt dessen werden soziale Ressentiments vonseiten der ArbeiterInnen des Niedriglohnssektors gegenüber geflüchteten Menschen geschürt. Daher ist es wichtig einzuordnen, wie Fluchtmigration sich auf Lohnverhältnisse<sup>140</sup> auswirken kann bzw. wie man die arbeitsrechtliche Position aller Menschen im Niedriglohnssektor stärken könnte. Laut Dr. Herbert Brücker ist es eine komplexe Aufgabe herauszufinden, wie sich Fluchtmigration auf Lohnverhältnisse auswirken kann. Viele Modelle versuchen dies zu simulieren, gehen hierbei jedoch von Annahmen aus, welche nicht die indirekten Effekte von Fluchtmigration mit einberechnen. Laut Brücker seien diese jedoch wichtig mit einzubeziehen, um die Gesamtwirkung zu verstehen. Eine wichtige indirekte Wirkung von Migration ist der komplementäre Arbeitseffekt von Arbeitskräften, der zum Lohnanstieg für deutsche ArbeitnehmerInnen führen kann. Ein komplementärer Arbeitseffekt entsteht, wenn das Angebot von Arbeitskräften in der Produktion aufgrund von Migration steigt und somit ein höherer Bedarf an Führungskräften entsteht (vgl. Brücker 2017, 2). Empirisch gesehen sind es vor allem Menschen mit Migrationshintergrund, welche untereinander konkurrieren. Hingegen gewinnt der durchschnittliche deutsche Arbeitnehmer an den Effekten der Fluchtmigration, auch wenn der Gewinn sehr gering ist. Selbst für Arbeitnehmer ohne abgeschlossene Berufsqualifizierung sind die Effekte neutral (vgl. ebd.; Brücker 2010, 506). Berücksichtigt man die indirekten Effekte von Fluchtmigration, so lassen sich die Aussagen der Jungen Freiheit widerlegen. Dennoch greift die Junge Freiheit ein wichtiges Thema auf, wenn über den Niedriglohnssektor in Deutschland geschrieben wird. Die Lösung liegt jedoch in der Betrachtung arbeitsmarktpolitischer Instrumente, welche Bedingungen im Arbeitsmarkt für alle sozialen Gruppen verbessern können. Eine signifikante Variable, welche den Niedriglohnssektor eindämmt, ist zum Beispiel die Strenge der Kündigungs- und Arbeitnehmerschutzbestimmungen für atypisch Beschäftigte (vgl. Gerstung 2019, 166).

140 Für eine gesamtwirtschaftliche Einordnung von Effekten der Migration siehe genauer bei Brücker 2017 und 2010.

## FAZIT

Es zeigt sich, dass gezielt sozialer Neid entfacht wird, ohne konkreter das Gesamtbild im Arbeitsmarkt zu betrachten. Hierbei wird die Fluchtmigration auf rein ökonomische Aspekte reduziert. Die humanitären Hintergründe gelten nicht, bzw. werden als naive Politik umgedeutet. Somit wird ein typisches Argumentationsmuster der Neuen Rechten mit dem Diskurs über Lohnpolitik verknüpft. Insofern kann das Sagbarkeitsfeld in ein anti-demokratisches Spektrum verschoben werden, indem das bestehende Asylgesetz und somit das Recht auf Asyl im Grundgesetz angegriffen wird.

Die prekären Arbeitsverhältnisse von Menschen aus Asylherkunftsländern werden ausgeblendet. Stattdessen wird sich auf den Konkurrenzgedanken fokussiert. Dies führt zu einer Ausgrenzungshaltung bei der gesellschaftlich Benachteiligte angegriffen werden. Sollte diese Argumentation ein breiteres Publikum erreichen, wird es noch schwieriger, die Situation von geflüchteten Menschen am Arbeitsmarkt zu verbessern und deren Integration zu gewährleisten.

Die Bekämpfung des Niedriglohnssektors, sowie die arbeitsmarktpolitische Integration von geflüchteten Menschen ist eine Herausforderung, der es sich in einer Demokratie zu stellen gilt. Eine Auspielung sozialer Randgruppen gegeneinander und Priorisierung deutscher Arbeitskräfte ist hierbei nicht zielführend und widerspricht dem Grundsatz der Demokratie, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleichberechtigt sind (vgl. Art 3 GG).

## LITERATURVERZEICHNIS

- Brücker, Herbert (2017) Langfristig hängen die Effekte der Fluchtmigration davon ab, wie gut die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen gelingt. Available at: <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurzdossiers/261490/effekte-der-fluchtmigration-interview-mit-prof-dr-herbert-bruecker> (Accessed 20.04.2021).

- Brücker, Herbert 2010: Neue Erkenntnisse zu den Arbeitsmarktwirkungen internationaler Migration - Ein kritischer Überblick über vorliegende Befunde, in: WSI-Mitteilungen Jg. 63, H. 10, 499-507.
- DGB (2019) Geflüchtete auf dem Arbeitsmarkt. Available at: [amp-aktuell-3-2019-GeFluechtete-auf-dem-Arbeitsmarkt.pdf](https://www.dgb.de/amp-aktuell-3-2019-gefluechtete-auf-dem-arbeitsmarkt.pdf) (Accessed: 20.04.2021).
- Gerstung, Valeska 2019: Niedriglohnbeschäftigung im Wohlfahrtsstaat. Der Einfluss von Ideen und Institutionen auf den Niedriglohnsektor, Wiesbaden.
- Kalina, Thorsten/Weinkopf, Claudia (2020) Niedriglohnbeschäftigung 2018 – Erstmals Rückgang, aber nicht für gering Qualifizierte und Minijobber\*innen. IAQ Report. Available at: [https://duepublico2.uni-due.de/rsc/viewer/dupublico\\_derivate\\_00071768/IAQ-Report\\_2020\\_05.pdf?page=22](https://duepublico2.uni-due.de/rsc/viewer/dupublico_derivate_00071768/IAQ-Report_2020_05.pdf?page=22) (Accessed: 20.04.2021).
- Kellershohn, Helmut 1994: Das Projekt Junge Freiheit. Eine Einführung, in: Kellershohn, Helmut (Hg.), Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg, 17-50.
- Kellershohn, Helmut 2018: Die „Generallinie“ der Jungen Freiheit, in: Häusler, Alexander/Kellershohn, Helmut (Hg.), Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung, Münster, 97-106.
- Lausberg, Michael 2013: Das Thema Migration in der Jungen Freiheit und der Deutschen Stimme, in: Kellershohn, Helmut (Hg.), Die ›Deutsche Stimme‹ der ›Jungen Freiheit‹ Lesarten des völkischen Nationalismus in zentralen Publikationen der extremen Rechten, Münster, 164-194.
- Salzborn, Samuel 2017: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten, Bad Langensalza.
- Schulten, Thorsten (2020) Der Niedriglohnsektor in der Corona Krise. Available at: <https://www.bpb.de/apuz/315575/der-niedriglohnsektor-in-der-corona-krise> (Accessed: 20.04.2021).

# Völkischer Antikapitalismus

## VERSUCH EINER DEFINITION

*Von Max Kroppenber und Lara Wiese*

Der völkische Antikapitalismus ist eine spezifische Deutung des modernen Kapitalismus durch die extreme Rechte. Es ist weder rein taktische Rhetorik oder ein Ablenkungsmanöver, um Arbeiter\*innen für sich zu gewinnen, noch handelt es sich um eine einfache Kopie eines linken Antikapitalismus (vgl. Barthe/Jung 8). Dennoch findet im Kontext eines Antikapitalismus von rechts auch Diskurspiraterie statt: So kann das vermehrte Aufgreifen der Sozialen Frage von rechts, das mit dem Vormarsch des Neoliberalismus seit der Jahrtausendwende und vor allem

seit der Finanzkrise 2007/08 vermehrt festzustellen ist, auch als Versuch gewertet werden, klassische linke Positionen völkisch zu besetzen (vgl. Gebhardt/Clemens 12f). Der völkische Antikapitalismus deckt dabei ein breites Spektrum von Ausdrucksformen ab: von einer plumpen antisemitisch konnotierten Kritik der Finanz- und Geldwirtschaft auf der einen Seite bis zu einer intellektuelleren Auseinandersetzung mit dem globalisierten Wirtschaftssystem. Letztere wird vor allem von einer jungen Generation der Neuen Rechten, wie Philip Stein und



# Ausgewählte Literatur zur Neuen Rechten

Von Laura Geray

unter Mitarbeit von  
Max Kroppenberg und  
Lara Wiese



Volker Weiß: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart: Klett 2017.



Thomas Wagner: „Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten“, Berlin 2017.



Samuel Salzborn: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim: Beltz Juventa 2017.

## 1. WIE WIRD DIE NEUE RECHTE DEFINIERT?

Die Neue Rechte wird im Allgemeinen als „Teilsegment des Rechtsextremismus“ (Salzborn 2017, 39) begriffen, das sich durch die „Modernisierung“ (Wagner 2017, 55) alter Inhalte und Strategien auszeichnet. Neben der Abgrenzung vom Nationalsozialismus gehört dazu die Intellektualisierung, mit welcher die neue Ausrichtung auf Metapolitik und die Kulturrevolution, d.h. auf das Erlangen der kulturellen Hegemonie, einhergeht (ebd., vgl. 35). Wichtige Bezugspunkte bilden dabei der italienische Marxist Antonio Gramsci (organische Intellektualität) sowie die Konservative Revolution (Salzborn, vgl. 37). Als zentrales Kernideologem wird das Konzept des Ethnopluralismus identifiziert, welches „eine Gleichwertigkeit homogener Völker in ihren angestammten Lebensräumen propagiert“ (Weiß 2017, 34) und in diesem Sinne eine modernisierte Form der Rassenideologie darstellt. Alle drei Autoren kritisieren dahingehend den Begriff der Neuen Rechten, da „nichts an der Weltanschauung der Neuen Rechten wirklich neu“

(Salzborn, 38-39) ist und es „inhaltliche und personelle Brücken zur alten Rechten und insbesondere zum theoretischen Kanon der Zwischenkriegszeit“ (Weiß, 37) gibt.

Organisiert ist die Neue Rechte in „losen Zirkeln“ (Salzborn, 37), die selbstständig agieren, sodass die Strömung von Heterogenität gekennzeichnet ist sowie von Überschneidungen und Konkurrenz (Weiß, vgl. 20,32). Gleichmaßen ist die soziale Herkunft der AkteurInnen breitgefächert und reicht von den Bündischen und den Burschenschaften, u.a. der Deutschen Gildenschaft, und anderen Jugend- und Studierendenorganisationen, über Vertriebenenverbände und neonazistische Vereinigungen bis zu ehemaligen Linken (Wagner, vgl. 89-90). Die Verbindung zu der 68er-Bewegung wird von den Autoren unterschiedlich eingeschätzt: Während Salzborn und Wagner die 68er als Gegenpol und in Bezug auf Strategien teils als Vorbild auffassen, spricht sich Weiß gegen die Einschätzung der Neuen Rechten als Gegenbewegung zu 68 aus (Wagner, vgl. 21,25; Salzborn, vgl. 37-38; Weiß, vgl. 31-33, 38). Fest steht, dass die Neue Rechte vor allem in

Frankreich historisch weiter zurückgeht als 1968 und sich eine gewisse Wechselbeziehung zwischen der Neuen Linken und Neuen Rechten entwickelt hat.

## 2. WELCHE STRÖMUNGEN/ STRATEGISCHE OPTIONEN WERDEN IDENTIFIZIERT UND WIE CHARAKTERISIERT?

Grundsätzlich findet eine Unterscheidung zwischen der nationalrevolutionären Strömung, die ihren Höhepunkt in den 1960er und -70er Jahren um Henning Eichberg erfuhr, vermehrt „Anleihen [...] bei der Linken tätigt[e]“ (Weiß, 33) und Kapitalismuskritik mit Eurofaschismus verband, und der jungkonservativen Strömung statt, welche einen Verfassungsumbau und eine Abschaffung des Parteienstaats verfolgt (Wagner, vgl. 89-93). Beide Strömungen sind ideengeschichtlich an die Konservative Revolution rückgebunden. Die Jungkonservativen sind außerdem in zwei Pole gespalten: Auf der einen Seite gilt das von Salzborn benannte Paradigma



der „unbedingten Parlamentarismusabstinenz“ (Salzborn, 45), auf der anderen Seite das Paradigma des „unbedingten Einflussgewinnes“ (ebd., 53). Laut Weiß spiegelt sich diese Spaltung auch in den zentralen Medien der Neuen Rechten wider: Während die Junge Freiheit von Beginn an ihre Nähe zur Alternative für Deutschland (AfD) signalisierte, lehnten die Sezession und das Institut für Staatspolitik (IfS) die AfD aufgrund ihrer als systemstabilisierend wahrgenommenen Parteiform zunächst ab (Weiß, vgl. 83, 86). So priorisierte der Kreis um den Verleger Götz Kubitschek bzw. das IfS in antibürgerlicher Haltung sowie gemäß ihrer Faszination für Bewegungsfaschismus die Taktik der Provokation bzw. Konservativ-Subversiven Aktionen (ebd., vgl. 55-56, 93-96, 104-107, 125-131). Im Gegensatz dazu ist Karlheinz Weißmann stärker auf Realpolitik, u.a. in Form der AfD, bzw. neuen Realismus fokussiert (ebd., vgl. 85-87). Weiterhin unterscheiden Salzborn und Weiß zwischen intellektuell und populistisch ausgerichteten Neurechten (Salzborn, vgl. 79; Weiß, vgl. 17). Weiß geht zudem auf die neo-eurasische Strömung um Alexander Dugin, welche eine gen Osten orientierte und anti-modernistische Einstellung propagiert, und die hypermaskulinistische Strömung um Jack Donovan ein. Beide Konzepte werden von neurechten TheoretikerInnen, wie auch von der Identitären Bewegung (IB) rezipiert (Weiß, vgl. 192-206, 227-250).

### 3. KERNIDEOLOGEME DER NEUEN RECHTEN. GIBT ES STRÖMUNGSSPEZIFISCHE VARIANTEN?

Volker Weiß benennt den ‚völkischen Nationalismus‘ als gemeinsamen roten Faden unterschiedlicher rechter Einstellungen (Weiß, vgl. 20). Wagners Text weist ebenso wie Salzborns viele Übereinstimmungen zu diesem Konzept auf, während letzterer jedoch vor allem das Völkische als ideologischen Schlüsselbegriff identifiziert (Salzborn, vgl. 21). Zu den übergreifenden Kernelementen zählen: ein sich auf Carl Schmitt stützendes dichotomes Freund-Feind-Denken, ein Männlichkeitsideal bzw. Heroismus inklusive der Opferbereitschaft und des Elitenbewusstseins, der Ethnopluralismus, ein antiegalitäres, -liberales und -individuelles Denken, ein autoritärer Etatismus. Daneben setzten die Autoren unterschiedliche Schwerpunkte. Weiß hebt insbesondere den Mythos der *Konservativen Revolution*, den Abendland-Mythos sowie die Freund-Feind Dichotomie hervor (Weiß, vgl. 44-6, 83-84, 135, 155, 181-182, 212-220). Abgesehen davon wird deutlich, dass die hypermaskulinistische Strömung in besonders ausgeprägtem Maße auf das Männlichkeitsideal referiert (ebd., vgl. 232). Salzborn betont im Gegensatz dazu die Bedeutung von Religion und Spiritualität, Verschwörungsmaythen und Geschichtsrevisionismus (Salzborn, vgl. 18-21, 40, 105-123). Bei Wagner werden sodann mehr Differenzen in der ideologischen Auffassung bzw. Auslegung deutlich, vor allem anhand der Positionierung zu den folgenden vier Aspekten: Erstens zu der 68er-Bewegung – innerer Feind (IB, AfD) oder Vorbild (de Benoist, Eichberg, Kubit-

schek) (Wagner, vgl. 59, 81, 138, 159, 183, 198) –, zweitens zur Bürgerlichkeit – strategische Annäherung (Weißmann) oder konsequente Abgrenzung und Diskurspiraterie (Kubitschek, Kositzka) (ebd., vgl. 138, 229)–, drittens zu Migration – Kritik des Stacheldrahtnationalismus (Eichberg) und der Absicht des Lohndrucks (Kaiser) (ebd., vgl. 235, 261)–, viertens zu einer über das Wirtschaftliche hinausgehenden Europakonzeption – bejahend (Kaiser) und ablehnend (Kubitschek, Sellner) (ebd., vgl. 231, 297). Ferner beschreibt Wagner das strategische Kalkül eines Kampfes um „direkte/wahre Demokratie“ (ebd., vgl. 159-160, 198).

### 4. WERDEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITISCHE KONZEPTE DER NEUEN RECHTEN VORGESTELLT UND WENN JA, WELCHE?

Insgesamt nehmen wirtschafts- und sozialpolitische Konzepte einen untergeordneten Stellenwert ein. Dies wird sehr deutlich in einem von Weiß zitierten Kubitschek-Zitat, in dem dieser sein Desinteresse an Realpolitik gegenüber der metapolitischen Ebene offen zugibt (Weiß, vgl. 87). Außerdem finden sich in den drei Publikationen kleinere Charakterisierungen wichtiger AkteurInnen hinsichtlich wirtschafts- und sozialpolitischer Positionen. Die frühe AfD unter Lucke wird als „sozialstaatsfeindliche Anti-Euro-Partei“ (ebd., 83) bezeichnet. Ein verbindendes Moment für die Gründung war die Ablehnung des Euro, die eine Annäherung von nationalliberalen, nationalkonservativen und radikalen rechten Positionen schaffte (Wagner, vgl. 157-158). Als eine Art Türöffner fungierten in diesem Zusammenhang vor allem Thilo Sarrazin, Peter Sloterdijk und Hans Herbert von Arnim (ebd., vgl. 153-158; Weiß, vgl. 24). Laut Salzborn vereint die AfD Neoliberalismus und Konservatismus und ist marktradikal, antiegalitär und antisozial ausgerichtet, sodass die Freiheit der Unternehmen gegenüber der Freiheit der Individuen ansteigt (Salzborn, vgl. 54-55). Allerdings ergibt sich in den Forderungen der AfD ein Widerspruch zwischen einer starken Ordnungspolitik einerseits und anarchokapitalistischen Vorstellungen andererseits (ebd., vgl. 182-183). Wagner arbeitet zudem Positionen der Kapitalismuskritik heraus, hervorgebracht von Alain de Benoist und Henning Eichberg sowie in der neueren Generation von Philip Stein und Benedikt Kaiser (Wagner, vgl. 62, 81, 133-136). Letzterer versucht, eine theoretisch fundierte Kapitalismuskritik von rechts zu etablieren, indem er an Drieu La Rochelle, Henning Eichberg und den sogenannten ‚TAT-Kreis‘ der Endzeit der Weimarer Republik anknüpft. Weiterhin geht Wagner auf Globalisierungskritik seitens Götz Kubitschek und Martin Sellner ein, der einen Einwanderungsstopp als Lösung globaler Ausbeutungsstrukturen sieht (ebd., vgl. 208). Grundsätzlich intensivierte sich die Debatte um Wirtschaft in der AfD und der Neuen Rechten ab 2018 und viele Akteure wie Kubitschek revidierten ihre früheren Positionen durchaus noch einmal.

## 5. WIE BEURTEILEN DIE AUTOREN DEN EINFLUSS DER NEUEN RECHTEN AUF DIE AfD?

Alle drei Autoren sehen einen Einfluss der Neuen Rechten auf die AfD gegeben: „Die AfD war nicht die Neue Rechte, aber die Neue Rechte spielte in ihr eine zentrale Rolle“ (Weiß, 91). Weiß' Einschätzung nach fungiert die AfD als parlamentarische Plattform zur Forcierung einer Kulturrevolution von rechts im Bündnis mit Ordoliberalen und Fundamentalchristen (ebd., vgl. 92). In ähnlicher Weise begreift Salzborn die Neue Rechte als Vorbild für die AfD, die neurechte Strategien sowie „reihenweise Versatzstücke neurechter Ideologie [...] in ihrem – allerdings sehr heterogenen und keineswegs konsistenten – Weltbild zusammenfasst“ (Salzborn, 53). Alle drei Autoren erkennen außerdem ein Bündnis zwischen der Jungen Freiheit und der AfD (Weiß, vgl. 87; Salzborn, vgl. 59; Wagner, vgl. 158, 161). So kann man die Entstehung der AfD mit der Vereinigung von jungkonservativen bis neoliberalen Positionen beschreiben:

*„In Deutschland rückten die Vertreter wirtschaftsliberaler Elitekonzepte aus der ‚Mitte der Gesellschaft‘ sowie die Erben des Jungkonservatismus der Weimarer Republik immer näher aneinander. Dass die parlamentarische Demokratie nach und nach in Richtung eines plebiszitär gestützten Präsidialsystems verändert werden sollte, darin waren sich radikale Rechte aus dem Umfeld der Jungen Freiheit mit Parteienkritikern wie Hans-Olaf Henkel weitgehend einig.“* (Wagner, 161)

So ergibt sich zunächst eine allgemeine Orientierung in Richtung bürgerlicher Mitte, die um extrem rechte, völkische Positionen, forciert durch den Flügel und das IfS, erweitert wird. Demnach finden sich auch viele personelle Überschneidungen zwischen der Neuen Rechten und der AfD (Weiß, vgl. 96, 143, 146). Salzborn unterscheidet beispielsweise auch nicht klar zwischen der AfD und der Neuen Rechten, sondern fasst beide als Teil einer völkischen Rebellion auf (Salzborn, vgl. 55). Ein Brückenmoment bedeutet dabei die Pegida- Bewegung, die verschiedenste Protestmotivationen und Milieus zu einer rechten Strömung bündelte und ausschlaggebend für den Aufstieg der AfD war (Weiß, vgl. 146). Kubitschek, der als „Vertrauter“ (Wagner, 73) Björn Höckes agiert, kritisiert in diesem Zusammenhang jedoch auch Liberalkonservative und wirft ihnen vor, die Proteste inhaltlich nicht unterstützt zu haben (ebd., vgl. 176-177). Das IfS ist im Vergleich zur Jungen Freiheit, die von Beginn an ihre Nähe zur AfD signalisierte, stärker an Bewegungen orientiert und hatte die AfD aufgrund ihrer systemstabilisierenden Form zunächst abgelehnt (Weiß, vgl. 83, 86-87). Schließlich ergibt sich zusammengefasst das Bild der AfD vom Mittel zum Zweck neurechter Bestrebungen bzw. sogar auf gewisse Weise als deren parlamentarischer Arm.

## BILDNACHWEISE

- S. 1, Cover-Collage, Guido Arnold
- S. 5, Abbildung 1, Andrea Becker / Helmut Kellershohn
- S. 9, Abbildung 2, Andrea Becker
- S.13, Ferdinand Feys, CC-BY-NC-SA-2.0, Normal / somewhere - 30 aug 2020 | Artist: Normal | Ferdinand Feys | Flickr
- S.16, Normal by Nick Youngson CC BY-SA 3.0 Pix4free.org
- S.19, Wahlprogramm der AfD zur Bundestagswahl 2021, erstellt mit [www.wortwolken.com](http://www.wortwolken.com)
- S.22, Gerhard Meister, lizenziert unter Creative Commons Share Alike 4.0 International
- S.27, Gerhard Meister, lizenziert unter Creative Commons Share Alike 4.0 International
- S.32, Rentnerin, Vektorgrafik, Guido Arnold
- S.35, Die Kehre, Cover-Foto, Diss-Archiv
- S.39, Recherche D, Cover-Foto, Diss-Archiv
- S.42, Zuerst!, Cover-Foto, Diss-Archiv
- S.43, Abbildung 3, Johanna Bongers / Andrea Becker
- S.44, „eigentlich frei“ Cover-Foto, Diss-Archiv
- S.45, Abbildung 4, Andrea Becker
- S.47, Quelle: SOEPv34, mit 0,1 Prozent Top-Coding; Berechnungen des DIW Berlin, Lizenz: [cc by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)
- S.48, Quelle: SOEPv34, Personen in Privathaushalten; Berechnungen des DIW Berlin, Lizenz: [cc by-nc-nd/3.0/de/](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/)
- S.60, Völkischer Antikapitalismus, erstellt mit [www.wortwolken.com](http://www.wortwolken.com)
- S.61a, Buchcover Volker Weiß: Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart: Klett 2017.
- S.61b, Thomas Wagner: „Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten“, Berlin 2017.
- S.61c, Samuel Salzborn: Angriff der Antidemokraten. Die völkische Rebellion der Neuen Rechten. Weinheim: Beltz Juventa 2017.
- S.64, Rückseite, Guido Arnold, basierend auf Duncan C, CC-BY-NC-SA-2.0, [alternative route | duncan c | Flickr](https://www.flickr.com/photos/duncan_c/)

**DISS-Journal**  
Sonderausgabe # 4

**AUGUST**  
**2021**

ZEITSCHRIFT DES  
DUISBURGER INSTITUTS  
FÜR SPRACH- UND  
SOZIALFORSCHUNG



**Alternative  
Route**

